

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: halbjährlich 2,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8243. Vater Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Offiziell täglich außer Montags.

#### Die Inserations-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile über deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beamtungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

### Socialdemokratische Manöverkritik.

Dass sich der „Vorwärts“ diesmal das Vergnügen gemacht hat, sich durch einen eignen sachverständigen Berichterstatter Schilderungen der Kaisermanöver geben zu lassen, hat die gegnerische Presse scharf verdrossen. Nicht nur „Kreuz-Zeitung“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ suchen in ärgerlicher Verlegenheit unsere kritischen Betrachtungen als unzutreffend und übertrieben zurückzuweisen, auch in einem freisinnigen Blatt, der dem Richterischen freisinnig nahestehenden „Breslauer Zeitung“, empört sich der beschränkte Unterthanenverstand des alles im „vornehmsten Rock“ Stehende ehrfurchtsvoll bestaunenden liberalen Pflüsters gegen unsere Manöverklosse. Auf das scheinoppositivell geplänkel der freisinnigen Volkspartei gegen den Militarismus wirft diese freisinnige Verteidigung des militärischen Theaterspiels ein bezeichnendes Licht.

#### Das freisinnige Blatt schreibt:

„Dass sich die feindseligen Schlägen der Verweigerung nahe gekommen sind, wird von den socialdemokratischen Sachverständigen mit dem Bemerkten konstatiert, dass die Wirklichkeit hier ein ganz anderes unheilvolleres Bild gewähren würde; und von einem Infanterie-Sturmangriff, der mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel unternommen wurde, heißt es, dass er sich auf dem Manöverfelde wunderschön ausnehme, im Ernstfalle aber Tausenden Leben und Gesundheit kosten würde, da der angegriffene Teil sicherlich von seinem Rangangewehr in der ausgiebigsten Weise Gebrauch machen würde. Nicht zu sagen, dass die Kavallerie-Angriffe auf Artillerie und Infanterie in Grund und Boden verdammt werden und vor der höheren Taktik der Krader, die der socialdemokratische Manöver-Berichterstatter als maßgebend ins Feld führt, keine Gnade finden.“

Mit andern Worten: der Gewährsmann der socialdemokratischen Presse erklärt die ganzen Manöver für hellen Unsinn. Er geht also viel weiter als die freie Schweiz, die trotz ihres Milizsystems die Manöver als eine notwendige Einrichtung zur kriegsmäßigen Ausbildung der Truppen ansieht. Ja noch mehr, der gute Mann scheint in seiner weltfremden Harmlosigkeit zu glauben, dass im ersten Kriege die Soldaten einander nur aus sicherer Entfernung beschossen, und dass Sturmangriffe und Nahkämpfe vermieden werden würden, weil sie Tausenden das Leben kosten. Solche Menschenverluste sind natürlich immer tief bedauerlich, aber wenn sie nicht zu umgehen sind und einem höheren Zwecke dienen, wenn sie den Gewinn einer Schlacht ermöglichen und also ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum ehrenvollen Frieden sind, dann müssen sie leider gebracht werden.“

Man sieht, das freisinnig-volksparteiliche Blatt findet sich mit den im Ernstfalle verhängnisvollsten Vorgängen mit wahrhaft philosophischer Ruhe ab. Da hat sich anlässlich der Vorgänge im Boerenzkrieg selbst zahlreicher Fachmilitärs die größte Demurrirung über die Gefährdung des Feuergefechts mittels der modernen Waffen bemächtigt, da hat man eindringlich die möglichste Nachahmung der „Boerentaktik“ empfohlen, um im Ernstfalle die ohnehin furchtbaren Verluste auf ein möglichstes Mindestmaß zu beschränken. Thut nichts — das freisinnige Blatt findet dies alle warnenden Erfahrungen souverän ignorierende Vorgehen, die Infanterie-Sturmangriffe mit klingendem Spiel nach ältester Schablone und selbst die unmöglichsten Kavallerie-Massenattaken ganz in der Ordnung! Menschenverluste seien nun einmal im Ernstfalle unvermeidlich, sie mühten eben „höherer Zwecke“ wegen ertragen werden. Als ob es sich nicht gerade um gewaltlose, aberflüssige Menschenverluste handelte.

Bezüglich der bekanteten Kavallerie-Attaken erklärt das Blatt, sich kein Urteil darüber anmaßen zu wollen. Gleichwohl giebt es der „Kreuz-Zeitung“ recht, die zu Gunsten dieser Attaken ein Besseres vorzubringen weiß als das folgende Argument:

„Wie soll ein großer Kavalleriekörper anders ausgebildet werden, als durch die alljährlich wenigstens einmal auf kurze Zeit stattfindende Zusammenziehung im Verband mit den andern Waffen, also beim Kaisermanöver? Wenn aber mit großen Kosten und Mühen eine solche Versammlung erfolgt ist, dann muß doch füglich die Gelegenheit genutzt werden, die so schwierige Führung so großer Massen zum eigentlichen Angriff auszuüben.“

Die Gelegenheit zu solchen, wie die „Kreuz-Zeitung“ selbst zugeibt, „unnatürlichkeiten“ muß also künstlich „gesucht“ werden, lediglich um jene großen Kavalleriemassen einmal in Aktion treten zu lassen. Sieht nicht darin, daß eine solche Gelegenheit, statt sich aus der Situation von selbst zu ergeben, an den Haaren herbeigezogen, mit Gewalt herbeigezogen werden muß, der Beweis für die Ueberflüssigkeit solcher Attaken überhaupt? Wenn sich trotz heftigen Bemühens, nur ja eine große Attake zu reiten, dieser Ritt nur unter Umständen ausführen läßt, die ihn im Ernstfalle zu einem Todesritt gestalten würden, so ist damit doch gerade dargethan, daß für die moderne Kriegsführung solche Attaken nicht mehr passen!

Dass die bürgerliche Presse rechter und linker Hand die socialdemokratische Manöverkritik so abfällig aufgenommen hat, hat freilich seinen tieferen Grund. Wollte man die Berechtigung dieser Kritik anerkennen, so würde damit über den ganzen Parades- und Manöverdrill den Stab gebrochen und damit zugleich über das ganze heutige Militärsystem. Weil man aber dies heutige Militärsystem, die stehende Drillarmee, diese vermeintlich sicherste Schutzwehr auch gegen den inneren Feind, nicht preisgeben will, darf man auch die Schwächen unseres zünftigen und zöphigen Militarismus nicht zugeben. Der Nimbus der blanken Knöpfe muß gewahrt bleiben als das Palladium des Ordnungsstaates!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September.

#### Das oberste Zeugniszwangs-Verfahren.

Wie wir in unserer vorletzten Nummer mitteilten, war Genosse Zeimpeter, Bochum, Redakteur der „Deutschen Vergarbeiter-

Zeitung“ wegen Zeugnisverweigerung in Haft genommen worden. Ueber diese neue Aktion gegen einen Arbeiter-Redakteur urteilt heute selbst die „Germania“:

„Die Staatsanwaltschaft giebt sich noch immer der Hoffnung hin, durch längere Haft Zeimpeters zur Angabe des Einfenders des amtlichen Berichtes über die Vergarbeiter-Bewegung zu zwingen. Das amtliche Schriftstück des königlichen Kommissars Krohn an die Regierung behandelte in vier Abschnitten die Arbeiterbewegung im Ruhrkohlenrevier, und zwar 1. die socialdemokratische Partei, 2. die Vergarbeiterbewegung, 3. die polnisch-politische und 4. die anarchische Bewegung. Nur den zweiten Teil des Berichtes veröffentlichte die „Vergarbeiter-Zeitung“. Die Veröffentlichung gewährt einen interessanten Einblick in die Berichterstattung der Kommissare an die Regierung. Jede nur einigermaßen mit den dortigen Arbeiterverhältnissen vertraute Person mußte angesichts einer solch einseitigen Berichterstattung den Kopf schütteln. Nunmehr findet man verschiedene Maßnahmen der Regierungsorgane ganz erklärlich. Die Verhaftung des Redakteurs Zeimpeters giebt den Socialdemokraten neues Agitationsmaterial. Die Erfolge der Socialdemokraten im Ruhrkohlenrevier scheinen auf die Regierung keinen Eindruck zu machen. Zu dem Gärungstoff, der ohnehin im Ruhrkohlenrevier vorhanden ist, fügt sie einen weiteren hinzu.“

Wiehen also schon die begleitenden Umstände dieses neuen Zeugniszwangs-Verfahrens im bedenklichsten Lichte erscheinen, so wird es noch bedenklicher durch folgende Drahtmeldung des „Berliner Tageblatt“:

Bochum, 16. September. (Privat-Telegramm.) Das Zeugniszwangs-Verfahren gegen den verhafteten Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“ Zeimpeters ist eingestellt und Zeimpeters heute mittag aus der Haft entlassen worden. Sein Rechtsbeistand hatte der Staatsanwaltschaft dargelegt, daß das Verfahren gegen Zeimpeters gesetzlich unzulässig sei, da bei seiner Verhaftung ein Strafverfahren gegen ihn noch gar nicht eingeleitet gewesen wäre.

Die Redung des Blattes will offenbar besagen, daß Zeimpeters in Zeugniszwanghaft genommen worden sei, bevor die gesetzliche Voraussetzungen hierzu, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen „Unbekannt“, erfolgt gewesen sei! Ob man das Versäumte nunmehr nachholen und Zeimpeters abermals in Haft nehmen wird? Der Arbeiterbewegung wird das nichts schaden. Nach den Fällen Leib, Reßlein fehlte gerade noch der originelle Fall Zeimpeters! —

#### Die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

Die Sitzung vom Dienstag brachte die Verhandlungen über die letzte Wirtschaftskrise oder, wie es in den Publikationen des Vereins für Socialpolitik heißt, die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 u. ff. Als Einleitung zu dieser Erörterung hat der Verein eine Reihe Untersuchungen über die Lage verschiedener der wichtigsten Industrien während des letzten Jahrzehnts veröffentlicht. Wie bereits im letzten „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ des „Vorwärts“ ausgeführt wurde, bieten diese Untersuchungen im einzelnen manche wichtigen Aufschlüsse, aber kein Gesamtbild. Dasselbe läßt sich von den am zweiten Sitzungstag gehaltenen mündlichen Referaten sagen — nur standen sie entschieden noch um mehrere Grade unter den schriftlichen Arbeiten. Vorbedingung einer Erkenntnis der Ursachen der Wirtschaftskrisen und ihres Verlaufs ist eine genaue Bekanntschaft mit dem Mechanismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Produktionsprozesses und des Circulationsprozesses des Kapitals, kurz die Beherrschung eines in sich geschlossenen ökonomischen Systems. Gerade in diesem Punkt aber hapert es zumeist bei den Nationalökonomien des Vereins für Socialpolitik; sie sind weit mehr Wirtschaftshistoriker, als Theoretiker im Sinne der klassischen Nationalökonomie: eines Ricardo oder Marx. Soweit sie eine Theorie haben, besteht diese in einem buntschmetterigen Eklekticismus, einer Aneinanderreihung verschiedener theoretischer Bruchstücke nach ihrer äußeren Wahrscheinlichkeit, wobei meist völlig ununtersucht bleibt, ob diese Teile sich zu einem in sich geschlossenen, konsequenten Ganzen zusammenfügen. Nicht deutlich kam das in dem Referat Prof. Sombarts zum Ausdruck, das fast nirgends analytisch bis zu den Grundfragen vordrang, sondern sich mit allerlei äußeren Erscheinungen beschäftigte. Die Ursache des Aufschwungs in den Jahren 1895 bis 1900 sei, so führte er aus, die Preissteigerung. Es gebe nur ein Mittel, eine anhaltende Preissteigerung herbeizuführen: die dauernde Steigerung der Goldproduktion. Diese sei seit 1886 unausgesetzt erfolgt. Sie bewirkte die Steigerung der Preise durch Steigerung der Nachfrage nach Waren, die zunächst durch die ersten Goldbeizug ausgeübt werde. Die indirekte Wirkung sei aber noch viel bedeutsamer. Vermehrte Goldproduktion bedeute vermehrte Geldflüssigkeit, also eine Erleichterung, Anleihen aufzunehmen.

Die Frage, warum dann nicht schon in den achtziger Jahren die Preissteigerung unter dem rasch zunehmenden Goldzufluß eingeleitet habe, berührte Prof. Sombart nicht; ebenso nicht, warum denn gerade, als infolge des südafrikanischen Krieges die Goldproduktion zu stoden begann, der Aufschwung den höchsten Gipfel erklomm.

Den Ausdruck der Krise führt Sombart nach Schema F erstens auf die Geldknappheit, zweitens auf die Ueberproduktion zurück. Von dieser Ueberproduktion, meint er, sie habe sich dann auf der einen Seite des Wirtschaftslebens eingestellt, als die Warenvorräte wegen Mangel an Kaufkraft nicht nach der anderen Seite hätten abgehoben werden können. Die Montan- und Eisenindustrie, die elektrotechnische Industrie und das Baugewerbe seien die Hauptstellen dafür gewesen. Die Krisenursache sei also eine Disproportionalität der Produktion, wie es von dem russischen Nationalökonomen Tujan Bojanowski festgestellt sei. Diese Theorie sei von vielen aufgenommen, die in neuerer Zeit über Krisen geschrieben hätten. Manche Industrien schufen aber keine Produktionsmittel, z. B. Straßenbahn-, Licht-, Gas- und andre Industrien. Es handle sich also darum, ein Kriterium zu finden, durch welche Industrie die Disproportionalität erfolge. Das Kapital werde sich immer dort ansammeln, wo es am leichtesten Profit zu finden gelaube. Das seien aber Industrien, die einen außerordentlichen Bedarf bedrückten, der sich leichter ausdehnen lasse als der regelmäßige. In Zeiten des Aufschwungs würden die Gegenstände erzeugt, die für längere Perioden benutzt werden sollten, wobei es sich darum handle, daß ihre Produktion zu gleichen Kosten vermehrt werden könne. Das seien Güter, die der anorganischen Natur angehörten. Die Industrien, die

organische Stoffe verarbeiteten, stiegen dann aber bald an eine Grenze, über die sie nicht kommen könnten: die Verteuerung des Rohstoffes.

In dieser Weise geht es weiter: ein Ragout unaußgeglichener theoretische Späne ohne inneren Zusammenhang.

### Deutsches Reich.

**Patrioten und Majestätsbeleidigung.** Es ist eine böse Zeit; selbst patentierte Patrioten fühlen sich nicht mehr sicher vor Demunziationen wegen Majestätsbeleidigung. Die in Magdeburg erscheinende „Sachsenchau“, ein patriotisch antisemitisches Blatt, erläßt folgende Warnung:

„Unsere Freunde aber möchten wir erneut bitten, auch im intimsten Kreise jedes Wort über den Hof zu vermeiden und das fernere Verbleiben in einer Gesellschaft nur von der Unterdrückung aller Unterhaltung über den Fürsten abhängig zu machen. Wie oft hat das Schicksal es nicht schon gefügt, daß nachträglich die harmlosen Bemerkungen der Staatsanwaltschaft demunziert wurden und Männer gegen ihre intimsten Freunde als Zeugen auftreten mußten. Also hütet die Zungen und schützt euch in die Zeit, denn es ist böse Zeit!“

Dass so ausgewachsene Patrioten die Warnung vor den Demunzianten erlassen, ist für den Monarchismus nicht schmeichelhaft. —

**Wölfe im Schafspelz.** Die bündlerische Solidarität wird von dem Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirte für die Provinz Posen, Herrn B. Endell, durch einen Aufruf zur Sammlung für die überausnummenen Bundesmitglieder demonstrativ verlinket. In dem Aufruf heißt es:

„Für die infolge der Ueberschwemmung dieses Jahres so schwer geschädigten Landwirte der Provinz Posen sind durch private Wohlthätigkeit bei den verschiedenen Sammelstellen namhafte Beträge und Unterstützungen eingegangen. So liegen auch bei mir unter andern zahlreiche Angebote auf Durchsütterung von Vieh vor. Zumerhin bleibt noch viel zu helfen übrig und sieht manch fleißiger Bauer mann, manch treues Mitglied des Bundes heute infolge des Verlustes seiner diesjährigen Ernte mit banger Sorge in die Zukunft. In vielen Stellen ist Hilfe noch dringend nötig und wird namentlich im Laufe des Winters und bei der Frühjahrsbefestigung solche von neuem erforderlich werden.“

Der Unterzeichnete wendet sich deshalb nochmals an die Mitglieder des Bundes der Landwirte und zwar namentlich an die größeren Besitzter, auch an solche, welche außerhalb der Provinz Posen wohnen, mit der ergebenen Bitte, weiter zu helfen und durch Vergabe von Geld und Naturalien (Getreide jeder Art usw. zur Winter- und Sommerfaat, zu Ernährungs- und Futterzwecken) die bedrängten Berufsge nossen zu unterstützen.“

Der Aufruf beweist, wie unzulänglich bisher die staatliche und private Hilfe gewesen ist. Auch die weiteren bündlerischen Liebesgaben werden das Fland als Opfer einer im Interesse des Großgrundbesitzes vernachlässigten Fühwirtschaf nur notdürftig lindern. Die Jämmer, die die rationale Bekämpfung der Hochwasser-Katastrophen seiner Zeit hintertrieben haben, besitzen die Unversorgtheit, sich jetzt noch als Wohlthäter aufzuspielen! —

**Das neue Schulnotations-Gesetz.** Nach der „Preuß. Korresp.“ soll der in Aussicht stehende Gesetzesentwurf die Unterhaltungsspflicht den Gemeinden zuweisen; die Gutsbezirke werden konform den Gemeinden herangezogen werden. Für das Gebiet des preussischen Landes rechts wird das die Aufhebung der bisherigen Ausnahmestellung der Gutsbezirke bedeuten; dagegen wird die spezielle Schulbaupflicht der letzteren — Lieferung von Baumaterialien wie Holz, Ziegeln usw., soweit sie der Gutsbezirk erzeugt — in Wegfall kommen. Für Schlefien, dessen bisherige Ausnahmestellung auf dem Gebiet des Schulunterhaltungswesens ja bekannt, würde die Wirkung des Gesetzes, falls es zu Stande kommt, etwa folgende sein. Die Gutsbezirke dort haben einstweilen meist die Verpflichtung, ein Drittel ihrer laufenden Schullasten zu tragen. Bezirke, die danach bis jetzt nur mit dem Drittel etwa eines und zwar oft noch dazu eines recht bescheiden bemessenen Lehrgelohls belastet waren, werden in Zukunft etwas unangünstiger fahren als bisher. Dagegen werden namentlich die jetzt noch ganz außer allem Verhältnis in Anspruch genommenen Gutsbezirke in Gegenden mit Industriebevölkerung, die zur Zeit zum Teil das Gehalt von mehr als hundert Lehrern mit zu bestreiten haben, angemessen entlastet werden.“

Wie ungerecht jetzt die Verteilung der Lasten ist, dafür fährt die „Tägliche Rundschau“ einige Beispiele an:

Der Gutsbezirk L. ist 875 Hektar groß und schickt 70 Kinder zur Schule. Der Gemeindebezirk L. umfaßt 70 Hektar und stellt zwölf Schulkinder. Zu der Befoldung des Lehrers zählt der Gutsbezirk 116 M. und die Gemeinde 348 M.! Das übrige giebt der Staat. — In J. schickt der Gutsbezirk von 300 Hektar 83 Kinder zur Schule, während aus der Gemeinde, die 49 Hektar Grundbesitz hat, 28 Schulkinder kommen. Der Gutsbezirk zahlt 165, die Gemeinde 148 M. Zum Neubau der Schule sollte die kleine Gemeinde 2000 M. aufbringen, der Gutsbezirk nichts! Er machte aber der Gemeinde ein Geschenk von 500 M., es blieben also noch 1500 M. Gemeindebelasten; daher bestragen dort zur Zeit die Schulsteuern 93 Proz. der veranlagten Steuern.

Die „Tägliche Rundschau“ hegt berechtigte Zweifel, daß die Kontervaßten genug Selbstverleugnung beweisen würden, um auf die skandalöse Begünstigung der Gutsbezirke zu verzichten! —

#### Das Ende einer Haupt- und Staatsaktion in Bayern.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Der Stadtrat von Ludwigshafen am Rhein, der Stadt, die in diesem Jahre ihr fünfzigjähriges Jubiläum feierte, beschloß im verfloßenen Winter, an der Simultanfeier zwei weitere Handarbeit-Lehrerinnen anzustellen, welchem Beschlusse die Kreisregierung in Speier unterm 4. Februar l. J. zustimmte. Soweit war die Sache nun gediehen, als es dem katholischen Stadtpfarrer Hildbrand und seinem Kollegen Just einfiel, daß durch die Anstellung dieser Lehrerinnen der Erzie- und Nähkunst das Seelenheil der ihrer Fürsorge anvertrauten katholischen Kinder gefährdet werden könnte; denn die beiden Damen waren protestantisch, und um die Parität zu wahren,



Hätten nach ihrer Ansicht nur katholische Lehrerinnen berufen werden dürfen. Das klingt zwar lächerlich, ist aber Tatsache. Die Schulverhältnisse Ludwigschafens erinnern sehr an die Zeiten, in denen Deutschlands Bild auf der Landkarte in Hunderten von Farben glänzte: Die ursprüngliche Stadt hat konfessionell gemischte Schulen, während die beiden im Laufe der letzten zehn Jahre einberlebten Vororte Wandheim und Friesenheim konfessionell getrennte Schulen haben, über die als oberste Güter die hochwürdige Geistlichkeit eingesezt ist. Die katholische Geistlichkeit lebt nun in steter Angst, es könnte ihr eins oder das andere Schäflein verloren gehen und so wacht sie mit Argusaugen darüber, daß ihre Rechte nicht geschmälert werden. In der Anstellung von zwei weiteren protestantisch geäußerten Handarbeits-Lehrerinnen erlief sie einen weiteren Versuch, die katholische Wissenschaft nicht obenaußen kommen zu lassen. Die beiden Pfarrer wandten sich nun in ihrer Eigenschaft als Distrikts-Schulinspektoren an das Ministerium in München und riefen dieses auf, „zur Wahrung der Rechte der Katholiken“ den Beschluß des Ludwigschafener Stadtrates aufzuheben. Sie stützten sich dabei auf eine Verordnung vom Jahre 1883 — die also zu einer Zeit erlassen wurde, in der man von einem Handarbeit-Unterricht noch nicht einmal träumte, — die bestimmte, daß an konfessionell gemischten Schulen mit mehreren Lehrstellen bei Besetzung dieser Stellen darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß von jeder beteiligten Konfession Lehrer in entsprechender Anzahl zur Anstellung gelangen sollten. Der Stadtrat in Ludwigschafen stellte sich auf den Standpunkt, daß der Handarbeit-Unterricht mit der Konfession nichts zu tun habe und daß hier die angezogene Verordnung nicht zutreffend sei.

Was hat nun die Regierung? Sie wich einer grundsätzlichen Entscheidung aus und ging wie die Kage um den heißen Brei um die Lösung der Frage herum. Im vorliegenden Falle ließ es die Regierung beim alten und mit vielen „einerseits“ und „andererseits“ entschied sie, daß die Konfessionsfrage bei der Anstellung von hochlehrbaren keine Rolle spiele, daß sie aber nichtsdestoweniger es für geboten erachte, daß billige Rücksichten auf das Verhältnis der Konfessionen genommen würden.

Daß sich bei uns in Bayern solche kleine Dinge wie die Anstellung von Lehrerinnen der Strickkunst in ihrem Verlauf zu Haupt- und Staatsaktionen auszuwickeln können, ist bezeichnend für die Art, wie bei uns „regiert“ wird.

## Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Nun zu Heinrich Braun! Da kann ich mich sehr kurz fassen; er hat heute in der geschicktesten Weise, um mich milde auszuwirken, seinen Worten einen andern Sinn zu geben versucht als ich. Dabei ist aber doch dem schlauen Kerl das Maßwerk passiert, daß er genau das bestätigt, was ich gesagt habe. (Sehr richtig!) Ich habe heute um so weniger Veranlassung, meine gestrigen Ausführungen richtig zu stellen, als ich zu meiner großen Genugthuung konstatieren kann, daß dieser Teil meiner Ausführungen im „Vorwärts“-Bericht so klar wiedergegeben ist, daß sie nach einer nochmaligen Nachbetrachtung von meiner Seite nicht bedürfen. Wenn Braun fragt, welchen Artikel und welche Broschüren, die Wehring bis 1887 geschrieben hat, ich gemeint hätte, daß er sie kennt, so erwidere ich, daß ich so deutlich und so klar wie möglich — das geht auch wieder aus dem „Vorwärts“-Bericht hervor — die Artikel der „Gartenlaube“ und die Geschichte der Socialdemokratie als solche bezeichnet habe, von deren Existenz und Inhalt im allgemeinen Heinrich Braun 1887, als er mir vorschlug, Wehring zu jenem Souper einzuladen, genaue Kenntnis hatte. Daß er damals die Rede von Hafencleber aus dem Jahre 1881 kannte, war vielleicht nicht der Fall. Darüber rede ich nicht. Weiter habe ich ausgeführt, daß er die Stelle, die er aus dem Artikel der „Gartenlaube“ verlas, nicht mehr im Gedächtnis hätte oder sie nicht gelesen hätte, aber, sagte ich, daß die Handlungsweise von Wehring gegen die Partei, die „Gartenlaube“-Artikel und die Parteigeschichte ihm genau bekannt waren, ist zweifellos, und ist auch heute von ihm zugegeben. Damit ist alles das bestätigt, was er erst bestritten hat. Nun sagt er weiter — und da beruft er sich anscheinend auf eine Erklärung von Wehring selbst — er sei zu Wehring gegangen, um ihn „in meinem Auftrage“ einzuladen. Genossen, wie sollte ich dazu kommen... (Braun ruft: Das habe ich ja korrigiert und gesagt: Mit Ihrer Erlaubnis!) Also: Sie kamen damals zu mir und sagten (dem Sinne nach): Ich weiß ja, was Wehring gegen unsre Partei verbrochen, aber ich weiß auch — und Sie wissen es erst recht — was er seitdem für die Partei getan hat, in den schwersten Zeiten des Socialistenkampfes, sobald er einfaß, daß er unrecht hatte und soweit es ihm in bürgerlichen Blättern möglich war. Da habe ich zugestimmt; weil auch ich der Meinung bin, wenn einer einmal gesündigt, man ihm das nicht sein Leben lang nachtragen soll, wenn der Betreffende sich bessert und bereut. Ich sagte Braun also: Ich habe nichts dagegen, wenn Sie Wehring zur Teilnahme an dem berühmten Souper einladen. Nun aber sagt Wehring in der „Zeigiger Volkszeitung“, Braun sei zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt, er wolle ihn in meinem Auftrage einladen. Nein, so stand das nicht und wenn Wehring das so aufgeföhrt hat, so ist es unrichtig. Ich habe nur gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß er teilnimmt.

Ich begreife ja die hohe Erregung, in die Genosse Göhre durch die Angriffe gegen seine Person und namentlich durch meine Angriffe geratet ist. Aber, wie es dann immer geht, wenn man einmal in solche hochgradige Erregung verfallen ist, so hört man manches anders als es gesagt worden ist. So ist es dem Genossen Göhre ergangen. Er hat eine Reihe von Ausführungen gemacht, mit direkter Bezugnahme auf meine Person, die sich gegen Vorwürfe richten, die ich gar nicht erhoben habe. Ich will nur einige der wichtigsten Punkte anführen. Zunächst hat er wiederholt sich dagegen gewehrt, daß ich ihn einen „hergelassenen Akademiker“ genannt hätte. Das Wort habe ich nie in den Mund genommen, auch gestern nicht. Ob ein anderer es gebraucht hat, weiß ich nicht; ich habe es nicht gehört. Ich habe überhaupt von den jetzt zur Partei gehörenden Akademikern mit möglichster Objektivität gesprochen. Ich habe erklärt, mir selbst würde von den Proletariern vorgezogen, daß ich die Akademiker fortgesetzt pouffiere (Sehr richtig!), daß sie durch mich in der Partei quasi groß gezogen worden wären. (Sehr richtig!) Und ich habe gesagt: Ich freue mich über jeden, der aus einer andern sogenannten höheren Klasse zu uns kommt. Ich habe das wiederholt damit motiviert, daß die Arbeiter Socialdemokraten sind, das ist selbstverständlich; erstauslich ist nur, daß es noch Arbeiter giebt, die nicht Socialdemokraten sind. Aber wenn ein Mann aus andern Schichten in unsre Partei kommt, der hat große Kämpfe mit sich selbst auszufechten, der hat tief eingewurzelte Anschauungen zu überwinden, Vorurteile zu beseitigen, er kommt in Konflikte mit seiner Familie, mit seiner bisherigen Gesellschaftsrichtung, und wenn er trotzdem alle diese Hindernisse überwindet, so ist ihm das hoch anzurechnen. Nun aber, so habe ich gestern ausgeführt, verfallt ein Teil dieser Leute nachher noch und zu leicht in alle Vorurteile und Auffassungen und in die Kampfmethoden der alten Zeit zurück und sie erweisen sich auf diese Weise als Genossen, an deren Ehrlichkeit ich nicht zweifle, die aber an der Stelle, an die sie dann sehr bald gestellt werden, nicht das erfüllen, was man von ihnen erwartet. Und darum stimme ich denen zu, die uns warnen, wenn künftig solche Leute kommen, sie ohne weiteres mit offenen Armen aufzunehmen. Wir haben von jetzt ab bei der Größe und Bedeutung der Partei überhaupt alle Ursache, und jeden, der kommt, genau anzusehen; wir haben aber bei den Akademikern und Intellektuellen zweimal Ursache, sie anzusehen. (Sehr richtig!) So stand die Sache. Göhre hat dann weiter mit einem gewissen bitteren Hohn — den ich ihm verzeihe, weil ich ihn begreiflich finde — ausgeführt, daß ich alles gemein hätte, um Wehring zu retten. Ich habe gestern meine Beziehungen zu Wehring genau und, wie ich glaube, wahrheitsgetreu geschildert. Ich glaube Wehring in keiner Weise zu nahe zu

treten, wenn ich erkläre: Wehring hat mich niemals als das, was man einen Freund nennt, angesehen, und ich meinerseits habe in Wehring keinen Freund gesehen. Ich stehe zu Wehring, wie ich zu Tausend andern Parteigenossen stehe, nur mit dem Unterschied, daß Wehring kraft seiner geistigen Befähigung ein Mann ist, mit dem ich mich gern unterhalte, bei dem man allezeit auch in der Privatunterhaltung, sehr viel lernen kann; aber intimere Beziehungen haben nie zwischen uns bestanden. Ich kann sogar behaupten, daß wir in den letzten drei oder vier Jahren nur zweimal Veranlassung hatten, uns aufzusuchen. Einen Freund nenne ich nur eine Person, mit der ich sehr intim stehe und mit der ich mich nach den verschiedensten Richtungen hin d'accord fühle. Zu diesen Freunden gehören weder ich Wehring gegenüber noch Wehring mir gegenüber. Göhre sagt, ich hätte bei Wehring alles mit dem psychologischen Moment entschuldigt. Nach dieser Richtung bin ich vollständig geblieben durch den „Vorwärts“-Bericht, der auch in diesem Punkt (Zuruf: Wie in allem!) vollständig wahrheitsgetreu ist. (Redner verliest die Stelle des „Vorwärts“-Berichts über den Schoenland-Brief von „Aun kommt heute Bernhard mit dem Brief“ bis „aber keine Entschuldigung ist“.) Ich glaube, dieses Citat erzieht, daß Genosse Göhre keine Verschuldigung in keiner Weise ausräumt erhalten kann. (Sehr richtig!) Daß Genosse Göhre bisher seine volle Schuldigkeit gethan hat, habe ich nie bestritten. Er hat mit außerordentlichem Eifer agitiert, und ich habe wiederholt gesagt: Es ist doch gut, daß wir einen so eifrigen Agitator wie Göhre bekommen haben, der nimmt uns Allen eine ganze Reihe von Veranlassungen ab. (Göhre: Ich danke!) Dafür haben Sie sich bei mir gar nicht zu bedanken. So habe ich über Göhre gesprochen. Göhre hat dann weiter angeführt, ich hätte ihn doch einmal zu mir rufen und ihn — er geradete das Wort — erziehen können. Ja, Genossen, ich habe in meinem Leben, namentlich in den letzten zwei Jahrzehnten, das Wort Schulmeister so oft an den Kopf geworfen bekommen, daß ich heillosen Respekt bekommen habe, etwas zu ihm, was zu diesem Vortwurf Anlaß geben könnte. Nun kommt Göhre und fordert mich feierlich auf, an ihm erzieherische Thätigkeit vorzunehmen! (Heiterkeit.) Ja, Genosse Göhre, wie stellen Sie sich denn meine Stellung eigentlich vor? Ich habe keine Zeit, so etwas zu unternehmen und einem Genossen zu schreiben. Kommen Sie doch mal zu mir, oder wann kann ich Sie aufsuchen. Ich erteile Ihnen dann ein Privatinterview! (Heiterkeit.) Dazu bin ich außer stande und habe umsoweniger Bedürfnis dazu, weil ich nie weiß, wie mein Anerbieten aufgenommen werden würde. (Sehr gut!) Ganz besonders war Göhre entrüstet über meine Erklärung, daß derjenige, der nach dem 22. November 1902 noch an der „Zukunft“ mitgearbeitet habe oder zu Garden in persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen stand, sich der standhaftesten Handlungsweise schuldig gemacht habe. Ich habe gestern aus dem betreffenden Artikel all die drastischen Stellen und Beschimpfungen verlesen und dann gesagt: daß sich Genossen finden, die nach der Veröffentlichung dieses Artikels, nachdem sie diesen Artikel gelesen hatten, weiter an der „Zukunft“ mitarbeiteten oder freundschaftliche Beziehungen zu Garden aufrecht erhielten, dafür giebt es allerdings keine Entschuldigung; da giebt es kein andres Wort als Psui! — davon nehme ich kein Wort zurück. Göhre sagt, er habe den Artikel nicht gelesen. Wenn Göhre das an dieser Stelle nicht nur vor der ganzen Partei, sondern gewissermaßen vor der ganzen civilisirten Welt, die unsere Verhandlungen aufmerksam folgt, erklärt, so glaube ich das, — und dann trifft mein Vortwurf auf ihn nicht zu. Auf höchste überrascht hat mich aber die weitere Erklärung Göhres, daß er auch in der Parteipresse nichts über diesen Artikel gefunden habe. In der „Neuen Zeit“ vom 14. Januar 1903 ist der gegen Bernhard gerichtete Artikel „Konfessionschulzes“ enthalten, in dem gegen den Gardenischen ausführlich polemisiert wird. Ich bin aufs höchste überrascht, daß Göhre auch diesen Artikel nicht gelesen haben soll. Es ist da der Gardenische Artikel aufs bestigste angegriffen worden und als das hingestellt, was er ist. Aber wenn Göhre erklärt, daß er auch diesen Artikel nicht gelesen hat... (Göhre: Ich habe ihn gelesen!) — Dann allerdings konnten Sie über den Artikel der „Zukunft“ nicht mehr im Unklaren sein. Und wenn Sie sich sagen: Da hat Wehring vielleicht tendenziös entstellt, dann sind Sie ein viel zu gewissenhafter Mann, um sich nicht gleich zu sagen — da Sie doch sicher Abomment der „Zukunft“ sind (Zuruf: Göhre), Sie bestätigen das — den Artikel habe ich ja ganz übersehen; mal sehen, was denn da drin steht! (Göhre: Es ist ein Verbum, ich habe nicht bestätigt, daß ich Abomment der „Zukunft“ sei; ich bin Abomment der „Neuen Zeit“.) Und Sie haben sich auf den Artikel der „Neuen Zeit“ hin nicht veranlaßt gesehen, den „Zukunft“-Artikel durchzulesen? (Göhre: Ich werde darauf gleich antworten.) Hätte Genosse Göhre auch den Artikel der „Neuen Zeit“ nicht gelesen, so hätte ich meinen Vortwurf mit Bezug auf ihn zurücknehmen können. Unter diesen Umständen aber bedaure ich vorläufig, nichts zurücknehmen zu können, sondern mich weitere Aufklärung abzuwarten. Aber ich bleibe dabei, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung, und wenn man mich todschläge, ich könnte nicht davon abgehen; wer nach Kenntnis dieses Artikels noch für die „Zukunft“ gearbeitet hat, auf den trifft das Verdammungsurteil zu, das ich gestern ausgesprochen habe. Es könnte ja sein, daß der letzte Göhre'sche Artikel schon vor dem „Zukunft“-Artikel vom 22. November eingeschickt gewesen und nur später veröffentlicht worden wäre. Er ist aber erst im März d. J. veröffentlicht worden, also lange Zeit später, und erst nach der Veröffentlichung der Resolution des Vorstandes. (Hört! hört!) Bitte, Genossen, das trifft nicht zu, was Sie mit diesem Hört! hört! sagen wollen. (Göhre: Sehr bedenklich!) Ach, was von Ihrer Seite in den letzten Tagen an solchen bedenklichen Zurufen geleistet worden ist, ist noch viel ärger. (Zehbaster Verfall.)

Singer: Ich bitte auf Zurufe nicht zu antworten.  
Bebel (fortfahrend): Ich antworte nicht auf Zurufe, das ist ein Mißverständnis. Man hat auch in der Fraction zu mir gesagt: jetzt hat ihr diese Resolution veröffentlicht und Göhre schreibt weiter für die „Zukunft“. Darauf habe ich geantwortet: Das können wir ihm nicht verbieten, eine maßgebende Entscheidung hat hier nur der Parteitag.

Schließlich noch ein Punkt, der mir insofern der fatalste ist, weil es sich hier um Privatgespräche handelt. Genosse Auer winkt ab. Ich bin aber provoziert dadurch, daß Göhre auf diese Unterhaltung Bezug genommen hat. Es handelt sich darum, daß ich im Sommer 1898 oder 99 in der Braunschen Villa im Grunewald mit Göhre zusammengetroffen bin. Wir waren beide zu Braun eingeladen. (Zuruf: Zum Diner!) Nein, es gab kein Diner. Göhre teilte mir dort mit, er wolle nächstens in die Partei eintreten, sich aber zunächst einige Jahre der Ruhe verschaffen und sich hauptsächlich dem Genossenschaftswesen zuwenden. Insofern ist die Göhre'sche Darstellung ganz richtig. Sie ist aber nicht vollständig. Auch ich will nicht alles sagen. (Meister: Warum denn nicht?) Das ist meine Sache, das geht Euch nichts an. (Heiterkeit. Meister: Dann sagen wir es.) Das kannst Du ja gar nicht. Göhre sagte also weiter: Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, in die Partei eintreten zu können, — die Motive, weshalb das sofort nicht möglich war, teilte er mit, ich habe aber keinen Anlaß, sie hier bekannt zu geben — ich werde mich hauptsächlich dem Studium des Genossenschaftswesens widmen und auch ein Mandat nehmen. (Hört! hört!) Von einer mehrjährigen Ruhezeit war da keine Rede. Das war kein Verbrechen, aber da Göhre das verschwiegen hatte, hielt ich mich für verpflichtet, es zur Verbaltdündigung mitzuteilen. — Ich kann also nicht zu geben, daß Göhres Angriffe gegen meine Person auch nur einen Schatten von Verächtigung hatten. Meine Vortwürfe gegen ihn bedauere ich in diesem Moment nicht zurücknehmen zu können; ich würde sie gern zurückgenommen haben, wenn er die Sache klargestellt hätte. (Verfall.)

Stadthagen: Braun meint, daß die Fehen und Verdächtigungen vor seinen Wählern zu der regelmäßigen Thätigkeit von mir gehören, soweit ich eine Thätigkeit in seinem Wahlkreise entwickele. Diese Behauptung ist selbstverständlich unwahr, sie kennzeichnet ihn. Weder habe ich gehebt gegen ihn, noch habe ich verdächtigt. Ich überlasse ihn vollkommen selbst seinen Wählern, sie werden ihn bald

erkennen. Zweitens hat Braun gesagt, ich hätte ihm gegenüber geäußert, er habe für ein literarisches Unternehmen einen bürgerlichen Gönner gefunden, ich könnte mich im Register des Amtsgerichts überzeugen, ob das wahr ist...

Singer: Das hat Braun Adolf Hoffmann gegenüber geäußert. Stadthagen: Dann ist die Sache erledigt. Ich würde selbstverständlich einen bürgerlichen Gönner niemals vor ihm warnen. (Heiterkeit.)

Heinrich Braun: Bebel ist noch einmal auf die Frage zurückgekommen, wie es sich mit meiner Kenntnis von Wehrings Vergangenheit verhält zu der Zeit, als ich zu ihm und Singer von Wehring sprach, und er hat gesagt: Dieser schlaue Kerl hat sich selbst gefangen durch das Zugeständnis, daß er die Broschüre gefaßt habe. Es ist mir ganz unverständlich, wie Bebel das sagen kann. Ich habe ihm ja ausdrücklich zugegeben, daß es ein Widerspruch in sich selbst gewesen wäre, wenn ich ihm von der Rehabilitierung Wehrings gesprochen hätte, ohne zu wissen, warum sie notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß ich als Student der Nationalökonomie damals Wehrings Geschichte der Socialdemokratie gefaßt habe. Aber ich kannte nicht die ganze Vergangenheit von Wehring und insbesondere nicht die Artikel der „Gartenlaube“. Diese Artikel haben eine ganz besonders wichtige Bedeutung. Ich war genötigt, auf diese Artikel...  
Singer: Sie können nicht in einer persönlichen Bemerkung gegen Bebel auf den Inhalt der Artikel der „Gartenlaube“ eingehen.

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich habe also die Artikel der „Gartenlaube“ nicht gefaßt, und wenn Bebel das Gegenteil sagt, so steht hier Behauptung gegen Behauptung. Ich bedaure, daß Bebel nach meiner ganz bestimmten Versicherung, daß seiner Behauptung bleibt, er sollte doch eigentlich um so mehr an die Sicherheit seines Gedächtnisses zweifeln, als er den andern Punkt, den er mir entgegengehalten hat, daß ich nämlich die Bekanntheit von Wehring schon früher gemacht hätte, hat fallen lassen. Darauf ist er mit seiner Silbe zu sprechen gekommen. (Bebel: Das habe ich vergessen, ich kann ja noch darüber sprechen!)

Singer: Man kann doch nicht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung etwas besprechen, was nicht gesagt ist.

Heinrich Braun (fortfahrend): Noch ein Wort gegen Kautsky! Ich habe angeführt, daß ich Kautsky wiederholt gesagt habe, er lasse Wehring zu viel latitude, er möchte doch in seinen Erinnerungen nachforschen und dann aufrichtig sagen, woran er sich erinnert hat. Das Wort „aufrichtig“ war ganz harmlos; wenn aber Kautsky darin etwas Verlegendes erblickt, so stehe ich nicht an, zu bedauern, daß ich den Ausdruck gebraucht habe. Noch mehr bedaure ich, daß ich auf eine mir von Kautsky infolge dieses harmlosen Wortes entgegengeschleuderte Invektive mit derselben Invektive geantwortet habe. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Wenn ich es für ungerechtfertigt halte, aus Invektiven mit Invektiven zu antworten statt zu schweigen, so ist es selbstverständlich, daß ich auf die Invektive Bebel's in seiner geistigen Rede mit meinem Wort eingehen, fordere Ihnen das Urteil überlasse.

Kautsky: Braun hat gesagt, die Redaktion der „Neuen Zeit“ habe den Artikel seiner Frau abgelehnt und diese dadurch gezwungen, an die „Zukunft“ zu gehen. (Braun: Das habe ich nicht gesagt!) Aber doch, daß ich den Artikel abgelehnt habe! Ich habe die Briefe nicht bei der Hand und kann daher nur aus dem Gedächtnis citieren. Genossin Braun fragte, ob wir einen Artikel von ihr acceptieren würden. Wir antworteten: Mit Vergnügen, aber wir können uns erst dann entscheiden, wenn er im Manuscript vorliegt. Wir bitten Sie um Uebersendung. Darauf kam der Artikel, aber zugleich das Verlangen, ihn binnen 14 Tagen abzugeben. Wir hatten großen Stoffandrang, die nächsten Nummern waren bereits vollständig mit Artikeln besetzt. Wäre der Artikel von Genossin Braun sehr wichtig gewesen, so hätte man ja einen andern Artikel zurückstellen können, aber er war ganz unbedeutend. Nicht etwa, daß ich das Talent von Genossin Braun unterschätze, aber der Artikel war ziemlich harmlos und ich hatte keinen Grund, ihn zum Nachteil anderer, die länger da waren, zu bevorzugen. Wir schrieben ihr, wenn sie darauf bestände, daß der Artikel binnen 14 Tagen erscheine, müßten wir darauf verzichten. Warum Genossin Braun dann zu Garden gegangen ist, ist eine andre Frage. Uebrigens hat Genossin Braun schon früher für die „Zukunft“ gearbeitet. Ich muß jahraus, jahrein Hunderte von Artikeln zurückweisen, aber noch kein Verfasser hat sich bisher genötigt gesehen, sich dann an Garden zu wenden. Braun sagt: Ich möge in meinen Erinnerungen nachforschen, ob er mir nicht Vorhaltungen über Wehring gemacht habe. Auf die Invektiven dabei will ich nicht eingehen. Was er sagt, ist richtig, er hat mir zu verschiedenen Zeiten solche Vorhaltungen gemacht, aber er hat vergessen zu sagen, wann. Nicht etwa als Wehring zu uns kam, oder bald darauf, im Gegenteil damals waren ihm keine Grenzen für die Mitarbeit von Wehring zu weit. (Bebel: Sehr richtig!) Damals lebte Braun in der Ratenblüte des Radikalismus. Damals verlangte er von mir noch ein schärferes Vorgehen gegen Bollmar. (Hört! hört!) Erst seitdem sein revolutionärer Spiritus verfliegen und er im Lager der Revisionisten steht, hat er Anstoß an der Mitarbeiterschaft von Wehring genommen und verlangt, daß ich ihm engere Zügel auflege. Warum bin ich dem Rat von Braun nicht gefolgt? —

Singer: Das gehört aber nicht mehr zur persönlichen Bemerkung.

Kautsky: Dann habe ich nichts mehr zu sagen. (Heiterkeit.) Jubel: Heine hat eine Aeußerung von mir in einer Versammlung des dritten Wahlkreises erwähnt, aber er hat nicht richtig citiert. In Wirklichkeit habe ich gesagt: Wenn es in der Fraction dahin kommen sollte, daß beschlossen wird, das höfliche Ceremoniell und alles, was damit verbunden ist, mitzumachen, dann könnte es leicht sein, daß die organisierten Arbeiter das Licht zwischen sich und denjenigen Genossen zerschneiden, die sie auf diesen Weg drängen wollen. (Zustimmung.)

Heine-Berlin: Adolf Hoffmann hat von meinen Fragen eine beantwortet, er hat festgestellt, daß ich nicht für die bürgerliche Presse geschrieben habe und daß also Artikel dieser Art nicht unsere Agitatoren zwischen die Beine geworfen sein können. Er hat aber erklärt, dies wäre geschehen mit meiner Kanonen-Rede und mit den Artikeln, die ich in den „Socialistischen Monatsheften“ zur Bernstein-Frage veröffentlicht hätte. Die Kanonen-Rede ist kein Artikel, sondern eine Antwort, die ich in einer Versammlung meines Wahlkreises auf eine Anfrage erteilt habe und erteilen mußte; sie gehört nachherade zum eisernen Inventar jedes Parteitages. Ich lasse mich nicht mehr darüber aus, nachdem ich in Hannover erklärt habe, ich würde das künftig ablehnen, und nachdem Bebel in Hannover erklärt hat, daß meine Auskunft ihn vollständig befriedige und daß er es für ein Unrecht halten würde, mich deshalb nochmals anzupapfen. Nun meine Artikel zur Bernstein-Frage! Adolf Hoffmann hat nicht die Frage beantwortet, wo denn diese Artikel jemand als Knüttel zwischen die Beine geworfen sein sollen. Ich glaube es nicht, daß das geschehen ist. Welche Artikel habe ich denn zur Bernstein-Frage geschrieben? Einen einzigen, der im Oktober 1899 erschien, auf dem Parteitag in Hannover angeführt, aber sonst in der Partei und der Parteipresse völlig unbeachtet geblieben ist. Das einzige, was ich darüber gelesen, war ein Angriff in einem national-socialen Blatt, weil ich in dem Artikel Bernstein von mir abgelehnt hatte. Also, dieser Artikel kann Ihnen niemals entgegengehalten sein, und ich wiederhole: es wäre mir zu Ohren gekommen, die guten Freunde hätten schon dafür gesorgt, daß eine Beschwerde eingegangen wäre. Dagegen zweifle ich nicht im geringsten daran, daß Ihnen in Versammlungen öfter entgegengehalten ist: Ja, macht es so wie Auer, Bollmar usw.! Das ist die dumme, thörichte Art, wie unsre Gegner agitieren...  
Singer: Ich bitte, nicht über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinauszugehen.

Heine (fortfahrend): Was meine Gegner von mir sagen, sind nicht meine Aeußerungen, und ich möchte die Genossen in solchen Fällen bitten, doch erst mal die Gegner zu fragen, ob denn das, was sie als Aeußerungen von mir kolportieren, wirklich wahr und authentisch ist. Das kann ich beanspruchen. Jubel hat nach meiner bestimmten Erinnerung in jener Versammlung gesagt: Wenn der Parteitag, was er nicht erwartet,



so beschließen würde, so würde es einen Schnitt ins Tischchen geben. Aber es kommt ja vor, daß man mal etwas anders sagt, als man sagen will; es kommt auch vor, daß man sich verfehlt. Wenn also Jubel erklärt, er habe das sagen wollen, was er jetzt gesagt hat, so hat seine Äußerung natürlich eine ganz andre Bedeutung, als ich annahm.

Göhre: Bebel hat gesagt, ich hätte in meiner Rede ausgesprochen, daß ich durch die Parteipresse keine Kenntnis von dem Postamt-Artikel in der „Zukunft“ erlangt habe. Das habe ich nicht gesagt. Er hat mir nachgewiesen, daß ich davon Kenntnis haben müßte, weil ich den Artikel „Konfessionschulze“ gelesen haben müßte. Aus derselben Flüchtigkeit und Sorglosigkeit heraus, die ich überhaupt der „Zukunft“ gegenüber gehabt habe, und aus der übrigen Situation heraus, weil ich wußte, daß der Artikel „Konfessionschulze“ von Mehring war und weil ich bei den Beziehungen, die ich seit meinem Eintritt in die Partei zu Mehring habe — ich habe nicht wie Dr. Naumburger erklärt, daß ich schon längst in den wissenschaftlichen Gebankengängen von Marx, Engels und Mehring mich bewegt habe — also, weil ich wußte, woher der Artikel kam, hat sich meine Erregung dieser Quelle zugewendet, und ich habe auch dann den Artikel nicht gelesen, ich hätte ihn lesen müssen, ich habe es nicht getan. Ich erkläre mich schuldig, diese Sorglosigkeit begangen zu haben. Bebel hat weiter eine Unterhaltung mit mir reproduziert. Was er gesagt hat, stimmt bis auf den Satz: „Ich werde auch ein Mandat annehmen“. Auch darüber ist geredet worden, aber der Herr Genosse Bebel, ich glaube, Sie werden, wenn ich Sie daran erinnere, zugeben, daß dieser Satz in dieser kurzen Form nicht gefallen ist. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich hoffe, später als ein vollberechtigter Genosse wirken zu können, und daß ich dann, da ich meinen Beruf ausgeübt habe, um mich dem des politischen Menschen zu widmen, auch mal ein Mandat zu bekommen hoffe. Versetzen Sie sich in meine Lage! Ich war noch nicht Genosse...

Singer: Ich bitte, in dieser Weise die Sache nicht zu erörtern. Sie haben das volle Recht, sich gegen das zu wenden, was Bebel gesagt hat, aber Sie können doch nicht erklären, warum sie etwas gesagt haben.

Göhre: Sie werden zugeben, daß meine Worte zu Bebel nicht der Ausdruck einer Streberei, sondern einer vollendeten Ehrlichkeit bedeutete, mit dem ich mich nicht schuldig wollte. (Sehr wahr!) Endlich hat Bebel gemeint, ich hätte ihn mißverstanden, er habe das Wort „hergelauene Akademiker“ nicht gebraucht und mich nicht gemeint. Selbstverständlich ziehe ich, nachdem Bebel das erklärt hat, die volle Konsequenz daraus.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft. Die Mittagspause tritt ein.

Eingegangen ist ein Glückwunsch-Telegramm der Genossen von Kaufmann-Miesbach. Schluß 1 1/2 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

8 1/2 Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.

In der Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nachträglich noch folgender Antrag 132, Quard, eingegangen: „Der Parteitag erklärt, daß die Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern im allgemeinen zu verwerfen ist und daß die litterarisch thätigen Genossen alle Ursache haben, zu vermeiden, durch jene Mitarbeit gegnerische Nachmittel zu stärken. Da sich für Ausnahmen von dieser Regel keine Gesetze aufstellen lassen, muß die Entscheidung darüber in jedem Einzelfalle vom politischen Takt der litterarisch thätigen Genossen und nötigenfalls durch die Parteioorganisation im regelrechten Instanzenwege getroffen werden. Quard.“

Singer teilt mit, daß dieser Antrag nicht mehr zur Diskussion gestellt, aber event. bei der Abstimmung mit berücksichtigt werden könne.

Das Schlußwort hat

Quard: Ich werde mich auf das rein Sachliche beschränken. Braum hat mir vorgeworfen, daß wesentlich durch die Schärfe meines Angriffs die Debatte so festig geworden ist. Dem ist nicht so; ich halte mich für keinen so aggressiven Genossen, der andre so verletzen könnte, daß sie gestungen wären, die Frage auf diese Weise aufzuheben. Wenn Braum bemängelt hat, daß seine Beschränkung im Bericht nicht vollständig wiedergegeben sei, so will ich Ihnen zum Beweise dafür, daß der Parteivorstand bei der Erledigung dieser ganzen Angelegenheit niemand hat verletzen wollen, den Brief vom 27. Februar, der im gedruckten Bericht nur auszugsweise vorliegt, in seinem vollständigen Inhalt nochmals vorlesen.

Antwort auf die Anfrage der Genossen Heinrich Braum zc.

Berlin, 27. Februar 1903.

### Beide Genossen!

Auf Ihre Zuschrift vom 18. Februar a. c. haben wir Ihnen folgendes zu antworten.

Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der „R. Z.“ durch Aufnahme des Artikels „Konfessionschulze“ in Nr. 16 des genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Rüge oder Zurückweisung unsererseits verdient.

Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Soweit stand es im Vorstandsbericht.

Daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ den in Frage stehenden Artikel veröffentlichte (und zu dieser Frage ihre Ansichten äußerte), geschah im Namen derselben persönlichen Freiheit, in deren Namen Sie beanspruchen, daß Parteigenossen ihre Arbeiten in jedem ihnen gültigsten gegnerischen Blatte veröffentlichen dürfen.

Voraussetzung bei der Aufnahme von Artikeln in die „Neue Zeit“ ist, daß der oder die Angegriffenen das Recht und die Möglichkeit haben, auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu antworten. Dieses Recht hat aber, wie der Artikel des Genossen Bernhard in Nummer 19 der „Neuen Zeit“ beweist, die Redaktion dem Angegriffenen in vollem Umfang eingeräumt. Mehr kann unser Erachtens nicht verlangt werden, und damit fällt für uns auch jeder Grund zur Intervention.

Ueber die Frage, inwieweit Parteigenossen berechtigt sind, an gegnerischen Blättern mitzuarbeiten oder sich in den Dienst derselben zu stellen, behalten wir uns, da es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung handelt, besondere Entschliessung vor und werden wir hierüber unsere Ansicht im Centralorgan der Partei veröffentlichen.

### Der Parteivorstand.

Den letzten Absatz hätten wir selbstverständlich im Vorstand gar keinen Anlaß gehabt, den Beschwerdeführern mitzuteilen, aber wir wollten sie von vornherein über unsere Absicht aufklären. Der Parteivorstand hat mit seiner Deklaration nichts anders beabsichtigt, als einen Wegweiser aufzurichten, nach dessen Richtung die Genossen ersucht wurden, zu marschieren. Man hat sich ja mit aller Energie gegen die „Annahme“ des Vorstandes gewandt. Wir haben aber in der jetzigen Debatte von den in Frage kommenden Parteigenossen gehört, daß sie doch mehr oder weniger jetzt geneigt sind, sich den vom Parteivorstand gegebenen Intentionen, nachdem sie gesehen haben, daß auch die Mehrheit des Parteitages derselben Meinung ist, zu fügen.

Bernhard hat ja auf die direkte Anfrage Bebels erklärt, daß er den Artikel bereue, und auch gemeint, es sei besser, wenn er nicht geschrieben wäre. Der Parteivorstand konnte ja mit seiner Deklaration nicht alle in Betracht kommenden Fälle treffen; sie sollte nur ein Wegweiser sein, und deshalb hat es mich getreut, daß selbst Heine zugeben mußte, daß unter Umständen etwas von der persönlichen Freiheit zu Gunsten der Allgemeinheit der Partei geopfert werden müsse. Heine scheint also auch diese Meinung für sich acceptiert zu haben; er sprach heute morgen von der „möglichsten“ Freiheit des Handelns. Wenn Heine nach dieser von ihm selbst ausgesprochenen Ansicht künftig seine Handlungsweise in Bezug auf Mitarbeit an gegnerischen Blättern einrichtet, so wird er einwandfrei handeln. Er wird dann den Weg betreten, von dem Göhre gewünscht hat, er

möchte ihm von Bebel gezeigt werden. (Heiterkeit.) Auch Göhre hat erklärt, daß er die Mitarbeit an der „Zukunft“ als unvereinbar mit den Parteipflichten hinstorfer unterlassen werde, und diese Entschliessung schon vor einiger Zeit durch eine Zuschrift an den Genossen Bruno Vorhardt bekundet habe. Ich glaube: das ist deswegen geschehen, weil Vorhardt mit einer leitenden Stelle im Wahlverein Teplitz-Beckow-Charlottenburg einmüht. Sollte diese Voraussetzung nicht zutreffen, so hätte Göhre allerdings seinen Brief statt an Vorhardt lieber an das Bureau der Parteileitung, 3. Auer, Kreuzbergstraße 30, richten sollen. Das Verhältnis zwischen Göhre und uns ist doch bis heute ein ganz korrektes gewesen.

Braum hat für seine Person zwar eine Erklärung wie Göhre, Bernhard und Heine nicht abgegeben, aber wohl nur deswegen nicht, weil er ja behauptet, für die „Zukunft“ überhaupt nicht geschrieben zu haben. Seine Frau, Lily Braum, hat aber die Absicht, nichts mehr für die „Zukunft“ zu schreiben. Wir glauben, Genosse Heinrich Braum ist ein viel zu gut erzogener Ehemann, als daß er seiner Gattin hierin nachahmen sollte. (Große Heiterkeit.) Davon sind wir im großen ganzen befriedigt.

Nun ist die Fassung der Deklaration vielfach als unklar und unzureichend bezeichnet worden. Wir haben die Äußerungen der Parteiredaktionen darüber selbstverständlich aufmerksam verfolgt. Die Äußerung des „Hamburger Echo“ habe ich bereits mitgeteilt, und da ich weiß, daß Quard stets besonders kritisch gegen die Handlungen des Parteivorstandes ist, so habe ich die „Frankfurter Volksstimme“ besonders eifrig verfolgt. (Heiterkeit.) Darin fand ich die Erklärung des Parteivorstandes wörtlich abgedruckt, und dazu folgende redaktionelle Bemerkung:

„Diese Befremdung läßt sich u. E. kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen christlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit gibt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle von der „Frankfurter Zeitung“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ in „gehässiger und häßlicher Kritik“ an unserer Partei Erkelndes leisten und uns vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung“ keines bekannnt ist, auf welches obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe.“

Danach sagte ich mir: der Parteivorstand befindet sich in seiner Auffassung mit Quard in voller Uebereinstimmung. (Quard: Dem Sinne nach!) Nun könnte ja diese Auffassung nicht von Quard herrühren, aber das ändert ja an der Sache nichts. (Quard: Hier kommt es aber auf die Form an!) Soweit mir bekannt ist, ist in keinem andern Blatt der Partei ein anderer brauchbarer Vorschlag gemacht worden. Soweit die Sache selbst in Betracht kommt, sind wir mit dem Erfolg dieser Deklaration voll und ganz befriedigt, und wenn heute die damaligen Beschwerdeführer sich bereit erklärt haben, den Wegweiser zu beachten, so können wir jedenfalls mit dem vom Parteivorstand aufgestellten Grundsatze für das nächste Verwaltungsjahr völlig auskommen. Deswegen kann ich keinen der andern Anträge beibringen. Auch der Antrag Quard würde an dem Thatbestand nichts weiter ändern. Zum Beweise dafür, daß auch nach bürgerlicher Auffassung die Genossen, die sich der Deklaration fügen, nichts an ihrer Parteihelderei einbüßen, citiere ich eine Äußerung der „Täglichen Rundschau“: „Mit der Frage, ob Socialdemokraten Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sein dürfen, hat sich neulich der socialdemokratische Parteivorstand beschäftigt. Dabei ist er zu der salomonischen Entschliessung gekommen, daß eine Mitarbeiterchaft oder Redakteurhaltung bei Prekurennehmungen, die an der socialdemokratischen Partei gehässige oder häßliche Kritik üben, nicht zu gestatten sei. Bei Blättern hingegen, wo solches nicht der Fall wäre, könnten Socialdemokraten ruhig mitarbeiten: soweit nämlich Stellungen in Betracht kämen, in denen „der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die socialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen sie gerichtete Angriffe aufzunehmen“. — „Es muß in der jungen socialdemokratischen Gesellschaft doch noch ein wenig Lumbumb hergehen. Unter unabhängigen bürgerlichen Publizisten pflegt es als schlechthin selbstverständlich zu gelten, daß sie nicht an Unternehmungen mitwirken, die ihre persönliche Ueberzeugung bekämpfen oder in den Schmutz zerren.“ (Hört! Hört!)

Das wird hier als Anstandsbescheid bürgerlicher Publizisten angesehen, während die socialdemokratische Partei- und Schriftsteller-Ehre doch turchhoch über diese Anschauungen erhaben sein sollte!

Mit der Annahme der Auffassung des Parteivorstandes wird diese Auffassung selbstverständlich zu einer Richtschnur für die Parteigenossen. Es kann jetzt keinen Streit mehr darüber geben, daß das, was da verlangt wird, getan werden muß. Streit kann höchstens noch darüber entstehen, ob in dem einen oder andern Fall die Auffassung des Parteivorstandes bezw. des Parteitages Anwendung finden soll. Ich bitte, unter Ablehnung der andern gestellten Anträge den Antrag 7 des Parteivorstandes anzunehmen.

Singer schlägt vor, zunächst über den Antrag 7 abzustimmen, im Falle von dessen Ablehnung über die Anträge 8—16, 120, 128, 132.

Quard bittet, zunächst über Antrag 132 als über den weitgehendsten abzustimmen. Für diesen werde eine Reihe von Delegierten stimmen, die nicht für den Antrag 7 stimmen könnten.

Singer: Ich würde davon abraten, zuerst über einen weder begründeten, noch diskutierten Antrag abzustimmen. (Sehr richtig!) Ich mache Quard daraus keinen Vorwurf, er konnte ja erst während der Diskussion zu der Formulierung seines Antrages gelangt sein.

Friedländer schlägt vor, zunächst über Antrag 128 abstimmen zu lassen, der weitergehe als der des Parteivorstandes.

Abol Hoffmann tritt dieser Ansicht entgegen; der Antrag des Parteivorstandes gehe weiter.

Der Parteitag beschließt, zunächst über Antrag 7 abzustimmen, und für den Fall von dessen Annahme die andern für erledigt zu erachten.

Der Antrag wird mit 288 gegen 24 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmen: Beed, Viel, Heinrich Braum, Eßtinge, v. Elm, Engler, Edm. Fischer, Göhre, Heine, Holzappel, Hug, Japer, Kolb, Kratisch, Krämer, Lindemann, Mannheimer, Adolf Müller, Pöplow, Quard, Sidelum, Thiele, Timm, Vollmar.

Der Stimme enthalten sich Auer, Bernstein, Gertrud David und Gehmann.

Grimpe und Adolf Müller fügen bei ihrer Abstimmung die Worte „trotz aller Bedenken“ zu. (Heiterkeit.)

Singer macht daraufhin darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, die Abstimmung zu motivieren.

Abol, Hähnisch, Michels, Kapfenstein und Gradnauer geben schriftlich zu Protokoll die Erklärung, daß sie für den Antrag gestimmt haben, obgleich sie mit seiner Fassung im einzelnen nicht einverstanden seien.

Damit sind die Anträge 8—16, 120, 128, 132 erledigt.

Es folgt der Punkt:

### Differenzen zwischen Bebel und dem „Vorwärts“.

Bebel:

Ich habe bereits am Sonntagabend erklärt, daß die Haupt- und Staatsaktion, die manche infolge der Unterdrückung meiner Erklärung im „Vorwärts“ erwarten, nicht eintreten dürfte, weil die Dinge mittlerweile einen Charakter angenommen haben, der auch von mir nicht vorausgesehen war und der die Dinge in einer Gestalt erscheinen läßt, daß nach meiner Auffassung eine erhebliche Debatte nicht eintreten wird — wenn nicht bei bestimmten Genossen eine besondere Neigung vorhanden sein sollte. Als die Nachricht von der Ablehnung meiner Erklärung in die Kreise der Partei drang, da war, glaube ich, die Ueberraschung groß, daß so etwas vorgekommen sei. Bei der großen Mehrheit der verehrten Parteigenossen war der erste Gedanke wohl der: Wenn das der „Vorwärts“ getan hat, dann muß Bebel wohl ordentlich in die Koppel gehauen haben! Denn sonst ist das doch kaum denkbar. Als sie dann in die Lage kamen, die abgelehnten Erklärungen zu lesen, da werden sich sicherlich die allermeisten gesagt haben: Ich begreife gar nicht, weshalb diese Erklärung abgelehnt worden ist! Ich hatte von Anfang an diese Auffassung. Es ist mir, als ich die erste Erklärung dem „Vorwärts“ übersandte, auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen und ich hätte es gar nicht für möglich gehalten, daß die Redaktion an dieser Erklärung Anstoß nehmen könnte.

Sie können sich daher vorstellen, wie überrascht ich war, als ich am Sonntag vor acht Tagen die Depesche von Eisner erhielt: „Brief über Ihre Erklärung folgt“, woraus ich natürlich sofort schloß, daß die Erklärung nicht aufgenommen werden würde. Ich wartete nun diesen Brief gar nicht ab, sondern ich sagte mir: Was immer die Redaktion schreibt, ob sie eine Aenderung wünscht oder ob sie überhaupt die Aufnahme verweigert, das kommt für mich in diesem Augenblick gar nicht in Frage. Die Erklärung ist so, daß sie aufgenommen werden muß; du verlangst das. Ich telegraphierte also zurück: „Fordere Aufnahme meiner Erklärung.“ Weiter schrieb ich der Redaktion einen Brief: Wie immer Ihr Brief lautet wird, wer immer ihn geschrieben hat: er bekommt auf ihn keine Antwort. Als ich dann mittlerweile die zweite Erklärung gegen Heine einsandte, sagte ich mir gleich: die ist etwas härter und auch persönlicher als die erste; wenn die Redaktion schon die erste abgelehnt hat, dann wird sie die auch nicht aufnehmen. Ich sagte also die Erklärung bei, wenn sie abgelehnt würde, dann solle sie der „Leipziger Volkszeitung“ zugesandt werden. Am Samstagmorgen der angekündigten Brief der Redaktion. Wie ich schon in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt habe, hat mich Eisner darin in den beweglichsten Ausdrücken, von der Veröffentlichung der Erklärung im Interesse der Partei abzusehen, resp. die Erklärung abzuändern. Ich habe diesen Brief in der That nicht beantwortet; ich sagte mir: was du geschrieben hast, genügt; es liegt kein vernünftiger Grund vor, die Erklärung abzulehnen. Wenn das geschehen sollte, weiß ich in der That nicht mehr, wo die Freiheit der Meinungsäußerung anfängt und aufhört. Ich will gleich betonen: Die Redaktion und speziell Genosse Eisner waren der Meinung, daß sie mich nicht vergewaltigen wollten. Sie glaubten lediglich das zu tun, was im Interesse der Partei absolut notwendig sei, worüber ich allerdings anderer Meinung war. Ich habe also auf den Brief vom Dienstag nicht geantwortet. Mittwochvormittag bekam ich dann einen zweiten Brief, durch den die Erklärung gegen Heine zurückgewiesen wurde. Es lagen eine ganze Reihe von Bedenken gegen diese Erklärung vor; sie würde einen sehr unangenehmen Eindruck machen und weitere Erklärungen zur Folge haben. Es wurde mir auch mitgeteilt, daß Auer und Gerlach derselben Meinung seien. Auf diesen Brief habe ich geantwortet und geschrieben: Thut mir leid, ich kann die Gründe nicht als berechtigt anerkennen. Ich erkläre also folgendes: Morgen, Donnerstagvormittag, geben beide Erklärungen mit Glossen von mir an die „Leipziger Volkszeitung“. Ich ersuche die „Leipziger Volkszeitung“, diese beiden Erklärungen mit meinen Glossen in der Sonntagsnummer zu veröffentlichen. Sie sind also in der Lage, sich nochmals zu überlegen. Wollen Sie die Erklärung aufnehmen, so bitte ich Sie, der „Leipziger Volkszeitung“ entweder zu telegraphieren oder, auch dazu ist noch Zeit, da mein Brief Donnerstagabend bei Ihnen ankommt und die Redaktion für die betreffende Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ erst Samstagmorgen geschlossen wird — ihr zu schreiben, sie möge die Erklärungen zurücksenden und die Glossen nicht drucken. — Nun hat sich freilich nachträglich herausgestellt, daß dieser Brief, den ich an den „Vorwärts“ richtete, zwar Donnerstagmorgen ankam, daß er aber nicht gleich in die Hände von Eisner gelangte, weil Eisner nach Dresden verreist war und erst Freitag zurückkam. Allerdings war es ja nach dem, was ich vorher ausführte, auch am Freitagabend noch möglich, der „Leipziger Volkszeitung“ zu telegraphieren. Eisner war ja nun der festen Ueberzeugung, daß er recht habe mit der Ablehnung der Erklärungen. Er glaubt, wie er im „Vorwärts“ dargelegt hat, daß die Redaktion bei der Ablehnung von Erklärungen sehr weitgehende Rechte habe. Ich kann diese Auffassung in der Weise, wie Eisner sie vertritt, durchaus nicht teilen, die, wenn sie maßgebend sein sollte, die Redaktion in die Lage brächte, absolut über die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung zu entscheiden. An dem guten Willen und der Aufrichtigkeit von Eisner, mir gegenüber die Meinungsfreiheit nicht unterdrücken zu wollen, besteht für mich nicht der geringste Zweifel. Ich habe ihm geschrieben: Ich empfinde die Ablehnung als eine Vergewaltigung, aber hier steht Meinung gegen Meinung. Nun hat sich auch die Pressekommision mit der Sache beschäftigt und zu meinem Gunsten entschieden, insofern sie erklärte, es habe kein Grund vorgelegen, die Erklärungen nicht aufzunehmen. Die Redaktion ist auch danach auf ihrem Standpunkt verblieben, hat sich aber dann schließlich gesagt: wenn die Kommission so entscheidet, wollen wir die Sache nicht zum äußersten treiben. Sie hat also die Erklärungen mit einer entsprechenden Einleitung abgedruckt. Aus diesem Grunde, weil die Erklärungen abgedruckt sind, war für mich nun die Sachlage eine ganz andre, und ich hatte jetzt selbstverständlich keine Ursache mehr, die Frage gewissermaßen dem Urteil des Parteitages zu unterbreiten und eine Erklärung des Parteitages zu produzieren. Also ich bin durch das, was geschehen ist, vollständig zufriedengestellt und nur noch zu einigen kurzen weiteren Bemerkungen genötigt. In der Einleitung, die der „Vorwärts“ meinen Erklärungen vorausgeschickte, ist behauptet, der „Vorwärts“ habe die Vernünftigkeit Ansicht über die Vicepräsidenten-Frage entschieden bekämpft. Das ist nicht meine Ansicht. Wir werden die Frage ja bei Punkt 4 der Tagesordnung erörtern, wo auch die Haltung des „Vorwärts“ zu den ganzen revisionistischen Bestrebungen zur Sprache kommen wird. Ich werde dann meine Ansicht über die Frage sehr scharf markieren und einen Vorschlag machen, der in hohem Grade beitragen dürfte, daß hinsichtlich die Vertuschungstatist des „Vorwärts“ vermieden wird. Ein anderer Punkt! Ich hatte von der Fürstenthaler Resolution gesagt, ich wisse, wie diese Erklärung zu stande gekommen sei. Ich kann mir denken, wie die Fürstenthaler dazu kamen, in dieser Frage plötzlich so in den Vordergrund zu treten, von denen man bisher nach dieser Richtung nie das geringste gehört hatte, wenn sie auch im übrigen selbstverständlich durchaus brave Genossen sind. Eine bestimmte Person habe ich aber nicht genannt, die Redaktion aber sagte: Da würden bestimmte Personen verdächtigt und diese Beschuldigung sei nach ihrer Information nicht zutreffend. Ich sagte mir: was mein, aber was geht das denn die Redaktion an? Ich unterschreibe ja meine Erklärung. (Sehr richtig!) Glaubte eine bestimmte Person in der Partei dadurch getroffen zu sein, so hat sie ja das Recht, gegen meine Erklärung aufzutreten. Dann wäre die Sache wahrscheinlich abgemacht gewesen. Deswegen habe die Redaktion jedenfalls kein Recht, die Aufnahme zu verweigern, sie kann sich nicht zum alleinigen Schiedsrichter über solche Fragen aufwerfen.

Nun hat man freilich gesagt: du hättest dich an die Pressekommision wenden können. Die Pressekommision ist in allen Ehren. Ich weiß, daß darin selbstverständlich ohne Ausnahme sehr tüchtige Genossen sind, aber diese Genossen treten nach des Tages Mühe und Arbeit abends zusammen und die über alles das, was sonst vorgeht, wenn der „Vorwärts“ darüber nicht berichtet hat, nicht informiert sind. Sie müssen also ganz naturgemäß den Informationen, die sie von der Redaktion erhalten, in hohem Grade Glauben schenken. Nun hatte ich vorher schon eine Differenz mit Gradnauer gehabt. Ich hatte ihm Wortworte gemacht wegen der Taktik, die der „Vorwärts“ in den ganzen Bernstein-Fragen beobachtet hatte, da antwortete mir Gradnauer: Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, daß die Redaktion auf eigne Verantwortung gehandelt hätte; wir haben mit der Pressekommision über die Sache gesprochen und die hat uns recht gegeben. (Hört! Hört!) Regt Euch darüber nicht auf, ich konstatiere bloß die Thatsache, zur Aufregung liegt gar kein Grund vor. Darauf schrieb ich Gradnauer: Das mag stimmen, wenn ihr in der Redaktion die Pressekommision informiert und ihr sagt: das und das droht auszubrechen, es liegt im Partei-Interesse, die Sache möglichst beiseite zu schieben, die Sache nicht zu einer großen Frage auswachsen zu lassen, so begreife ich vollkommen, daß die Kommission, die so gut wie jeder andre der Meinung ist, daß man ohne Rot keine Zerwürfnisse schaffen soll, zu dem Beschluß gekommen ist, den Standpunkt der Redaktion zu billigen. Wäre ich dabei gewesen, so hätte ich gesagt: die Sache liegt doch etwas anders, wir wollen ja keinen Standa, aber wir wollen, daß Ihr genau unterrichtet werdet. (Sehr richtig!) über das, was in der Partei vorgeht, nicht bloß von der einen Seite, Beträge, sondern das



bezweckt auch mein Antrag, in vollständiger Weise. Von diesem Vorfall hat Eisner, weil er damals auf Urlaub war, nichts gewußt. Er hat mir nachher selbst gesagt: hätte ich das gewußt, dann wäre mir Ihr Standpunkt erklärlicher gewesen. Die Redaktion hatte sich dann weiter auf meinen Bemerkungen gegen Heine wegen der Marburger Stichwahl gestochen. Ich wandte mich dann gegen die hochfahrende Art, in der Heine die Marburger kritisiert hatte, obgleich diese doch formell und materiell im Rechte gewesen seien. Die Redaktion sagte: da hat ja Bebel ganz verstanden, daß er selbst an dem Beschluß in dieser Frage teilgenommen hat. Auch Gerlach hat sich in diesem Sinne auf der Brandenburger Provinzialkonferenz geäußert. Auch diesen Punkt muß ich mit ein paar Worten klarstellen.

Vor der Wahl am 16. Juni hatten wir im Vorstand beschlossen, wir halten am 17. Juni nachmittags eine Vorstandssitzung ab. Wir sagten uns: wir haben bis dahin so ziemlich die meisten Wahlergebnisse und wissen wie die Stichwahlen stehen. Dann können wir die Situation übersehen und feststellen, was zu tun ist. Nun stellte es sich heraus — wir hätten in München weiter denken sollen, als wir gedacht haben (Vollmar: Sehr richtig!) — dann hätte ich Du ja weiter denken und geschickter sein können als wir, ich wäre Dir sehr dankbar gewesen. (Heiterkeit.) Wir hätten in München festgelegt, welche Punkte für unsre Stichwahl-Lektüre maßgebend sein sollten. Nun standen wir nach dem 16. Juni vor folgender Situation: In einer Anzahl Wahlkreise standen Kandidaten der freisinnigen Vereinigung in Stichwahl mit ausgeprägten Bauernhändlern, mit unsren zollwärtigen Gegnern, von denen wir wußten, daß sie stimmen würden für alle Lebensmittelpunkte, für alle Militär- und Flottenpläne, für weitere indirekte Steuern, und daß sie auch für Ausnahmemaßregeln zu haben sein würden. Auf der andern Seite standen Kandidaten, von denen wir wußten, daß sie zwar auch in Zukunft für Flotten-, Militär-, Kolonial- und weltpolitische Forderungen stimmen würden, daß sie aber für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten und gegen neue Liebesgaben, indirekte Steuern, hohe Lebensmittelpunkte usw. stimmen würden. Ich war es, der im Vorstände die Sache zur Sprache brachte und fragte: wie verhalten wir uns? Nach der Münchener Resolution hätten wir dem kleineren Hebel die Unterstützung versagt. Damit hätten wir es darauf antommen lassen, daß das größere Hebel, das nach jeder Richtung hin schlimmer ist, gewählt wird. Auf der einen Seite war der Münchener Beschluß, auf der andern Seite war ein schwerer Schaden für die Partei. Was sollten wir machen? Wir haben hin und her geredet und schließlich kamen wir zu dem Resultat, daß eine offizielle Erklärung nicht abgegeben werden sollte, daß aber auf offiziellem Wege den Parteigenossen ein Hinweis gegeben werden sollte, wie sie sich verhalten sollten. Sollten dann darüber Besprechungen laut werden, so nahmen wir an, würde der Parteitag sagen: Ihr habt gesündigt, aber eure Sünde hat der Partei zum Vorteil gereicht; wir wollen Euch vergeben. (Heiterkeit.) So wurde also gehandelt. Die Heinerung des Genossen Gerlach auf der Brandenburger Provinzialkonferenz, ich hätte bei dem Beschluß über die Marburger Stichwahl mitgewirkt, beruht auf einem Irrtum. (Gerlach: Habe ich nicht gesagt.) Das Resultat der Marburger Wahl war mir und der Mehrheit des Vorstandes unbekannt, als wir über die Stichwahl-Lektüre berieten. Bekannt aber war es auch dem Parteibureau, wozu die Marburger telegraphiert hatten und wo Flammloch war. Flammloch schrieb ihnen dann, getreu dem Münchener Beschluß, daß Ihr das Recht, Euch der Abstimmung zu enthalten. Ich wußte von der Sache nichts. Einige Tage später lese ich in Kühnachts, wozu ich gegangen war, daß der „Vorwärts“ die Marburger Genossen wegen ihres Stichwahl-Beschlusses angegriffen. Da sagte ich mir, das war nicht recht geübt. Die Marburger haben sich an dem Parteitag-Beschluß gehalten; man dürfe ihnen nur den guten Rat geben, anders zu handeln. Es kam zu jener Polemik, bei der mir die zweite Erklärung des „Vorwärts“ noch weniger gefallen hat. Die Erklärung Heines war in sehr hochfahrender Weise gehalten, der duktus nicht gefehert war. (Sehr richtig!) Heine hat auf Grund direkter Beziehungen sich beeilt, an Herrn v. Gerlach den Vorstand der „Vorwärts“-Erklärung zu telegraphieren. Darf man sich wundern, daß die Marburger darüber ganz außer sich gerieten? Sie lesen am nächsten Tage die Depesche Heines, während sie die gegenteilige Erklärung des Parteikreises Flammloch erhalten hatten. In Kühnachts erhielt ich vom Genossen Michels aus Marburg einen Brief, der sich über Heine und den „Vorwärts“ befaßte. Ich erwiderte: Ja, ich bin auch geärgert über die Art, wie Heine vorgegangen, und auch die Art, wie der „Vorwärts“ verfährt, ist nicht geschickt. Ihr habt zweifellos Konform mit dem Münchener Beschluß gehandelt. Aber trotz alledem würde ich Euch, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, auch geraten haben: Wählt Herrn v. Gerlach, trotzdem er ein Flotten-, Militär-, Kolonial- und Weltpolitik-Schwärmer ist (Jurus: Ueberhaupt ein Schwärmer! Große Heiterkeit), weil wir von ihm sicher erwarten können, daß er jeden Angriff auf das allgemeine Stimmrecht und jede Erhöhung der Lebensmittelpunkte zurückweisen wird. Das sage ich, obwohl meine Stellung zu Herrn v. Gerlach aus andern Gründen nicht freundlich ist. Da, und das ist charakteristisch für die richtige Beurteilung des Falles, antwortete mir Genosse Michels auf meinen Brief: Ja, wenn wir rechtzeitig von der Entscheidung des Vorstandes unterrichtet worden wären, hätten wir auch so gehandelt. So lag die Situation, auf Grund deren ich jene Erklärung an den „Vorwärts“ schickte. In der „Vorwärts“-Redaktion aber dachte man: da ist dem Bebel etwas passiert, er muß selber vergessen haben, was er mit beschloffen hat, da wollen wir ihn durch Aufnahme seiner Erklärung nicht in Verlegenheit bringen. Na, das war ein Irrtum. Das war das eine Moment, weshalb die Redaktion die Aufnahme meiner Erklärung verweigerte. Dazu kam noch ein weiteres. Auer hat erklärt, ihn hätte nicht der Marburger Passus zu seinem Rate bestimmt, sondern die Nachschrift, die sich auf Heine bezieht, die wäre ungehörig. Ich kann aber wirklich nicht begreifen, wo in ihr eine Beleidigung für Heine enthalten gewesen sein soll. Wie lautete sie denn? „Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgeteilt: Heine habe unter großer Enttäuschung der Versammlung im dritten Wahlkreis geäußert: Bebel sitzt in Kühnachts und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und Loszuschlagen. Der Genosse, welcher mir diese Mitteilung machte, wohnte der Heineschen Versammlung bei. Der Bericht des „Vorwärts“ über die Heinesche Versammlung enthält diese Äußerung Heines nicht. Hat Heine die ihm unterstellte Äußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat, wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hierher, um auf der Bärenhaut zu liegen, sondern, um neben der mir so notwendigen Erholung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde.“ Wie konnte sich Genosse Heine davon beleidigt fühlen? Er konnte sich doch gar nicht beleidigt fühlen. Seine Äußerung, die mir berichtet wurde, ist ja auch in der gegnerischen Presse mitgeteilt worden, und hier habe ich erfahren, daß in der Preßkommission von zwei Mitgliedern gesagt wurde, Heine habe in der That die Äußerung gemacht. Ich schrieb aber mir: Wenn Heine das gesagt haben sollte, so erwidere ich ihm usw. Ist denn das etwas Beleidigendes? In keiner Weise! Ich gebe ja gern zu: wäre ich statt in Kühnachts in Berlin gewesen, so wäre die Sache jedenfalls verhängt worden. Ich bin aber immer noch der Meinung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ hier einen Rigorismus ausgeübt hat, der zu weit ging. Jede Redaktion hat allerdings das Recht, Einwendungen und Erklärungen zurückzuweisen, die gegen das Strafgesetz verstößen oder in denen grobe Verbalinjurien vorkommen oder in denen Mitteilungen enthalten sind, die vorläufig Parteigeheimnis bleiben sollen, oder die Partei-Interessen verletzen usw.; man kann darüber keine bestimmten Grundsätze aufstellen. Deshalb wäre es die größte Thorheit, wenn der Parteitag darüber eine bestimmte

Resolution fassen wollte. Aber in meinem Fall hat nach meiner Ansicht die Redaktion in dem Eifer, mit dem sie glaubte, für die Partei-Interessen einzutreten zu müssen, unrecht getan. Das Unrecht ist aber gut gemacht worden dadurch, daß sie die Erklärung abgedruckt hat. Damit bin ich zufrieden.

**Eisner:** Ich glaube, Ihrer aller Empfindung zu entsprechen, wenn ich diese kleine, wirklich kleine Redaktionsangelegenheit nicht zum Ausgang einer längeren Debatte mache. (Sehr gut!) Ich berichtigte deshalb darauf, auf die Ausführungen Bebel's im einzelnen einzugehen; ich hätte ja vielleicht auch manches auf dem Herzen, ich könnte eine Debatte entfesseln über die Aufnahme von Erklärungen usw., die zu den unangenehmsten Redaktionspflichten gehören, die überhaupt existieren. Nur eine Bemerkung wollen Sie mir gestatten. Es ist ja allerdings ein Prinzip des „Vorwärts“ — und darin mögen Sie uns Unrecht geben —, wir suchen allerdings persönliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit einzudämmen, und es scheint uns diese Möglichkeit in allen den Fällen gegeben zu sein, wo nach unserer Kenntnis der Dinge in den Erklärungen unrichtige oder ungenaue Behauptungen enthalten sind, von denen der betreffende Einsender nichts wissen konnte. Ich stelle nun zweierlei fest. Bebel hat die Loyalität der Redaktion allerdings anerkannt. Er hat uns weiter das formelle Recht zugesprochen, Erklärungen abzulehnen. Er hat weiter gesagt, daß es nicht unsre Absicht war — und das war der schwere Vorwurf, der für uns kränkend war —, die Meinungsfreiheit irgend eines Parteigenossen einzuschränken. Dadurch ist der Dissension der Stachel ausgezogen. Es bleibt nur noch eine sachliche Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Gründe, die zur Ablehnung bzw. zum Wunsch der Abänderung — nur darum handelte es sich in dem ersten Falle — führten, ausreichend waren oder nicht. Da liegt keine Prinzipienfrage vor, sondern eine Frage, über die die Genossen verschieden denken können. Ich habe mich immer noch nicht ganz zu der Anschauung Bebel's bekehrt, ich bin einmal ein Rechtshaber (Heiterkeit), und ich habe noch heute meine Anschauung. Ich habe aber keinen Grund, noch weiter über diese Sache zu reden, umso weniger, als die Parteigenossen im Lande Sehnsucht haben, endlich einmal zu hören, was denn dieser Parteitag thun will. (Heiterkeit und Beifall.)

**Auer:** Da mein Name in der Preßkommission über diese Angelegenheit und in der Diskussion, die sich daran angeschlossen hat, wiederholt genannt wurde, so sehe ich mich genötigt, doch auch ein paar Worte hier darüber zum Besten zu geben. Ich schide voraus, veranlaßt durch Bemerkungen des Genossen Bebel, daß ich mit dem Marburger Fall überhaupt nichts zu thun hatte (Jurus: Bebel!) — ich kann Dich da mißverstanden haben, ich höre ja nicht gut. — Ich konstatiere nur, daß ich mit dem Marburger Fall gar nichts zu thun hatte, weil ich zu der Zeit nicht in Berlin war, an den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht teilnehmen konnte und auch ein schriftlicher Einfluß von meiner Seite nicht ausgeübt worden ist, in keiner Richtung. Im übrigen glaube ich, daß gerade der Marburger Fall wieder ein neuer Beweis dafür ist, daß wir mit der Festlegung unsrer tatsächlichen Haltung auf lange Jahre hinaus in Zukunft etwas vorsichtiger sein sollten. (Wiel-faches Sehr richtig!) Ich erinnere an den Beschluß über die Stichwahl-Lektüre in St. Gallen, dem wir später gerade entgegenhandeln mußten. Ebenso wenig hatte ich irgend einen Einfluß oder auch nur ein Urteil abzugeben über die Fürstenwalder Angelegenheit. Diese war überhaupt noch in der Schwebe, als Eisner unsren Rat haben wollte, und geht mich gar nichts an. Wir werden nicht gefragt: Wie denkt Ihr über die Fürstenwalder Erklärung oder über die sich dagegen richtende Erklärung Bebel's? Die Frage wurde gar nicht erörtert, in meiner Unterredung mit Eisner war für mich bestimmend die Schlusnote, die Du, Bebel, in Deiner Erklärung gegen Heine gerichtet hastest. Gerlach und ich haben unsren Rat nicht als Vorstandsmitglieder und auch nicht im Namen des Vorstandes, sondern aus unsrer freien individuellen Meinung gegeben, die sich gestaltet hat aus der Ueberzeugung, daß wir damit im Parteinteresse handelten. Lesen Sie die Erklärung gegen Heine! Sagen Sie sich, daß dieselbe an uns herantrat acht Tage vor dem Parteitag, überlegen Sie sich die ganze Situation: hätten Sie sich nicht auch gesagt: ach, was soll da zu allem Ueberflüssigen, das bereits im Gange ist, nun noch dieser Ausdruck persönlicher Animosität in die Parteipresse hineingebracht werden! Es liegt im Interesse der Partei, daß dies nicht geschieht! Mag sein, daß wir darin falsch geurteilt haben, aber es kommt ja nur darauf an, daß wir nach besserer Ueberzeugung im Interesse der Partei glaubten so handeln zu müssen. Ich will nur erklären, daß ich auch heute noch der Ueberzeugung bin, da ich einmal gefragt wurde, den für mich und für die Sache richtigen Rat schlag gegeben zu haben. Es wäre mir ja lieber gewesen, wenn die Frage gar nicht an mich herangetreten wäre. Dann hätte ich auch keine Verantwortung gehabt, aber es ist doch etwas ganz andres, ein Unheil nicht verhindern zu können oder dadurch die Verantwortung für dies Unheil mit zu übernehmen, daß man zu dessen Verhüten durch seinen Rat schlag direkt beiträgt. Letzteres haben wir nicht getan. An unsren guten Glauben dabei zweifelt wohl niemand. Es ist auch meine Ueberzeugung, daß, wenn Bebel zu der Zeit in Berlin gewesen wäre, die Sache wohl beigelegt worden wäre. Wenn das Parteivorstands-Mitglied Bebel und das Parteivorstands-Mitglied Auer sich dann über die Sache unterhalten hätten, so wären sie wohl in fünf Minuten darüber einig gewesen, den Parteigenossen Bebel zu „vergewaltigen“ und seine Erklärung nicht zu veröffentlichen. (Bebel: Daran zweifle ich allerdings!) Ich wir beide, wir haben schon ganz andre Sachen erlebt! (Große Heiterkeit.) Es ist meine Ueberzeugung, daß ich im Partei-Interesse handelte und das war meine Pflicht! (Beifall.)

**Gerlach:** Ich habe auf der Konferenz für die Provinz Brandenburg in Berlin ausdrücklich erklärt, daß, als wir den Beschluß faßten, uns der Marburger Fall nicht bekannt war. Ich habe zweimal ganz bestimmt erklärt, daß wir den Beschluß nach der Hauptwahl gefaßt haben ohne Kenntnis des Marburger Falles. Wenn für die Aufnahme von Erklärungen bisher nur die von Bebel angegebene Maxime bestanden hätte, daß die betreffenden Einsendungen nicht vom rechtlichen Standpunkt aus bedenklich und nicht gegen den guten Ton verstößen dürfen, dann wäre die Frage auch für die Redaktion keinen Augenblick strittig gewesen. Es sind aber schon früher vielfach Einsendungen zurückgewiesen worden, die weder gegen den guten Ton noch gegen das Strafgesetz verstößen haben. Für mich war besonders bestimmend, daß wir kurz vorher dem Genossen Bernstein einen sachlichen Artikel abgelehnt hatten; Redaktion und Preßkommission hatten die Aufnahme abgelehnt, der Wunsch, den Streit vor dem Parteitage möglichst einzudämmen, mußte unter Umständen auch gegenüber einem Manne wie Bebel angewandt werden. — Was die Marburger Angelegenheit anlangt, so bin ich nicht der Ueberzeugung gewesen, daß Bebel die Sache ganz einfallen war. Wir hatten Eisner veranlaßt, die im „Vorwärts“ ausgesprochene Stellung einzunehmen, und nun sollte Eisner als Redakteur nach seinem Empfinden gewissermaßen in seinem eignen Blatte gerichtet werden. Eisner meinte, das könne er sich nicht gefallen lassen. Da ist nicht andres übrig geblieben, als daß die Vorstandsmitglieder, die an diesem Beschluß teilnahmen, Eisner Recht geben mußten gegen Bebel. Uns hat nichts ferner gelegen, als Bebel irgendwo in seinen Ansichten zu bestränken, sondern wir haben aus den lautersten und besten Motiven Eisner den Rat gegeben.

**Heine:** Ueber die Marburger Angelegenheit werde ich heute nicht reden, weil Dr. Michels noch nicht gesprochen hat und weil das ja auch streng genommen unter den Punkt Lektüre fällt. (Sehr richtig!) Die Frage, inwiefern Zeitungen Einsendungen aufnehmen müssen, ist nicht so leicht zu nehmen. Ich empfinde es als einer der Berliner Abgeordneten schmerzhaft, daß ich, um im „Vorwärts“ zu Worte zu kommen, von der Redaktion abhängig bin. Trotzdem bin ich der Meinung, daß

die Redaktion nicht die generelle Verpflichtung hat, alle Einsendungen anzunehmen. Das Resultat in diesem Fall ist jedenfalls das, daß nicht Bebel mundtot gemacht worden ist, sondern ich, ich hatte nämlich in der Sache auch etwas zu sagen, nicht in der Marburger Sache, sondern sonstwie. Ich hatte auch ein Eingekauft an den „Vorwärts“ gebracht, da sagte mir Eisner: Wir haben von Bebel etwas abgelehnt, deshalb müssen wir auch Ihre Einsendung ablehnen! Darauf habe ich die Einsendung selbstverständlich zurückgezogen. Darauf hat Bebel selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, in der Leipzigerin zu veröffentlichen, was er auf dem Herzen hatte (Heiterkeit). Jurus: Sie nicht!, nein, ich nicht (erneute Heiterkeit); außerdem hat der „Vorwärts“ nachträglich das abgedruckt, was die Leipzigerin gebracht hatte. Um auch meine Einsendung eben noch nachträglich abzubringen, dazu war es inzwischen zu spät geworden. Das erfreuliche Ergebnis dieser großen, angeblich revisionistischen Schlaubei (Heiterkeit) des Dr. Eisner ist also, daß ich mundtot gemacht worden bin und kein anderer. Dann möchte ich noch ein Wort sagen zu meiner angeblichen Äußerung über Bebel vom Schafen, zumal auch Bebel selbst mich gestern ein paar Mal darauf hin, ich will nicht sagen: angezigt, sondern angepöbel hat. Ich habe in jener Versammlung ein Bild gebraucht, ich habe von Bebel gesagt, daß seine Idee, es bestände eine revisionistische Verschwörung und diese äußere sich in der Haupt- und Staatsaktion der Kniehose (Große Heiterkeit), einfach ein Geplänkel ist, ein Traumbild, das ihn genarrt hat. Ich sagte: die Sache liegt daran, Genosse Bebel ist nicht hier, wenn man mit ihm ein Wort sprechen und ihm sagen könnte, wie die Dinge liegen, so würde er sich eines Besseren belehren lassen. Da rief mir irgend jemand — wer, weiß ich nicht — zu: „Darf er denn das nicht einmal?“ Darauf sagte ich: Selbstverständlich gönne ich Bebel seine Ruhe, er ist der Wächter der Partei, und er hat in diesem Falle von dem Recht eines jeden Wächters Gebrauch gemacht, auch einmal einzuschlafen. Und dann, durch Traumbilder und Geplänkel erschreckt ist er aufgewacht (Große Lärche) und hat nach meiner Meinung zur unrichtigen Zeit ins Alarmhorn gestoßen. Das war nicht gedacht als eine Beleidigung Bebel's. Ich hatte hervorgehoben, daß er der Wächter der Partei ist, und wer meine Stellung zu Bebel kennt, der weiß, daß ich an alles andre eher denke, als diesen Mann, den ich nicht nur als den Wächter der Partei, sondern auch sonst ganz besonders verehere und für den ich in Dutzenden von Fällen eingetreten bin, beleidigen zu wollen. Trotzdem erhob sich in der betreffenden Versammlung einer, der die Auffassung hatte, ich hätte dadurch Bebel beleidigen oder kränken wollen. Als ich das hörte, bin ich dann noch einmal dem entgegen getreten. Damit hätte nun eigentlich diese furchtbar wichtige Angelegenheit abgethan sein können. Sie ist auch so wenig ausgefallen, daß der Berichterstatter des „Vorwärts“ die ganze Sache sehr verständigweise nicht einmal in den Bericht aufgenommen hat. Wenn nicht jemand — wer, weiß ich nicht — es für nötig gehalten hätte, an Bebel nach Kühnachts zu schreiben, „dann hätte keiner etwas über Sie gesagt“. Aber der Brave, der das Bebel berichtet hat, hat, wie ich aus Bebel's eigem Munde weiß, ihm nicht das dazu geschrieben, was ich zur Erklärung gesagt hatte, das hat der Herr nicht für nötig gehalten. (Hört! hört!) Bebel hat es mir nicht übel genommen, wie er mir erklärt hat, ich habe ihm selbstverständlich seine Erklärung nicht übel genommen. Die Redaktion des „Vorwärts“ aber wußte aus ihren Informationen, wie die Sache vollständig war, sie hatte wohl auch Bedenken, diese kleine persönliche Geschichte unnötigerweise noch aufs Tapet zu bringen. Darin hat der „Vorwärts“ sehr recht gehabt, denn es wäre wirklich sehr wünschenswert, und jeder von uns müßte es, daß keine persönliche Meinungen, wie sie im Eifer des Gefechts immer einmal entstehen, nicht über Gebühr fortgesponnen werden. (Stadhagen ruft: Marburger Angelegenheit!) Wollen Sie durch diesen Zwischenruf den Verdacht erwecken, als hätte ich, was die Marburger Stichwahl betrifft, irgend etwas zu verschweigen? So wenig das der Fall ist, so will ich doch jetzt keine Bemerkungen machen, die nicht zu diesem Punkte gehören. Ich muß aber doch einmal bemerken, es geht jetzt schon die ganzen drei Tage so. Fast kein Redner hat seine Rede zu Ende führen können, ohne durch fortwährende Zwischenrufe und Privatgespräche Stadhagens gestört worden zu sein. (Wiel-fache Lärche: Sehr richtig!) Da kann man es mir nicht verdenken, wenn auch mir einmal, wie Bebel sagt, eine Laus über die Leder läuft! (Heiterkeit und Sehr gut!)

**Stadhagen:** Heine meinte, ich wolle durch meinen Zwischenruf „Marburger Angelegenheit“ ihn in den Verdacht bringen, als wolle er etwas verschweigen. Wenn Heine ein ganz klein wenig nachzudenken die Liebenswürdigkeit hätte, so würde er folgendes gemerkt haben: Er hat wieder begonnen, eine Vorlesung über guten Ton zu halten und gemeint, es wäre gut, wenn andre nicht verletzende Äußerungen von Genossen in die Mäuler bringen. Da rief ich ihm zu: „Marburger Angelegenheit!“ Ich meinte damit den eigentlich superlativ verlegenden Ton der Erklärung. Verleugend, nicht nur gegen einzelne Genossen, sondern gegen die Gesamtpartei. Im übrigen ist die Sache nicht so harmlos, wie Heine sie hinstellt. Ich zweifle gar nicht daran, daß er richtig nach seinem Gedächtnis gehört hat, aber drei Ohrenzeugen haben mir bezeugt, daß sie dem Sinne nach dasjenige, was der Genosse an Bebel geschrieben hat, gehört haben, und daß darauf eine stürmische Unterredung erfolgt ist. Es kommt darauf an, ob die Genossen die Worte von Heine so aufgefaßt haben oder nicht. Wenn Heine von einer großen Anzahl von Genossen mißverstanden wird, so wird er wohl selbst daran schuld sein. Würde er einen klaren und offenen Ton anschlagen, so würde er nicht so oft mißverstanden werden.

**Heine:** Von der großen Entrüstung, von der Stadhagen sprach, habe ich in der Versammlung nichts gemerkt. Ich merkte das erst aus der Rede des Genossen, der meine Äußerung falsch aufgefaßt hatte. Aber das ist nicht der springende Punkt. Die Hauptsache ist, daß das Referat, das man an Bebel erstattet hat, unvollständig war; daß meine Erklärung, die ein verschuldetes oder unverschuldetes Mißverständnis beseitigte, nicht mit berichtet ist, um gegen mich Stimmung zu machen. Hiermit ist dieser Punkt erledigt. Den Schluß der heutigen Verhandlung bildete die Streiffrage mit den Polen. In der Debatte ergreifen Haenisch, Angenstein und Ledebour die Partei der polnischen Socialdemokratie. Rosa Luxemburg empfahl Uebergang zur Tagesordnung unter Billigung des Verhaltens des Parteivorstandes. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben.

## Aus Industrie und Handel.

**Die Haupthäfen der Welt.** Nach einer vom Statistischen Amt der Stadt Antwerpen vorgenommenen Berechnung, deren wichtigste Resultate vom „Mouvement Geographique“ veröffentlicht werden, hat die Schiffaberoegung von 24 Häfen im letzten Jahr den Betrag von zwei Millionen Tonnen überschritten. An der Spitze dieser Häfen steht London mit 10 177 023 Tonnen, den zweiten Rang nimmt weder eine europäische, noch, wie man vielleicht denken könnte, amerikanische Stadt ein, sondern Hongkong mit 9 598 689 Tonnen. Dann folgt New York mit 8 982 767 und Hamburg mit 8 659 000 Tonnen, darauf Antwerpen mit 8 425 127 Tonnen. Recht erheblich ist bereits der Abstand der nächsten wichtigen Häfen, nämlich Liverpool mit 6 843 200 und Rotterdam mit 6 546 473 Tonnen. Zwischen 4 und 5 Millionen Tonnen haben der Reihe nach Shanghai, Marseille, Genoa und Kapstadt aufzuweisen; zwischen 3 und 4 Millionen Tonnage, Buenos Ayres, Kopenhagen und Algier. Bremen steht an 16. Stelle mit 2 984 410, dann folgen weiter mit mehr als 2 Millionen Tonnen noch Melbourne, Sidney, Alexandria, Barcelona, Savanna, Havre, New Orleans und Yokohama.



Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dresden, den 15. September.

(Schluß der Dienstadt-Sitzung.)

Bebel (fortfahrend):

Ich glaube mich nun über die Frage Mehring ausgesprochen zu haben. Ich bedauere, Ihre Geduld noch eine Weile in Anspruch nehmen zu müssen, aber ich fühle mich in diesem Augenblick, ich will nicht sagen, in der Rolle des Staatsanwalts, wohl aber in der Rolle dessen, der dem Parteitag die noch fehlenden Lücken des Beweises dafür schuldig ist, weshalb diese Fragen und hier so beschäftigen. Ich muß auf einige Artikel der „Zukunft“ eingehen. Zunächst handelt es sich um den Artikel: „Die roten Primadonnen“ in der Nummer vom 20. November 1892, da werden die Führer der Partei, wie schon aus dem Titel hervorgeht, in der schauerhaftesten Weise verhöhnt, in erster Linie Liebknecht, Singer, Kuer, ich und Vollmar — Vollmar damals auch noch — (Heiterkeit). Es heißt da: „Auch die roten Primadonnen haben ihre Glorie, auch ihnen lägen, so oft sie die Bretter verlassen, eifrig klatschende Hände Erfolge vor.“ Dann wird der Gedanke weiter gesponnen, daß der Antifemismus in der Partei mehr und mehr Platz greife; offiziell natürlich nicht, aber im Privatgespräch. Da taucht bereits auf, in welcher Art Maximilian Wittowski-Harden Privatgespräche von Genossen zu hören Gelegenheit hatte. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen in der Partei, daß in jener Zeit an gewissen Abenden in der Woche, in der Regel Sonntags, eine Anzahl hervorragender Genossen, auch ich war zeitweilig darunter, zusammenkamen am Westlich und daß sich da eine Masse bürgerlicher Schriftsteller der verschiedensten Mütter allmählich einfanden und daß da mit einer Rücksichtslosigkeit, die mich angeekelt und veranlaßt hat, die Gesellschaft zu meiden, vor den Ohren der Gegner über Parteigenossen und über Parteiverhältnisse gesprochen wurde. (Hört! hört!) Auf diese Weise konnte die bürgerliche Presse durch die als Zuhörer anwesenden Literaten die Partei verhöhnen und foppen lassen.

Es heißt nun in der „Zukunft“ unter anderem: Vollmar hat eben seine Gruppe, und Singer, der sein Vermögen der Partei vermachte haben soll, ist ein noch viel mächtiger Mann; beide fügt außerdem noch die Verächtlichkeit, durch ihren Sturz könnten die Herren Bebel und Liebknecht allzu mächtig werden. In diesem Mäuel persönlicher Erwidigungen und Abwärtigkeiten ist schließlich für die Sache kaum noch irgendwie Platz. In diesem Tone geht es weiter: Indessen trägt Herr Liebknecht nicht etwa allein die Schuld; es wuchert da noch eine Ferkelmission herum, an deren Spitze natürlich Herr Singer steht und die ängstlich darüber wacht, daß nur ja jede Wechsellager jedes Parteigenossen protokolliert und in jedem Streit eines Unternehmers mit seinen Arbeitern dem Unternehmer ordentlich eins auf den Kopf gegeben wird; — nebenbei war Singer nie Vorsitzender der Ferkelmission. Dann heißt es: „Die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber sind aber zum größten Teile solche Kulis wie ihre bourgeois Kollegen. Systematisch werden sie zur Klopffechterei erzogen und wenn sie mit noch blutigen Händen vom Morden der Bourgeoisie kommen, dann setzen sie sich mit dem Vorkämpfer dieser Welt um den Bierstopp herum und sind die besten Freunde von der Welt.“ Damals war es der Bierstopp, heute das Weinglas. (Sehr richtig!) In beiden Lagern saßen Soldner und die genarrten Leser nehmen die Geschichte ernst, während die Wüteriche doch, nach einem Worte Keßlings, oft genug wie die Fleischerkräfte reihen.“ Zum Schluß heißt es: „Heute herrscht in der Sozialdemokratie dieselbe gefällige Routine und Liebedienerei, aber die roten Primadonnen sind alt und wer die Vorgänge hinter den Coullissen des Parteitags aufmerksam beobachtet hat, der kann sich nicht darüber täuschen, daß der Zuschauer ungeduldiges Fischen und Trampeln schon bis zu den Sternen dringt und daß die nächste Generation die alten Lieblinge über den Haufen rennen wird, namentlich wenn sie keine Hände und den trophigen Mut der Ueberhebung hat.“ So also wird die Partei in diesem Artikel der „Zukunft“ verhöhnt.

Es kamen allerdings in längeren Zwischenräumen weitere ähnliche Artikel über die Partei. Ich meine, wenn jemand sich bereit erklären will, an einem Blatt mitzuarbeiten, dann ist doch die erste Aufgabe eines Mannes, der etwas auf sich hält, daß er sich fragt: was ist denn das für ein Blatt? Und wenn es ein Genosse von uns nicht hätte wissen sollen, wer Maximilian Wittowski-Harden und wer die „Zukunft“ ist, so wäre es seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, sich zu erkundigen, und es wäre weiter seine Pflicht gewesen, genau so wie ich es getan habe, diesem Herrn Maximilian Wittowski-Harden einen moralischen Fußtritt an eine gewisse Stelle des Körpers zu verpassen, daß er zur Hölle hinausfliege. (Heiterkeit und Weisfall.) Das war die Haltung, wie ich sie von Männern nicht nur ohne Rücksicht auf die Partei, sondern ganz speziell von Sozialdemokraten verlangt hätte. Dann kamen die Rollbehalten des letzten Jahres, in denen Harden wieder als der Ueberzöllner auftrat, als wüstenster Vertreter des Agrariertums, des Junkertums und seines Kaufsystems. Auch das schon hätte jeden Sozialdemokraten abhalten müssen, Mitarbeiter dieses Blattes zu sein. Am 22. November 1902 veröffentlichte Harden in der „Zukunft“ einen Artikel „Obstruktion“, in dem es heißt: „Der Mann — gemeint ist Graf Hilow — dem gestern noch als wahrhaft modernen Menschen, als würdigen Erben Schönerndereis geguligt worden war, sah sich nun als Vertreter der finsternsten Finsternis an den Pranger gestellt, und Vernhardiner, deren Dreifurh vollendet schien, zeigten dem blonden Wüßling drohend die Zähne. Keiner der Schimpfhorführer hatte die 161 Seiten des Einwurfs durchaus studiert, keiner mit heiligem Vernünftigen Wert und Sinn der 948 Zeilennummern erforscht, keiner konnte also der Hauptfrage, ob eine sorgsame oder eine liebedieler Arbeit vorgelegt sei, Antwort finden.“ In diesem Tone geht es weiter. Es ist von der Agitation gegen den Entwurf die Rede und heißt dann: „Und Herr Bebel verfiel sich zu dem Gelöbdis, die Spottgeburt mit starker Faust zum Orkus zu schleudern.“ Das ist eine verhältnismäßig harmlose Stelle, die weiter nichts zu sagen hat, obgleich ich meine, daß Genossen, die für das Blatt schreiben, hätten berücksichtigen müssen, daß ich damals im Namen der Fraktion sprach, und wenn die Fraktion auch nicht mit jedem Wort ihres Vertreters einverstanden ist, so ist es doch selbstverständlich mit der Tendenz seiner Rede. (Sehr richtig!) In der Person des Redners wird die Fraktion selbst angegriffen und beleidigt. (Sehr wahr!) In dem Artikel ist dann weiter zu lesen: „Was wir schauernd inzwischen selbst erlebt haben, braucht nicht ausführlich geschildert zu werden. Unter allgemeiner Teilnahme der Kommission, berät jetzt noch das Plenum den Zolltarif; der Versuch, einen Volksaufstand herbeizuführen, die Massen auf die Weine zu bringen, ist mißlungen, und an die Holzpapier-Stürmchen hat selbst der Whilfister sich sanft gewöhnt. Kängit weiß jeder, daß die neuen Getreidezoll-Tariffen den Abschluß von Handelsverträgen nicht hindern, daß diese Ziffern, bevor sie in den Entwurf gesetzt wurden, mit den Hauptknoten vereinbart worden waren, längt aus jeder wachen Sinnes um sich Wüßende, daß die Zukunft der deutschen Geschäftsbilanz von ganz anderen Faktoren entscheidend bestimmt wird, als von nach so langfristigen Handelsverträgen. Dann kommt die Partei heran, und das ist das Entscheidende: Die Sache des Grafen Hilow, der schon große Gleichnisse von einem „Zollhahn“ und einem „Zollschiffer“ ausspie, um meinen Gedanken die Luftzöhre frei zu machen, stand schlecht, da kam aus dem linken Lager die Hilfe. Die Sozialdemokraten möchten gar zu gern unter dem hehren Zeichen des Protowunders ins Wahlschlachtfeld marschieren. Erstens: weil die

Bürgerlich-Adikalen sie dann nicht bekämpfen können; zweitens: weil solche Parole ihnen die Rötigung ersparen würde. ... von den „Revisionisten“ der Verlesinfärbung zerbrochene Programm zu entschleiern; drittens: weil sie — die letzten, unglücklich über Parteitage lehren es — gerade jetzt kein andres wirkames Feldgeschrei haben, als dieses billigste, das selbst ins leere Demagogiehirn zu hämmern ist. (Lachen.) Eine Partei, die sich stets auf die Wissenschaft, die determinierende Macht des Klassenbewußtseins und der Evolution beruft, schämte sich nicht, den Streit der Theorien in den lustlosen Bereich des Geistes, der Moral abzuschleppen, sie ächten jeden, der mit Jaurès, mit unzähligen Sozialisten aller Erdteile Holskühn der heutigen Produktion für nötig hält, und scheuen doch nicht die Bundesgenossenschaft der Partischen Bankiersgarde, die zwar nicht fünf Mark Roggenzoll, aber drei Mark und eine halbe übers zarte Gewissen bringt. (Lachen.) Der alte Manchesterwahn, die englische Krankheit stellt Marxens ungeratenen Söhnen im Wute. (Lachen.) Die Strategen des linken Lagers vergessen zweierlei. Erstens: daß die Zolltariferei das Land nicht ercrumen, — zweitens: daß nur eine jaghafte Wehrheit sich den Willenskanal verstopfen läßt. Einstweilen ist nur die Technik des Abstimmungsverfahrens geändert, keine Pflicht befähigt, kein Recht geschmälert worden: noch auf hundert verschiedenen Wegen aber ist der Tarif zu retten. Nur müssen die Parteien, die solche Rettung wollen, sich endlich heilen, alle Medien sparen und zur That vordrängen. Ihr Entschluß könne, da sie eine Zollkampfwahl meiden möchten, nicht zweifelhaft sein. Das Volk kümmert sich nicht um die Vorarbeit, sondern nur um das Resultat, die Handelsverträge. Die will es sehen, will prüfen, welchen Gewerben sie Vorteil bringen; und es wird, wenn das sinnlose Geschwätz nicht bald verstummt, der Obstruktion mit vollem Recht alle beschuldigen, die seit zwölf Jahren fast ohne Pause nur um Zolltarif feilschen, die Reichspolitik lähmen und den wichtigsten Willensregungen der Nation den Weg ins Leben verammeln.“ Das ist im November vorigen Jahres geschrieben worden, in jenen Stunden, wo wir im schwersten Kampfe mit der Wehrheit des Reichstages standen. Und wenn selbst alle die, die für die „Zukunft“ mitgearbeitet haben, Lily Braun, Bernhardt, Göhre, Vordardt, Strödel, nicht gewußt hätten, wie früher, 1893/94, die „Zukunft“ war, was sie 1902 geschrieben hat, das haben sie alle gelesen, alle ohne Ausnahme, und wer da noch ein wenig Ehrgefühl als Mann und Frau und als Genosse hatte, der mußte sich sagen, du hast dich hier verlesen lassen, diesem Garten zu Gefallen zu sein, jetzt kommt er und beschimpft unsre Partei in der niederträchtigsten Weise, jetzt mußst du diesem Herrn Harden läugnen und ihm Deine Mitarbeiterschaft ins Gesicht schlagen. Was aber geschieht? Nichts geschieht! (Lebhafte Pfui-Rufe und Fischen.) Geschwiegen hat man weiter an der „Zukunft“ gearbeitet, das Geld eingezahlt. Die Partei mußte sich beschämen lassen. Und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft“ weiter zu schreiben? (Rufe: Brägel! Stürmischer Weisfall und Händeklatschen.) Das ist das Entscheidende, darauf kommt es an. Ich will alles vergessen und vergehen, was die „Zukunft“ 1893/94 geschrieben hat, nicht aber, was sie 1902 in den schwersten Tagen des Kampfes unsrer Fraktion gegen eine Welt von Feinden schrieb. Ich sage mit Absicht: gegen eine Welt von Feinden, denn mit dem kleinen Häuflein, das bis zu einem gewissen Grade mitmachte, standen wir allein der ungeheuren Wehrheit des Reichstags und fast der gesamten bürgerlichen Presse gegenüber, Tag für Tag gehöhnt, beschimpft, verspottet, der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Und in diesem großen, historischen Moment für die Partei, bei dem Kampf, der der Partei Ehre und Würde eingetragen hat, wie kann je einer zuvor, giebt es unter uns Marodeure, die der Partei in den Rücken fallen, indem sie ein solches Blatt mit ihrer Mitarbeiterschaft unterstützen, ihm ein moralisches Ansehen geben, damit es weiter die Partei bekämpfen und beschimpfen kann. (Rufe: Pfui!) Für ein solches Vorgehen giebt es nach meinem Empfinden nichts andres, als ein kräftiges Pfui! (Stürmischer Weisfall und Händeklatschen.) Ich sehe über vier Jahrzehnte in politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe eine Zeilang den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Ruffiedeln beschimpft worden. (Stürmischer, lang anhaltender Weisfall.) Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, ein ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schwipser hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinziehen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. (Stürmischer Weisfall.) Ja auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht. (Lebhafte Weisfall.) Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. (Stürmischer Weisfall und Lurche.) Es ist mir sehr leid, daß ich diese ruhmredigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Wildes von Säis entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin. Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. (Stürmischer Weisfall.) Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Rufe stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Rüstzeug mitzubringen, das sie befähigt, in hervorragender Weise für unsre Partei thätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der andern Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdamnte Pflicht, bei allem ihrem Thun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Massen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt. (Lebhafte Weisfall.) Wir werden ja über dieses Thema noch bei anderer Gelegenheit zu sprechen haben, denn die ganze Sache steht mit der andern in Verbindung und Sie sehen, wie unrecht diejenigen haben, die da meinen, es handle sich nur um Vitteratengedank, um Dinge, die die Partei nichts angehen. Ich bitte Euch, ich bitte Euch hieffällig, seid nicht so voreilig im Urteil, sondern fragt erst, wie es kommt, daß so etwas passieren konnte, wie es kommt, daß in dieser ganzen Zeit auf einmal mit einer elementaren Wucht, wie sie noch niemals die Partei erlebt hat, nicht etwa auf ein Signal von oben, sondern von unten herauf die Empörung und Entrüstung wachgerufen wurde. Bei der lumpigen Vizepräsidentenfrage drang überall der Jörn und die Entrüstung aus den Massen von unten herauf. (Lebhafte Zustimmung); die Massen sagten sich: jetzt haben wir einen so glorreichen Kampf gekämpft; jetzt sind wir eine solche Macht wie nie zuvor, wir gehen schweren, sehr schweren Zeiten entgegen, und da kommen gewisse Herren mit dieser allerdings speziellen Interessenfrage für sie, sie haben gar kein Gefühl, gar kein Empfinden für das, was die Masse eigentlich fühlt und denkt. (Stürmischer, langanhaltender Weisfall.)

Dann hat man mir nach Mitternacht geschrieben, wo ich so viel schlafte (Heiterkeit): Nehmen Sie sich vor den Scharfmachern in acht, nehmen Sie sich vor den Leuten in acht, die Sie umgarnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe zurückgeschrieben: Ja, Menschen, ich sitze hier fern von Madrid, und Ihr sitzt mitten in der Bewegung drin. Aber Ihr hört nichts, Ihr seht nichts, Ihr wißt nichts und infolge dessen denkt Ihr auch nichts. (Sehr gut!) Ihr sprecht von Scharfmachern? Der einzige wirkliche Scharfmacher bin ich. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben Kautsky und Mehring viel zu gemäsigt geschrieben. Es hat mir auch nicht gepaßt, daß der gute Kautsky mir so einige schöne Stellen aus meinem Artikel gestrichen hat, das frage ich ihm noch lange nach. (Große Heiterkeit.) Es waren Berlin, und er hat sie gestrichen. (Erneute Heiterkeit.) Ich sagte mir: Verdammst noch mal, ist das Eure Meinungsfreiheit? (Große Heiterkeit.) Selbst ein mir persönlich sehr wohl gemogener Mann, dessen Ehrlichkeit und Wahrheit in Bezug auf die Partei ich auch nicht eine Sekunde in Zweifel ziehe, der aber in dieser Frage auch einen Standpunkt eingenommen hat, den ich nicht verstehe, schrieb: „Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu keiner Aufregung in der Partei kommen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es zugeht, alle Dämme wurden niedergedrückt.“ Ja, das ist ja aber das Schlimme, das man nicht weiß, wie es zugeht. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist das Gleiche, wie in Erfurt, als ich Vollmar zurück: „Es kommt einmal die Stunde, wo auf euch Führer das Bild von den thörichtesten Jungfrauen zutrifft, die auf den Bräutigam warten, ihn mit ihren Lampen empfangen wollten, um dann plötzlich zu entdecken, daß sie kein Del auf der Lampe haben.“ (Sehr gut!) So ist es auch hier, man hat die Fühlung mit den Massen zum Teil verloren, man kennt die Massen nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Und so werden denn unangeseht die Fehler gemacht, von denen ich sage: Jetzt endlich ist es genug, jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen. (Bravo!) Meine Hamburger sind sehr ruhige Leute, ich habe oftmals, wenn ich so gehörig dazwischenfuhr und loskaltete, gedacht, was werden wohl die Hamburger dazu sagen. Ich habe sie nie gefragt, ich habe immer gedacht: da kriegt du keine gute Antwort. Sie waren still, ob sie einverstanden waren, weiß ich nicht. Nun war ich aber erstaunt, als ich, während ich in Mitternacht sah und schlief (Heiterkeit), so halb im Schlaf das „Hamburger Echo“ las (Große Heiterkeit) und aus den Versammlungsberichten ersah, wie lächerlich die Flammen in die Höhe gegangen waren. Donner und Doria sagten sich die Hamburger, das lassen wir und nicht mehr gefallen. Jetzt machen wir mal von unsrem Recht Gebrauch und schicken aus jedem Kreise drei Vertreter nach Dresden, die mal gründlich sagen sollen, was wir denken. Da sagte ich mir: wenn es so in Hamburg breint, dann breint es in der ganzen Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Und es hängt sehr von gewissen Leuten ab, wie verzehrend der Brand in der Partei wird (Verwegung), oder ob er sich eindämmen läßt in vernünftige Grenzen. (Zustimmung.) Aber eins wird die Folge sein: die Partei wird künftig die Augen aufhalten und es sich nicht mehr nehmen lassen, wenn ihr etwas an den Führern nicht gefällt, ihnen gleich beim ersten Anfang tüchtig den Kopf zu waschen. (Lebhafte Weisfall.) Noch einige Worte über den Artikel „Parteimoral“. Bernhardt hat heute ja gründlich rebociert, so gründlich rebociert, daß es vielleicht eine Barbarei wäre, persönlich noch gegen ihn vorzugehen, denn Genossen, ein ärgeres testimonium paupertatis, auf deutsch Armutszugend, wie das, was sich Bernhardt heute in Bezug auf seinen Artikel selbst ausgespielt hat, kann ich ihm gar nicht ausstellen. (Zustimmung.) Ich nehme doch an, daß sich jeder, der einen Artikel schreibt, überlegt, was er schreibt und sich über die Wirkung vergewissert. Bernhardt aber erklärt: das habe ich nicht geahnt, ich habe nicht geglaubt, daß mein Artikel eine solche Wirkung haben könnte, ich bedauere das, und werde so etwas nie wieder schreiben. Ja, damit sind wir noch nicht fertig, bereiteter Genosse Bernhardt, es genügt nicht, daß Sie sagen, ich schreibe solchen Artikel nicht mehr, ich frage, wollen Sie noch für die „Zukunft“ Artikel schreiben? (Bernhardt: Nein!) Es freut mich, das von Ihnen zu hören, ich sage auch hier: Ueber einen Sänder, der Ruhe thut, ist bei mir mehr Freude, als über neunundneunzig Gerechte. (Lebhafte Weisfall und Heiterkeit.) Das kein, das Sie mir jetzt entgegenbrachten, schloß ich ja schon aus Ihrer Rede, aber ich wollte ein klares Nein haben, weil ich mir sagte, wenn heute oder morgen Herr Maximilian Wittowski-Harden die Rede seines bisherigen Mitarbeiters Bernhardt auf dem Dresdener Parteitag liest, dann wird er telegraphisch auf seine Mitarbeit verzichten. (Sehr richtig!) Und davor, sagte ich mir, willst du trotz alledem Bernhardt beibehalten (Heiterkeit), indem ich ihm jetzt ein klares Nein abfordere. Dann kann Harden morgen telegraphieren, was er will (Heiterkeit und Weisfall), denn Sie haben ihm jetzt schon den Stuhl vor die Thür gesetzt. Sie sehen also, was für ein guter Freund von Ihnen ich bin. (Heiterkeit.) Aber ich muß Ihnen doch nun weiter sagen: der Artikel enthält verdammt unangenehme Sätze. Bernhardt selbst ist ja jetzt erduldet, aber Ihr Artikel ist mir doch von besonderer Bedeutung. Ich sagte mir, als ich ihn las: es ist nicht Bernhardt allein, der diese gefühligen, niederträchtigen Grundsätze über Parteimoral anerkennt, ich vermute, es giebt noch andere Leute in der Partei, die sie teilen, aber für die trifft das Wort zu, das Kuer in Hannover von Vernstein sagte: „Sieber Ede, so was thät man — in diesem Falle denkt man — aber man sagt es nicht!“ (Sehr gut!) Ich glaube also, es denkt mancher so. Ich spreche nur eine Vermutung aus, es soll mich freuen, wenn ich mich täusche. In den letzten zehn Jahren ist mir bei diesem und jenem manches aufgefallen, Äußerliche und Thaten, wo ich mir sagte, der handelt nach der von Bernhardt herausgegebenen Parteimoral. In dem Artikel Bernhards heißt es: „Hart tadelt — ich kenne Hart persönlich nicht, zu meiner Schande muß ich es sagen, ich habe keine Zeit gehabt, seine Schriften zu lesen, ich weiß auch nicht ob er überhaupt ein Parteimann ist, aber eine ganze Reihe dieser modernen Schriftsteller pflegt sich in erster Linie in Bezug auf die Sozialdemokratie zu äußern, für die sie in der That Sympathien haben, mehr nicht — Hart tadelt, daß Parteiführer im engen Kreis objektiv Urteile über die Vorgänge des Tages, über die Maßnahmen der eignen Partei fällen und öffentlich dann ganz anders sprechen. Die Thatfache ist unbestreitbar richtig. Aber Hart irrt, wenn er annimmt, das geschehe um der Masse willen. Es geschieht um des Zwedes willen. Kein denkender Mensch verkauft sich einer Partei mit Haut und Haaren (Hört! hört!), oh doch, ein Genosse verkauft sich zwar nicht, aber er gehört zu seiner Partei (Lebhafte Weisfall), und zwar mit Haut und Haaren. (Stürmischer Weisfall.) Weiter heißt es: „Du sollst nicht lügen,“ sagen, wie es eben in der Schule eingeprägt ist, die Whilfister, du wollest dein eigenes Ich nicht im Schlamme der Masse erlösen, sagen die Schwärmer, Propheten. Masse wird hier mit Partei identifiziert, und doch bedeuten die beiden Worte verschiedene Dinge. Wer eine Partei gründet, will ja gerade möglichst viele aus der Stumpf dahin trabenden Masse lösen. Von der Herde zweigen sich die Parteigenossen ab. Sie bringen noch die alten Lebensgewohnheiten, den alten Herdeninstinkt mit, aber in ihrem Sinn — das klingt so, wenn man es liest, als spräche ein Mann von 60 Jahren mit großen Erfahrungen, dabei ist Bernhardt ca. 30 Jahre alt — in ihrem Sinn hat sich ein Fünkchen entzündet, daß ihnen in weiter Ferne vielleicht, des Strebens lohnendes Ziel zeigt. Der Partei von Masse untercheidet, kann nicht, wie Hart sagen, der Parteiführer erstide um der Masse willen, im Banne der Partei, unbewußt in sich das Eigenemphindens und die Eigenmeinung, er streiche gleichsam die eine Hälfte seines Wesens von Gunsten der andern. Nein, er ersticht und streicht gar nichts von seinem Wesen, sondern bedenkt nur, daß die Parteigänger eben erst aus der Masse kommen und die Spur solcher Herkunft noch an sich tragen, mit vollem Bewußtsein richtet er danach sein Reden und sein Verschweigen. Auch unweisen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen —



und niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Mehrheit seiner Parteigerde noch in dem vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungsleben, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Mehrheit für den Kampf nicht zu entbehren ist. Ja, können denn furchtbarere Grundzüge aufgestellt werden, kann alles, was für die Partei, das Parteileben, den Parteizusammenhalt Bedeutung hat, schlimmer verhöhnt werden? (Sehr richtig.) Das ist die misera contribuens plöbs der römischen Patrizier, das ist die Masse, über die die Äguren, wenn sie sich begegnen, lachen! Ja, die sind gut zur Arbeit, für die Agitation, zum Steuern, zum Stimmgeben, und im übrigen ist es die Parteigerde, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. Und die Parteiführer sind die römischen Uebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit weiten Gedanken alles wissen, alles übersehen und überdenken, sie sind die irdische Vorlesung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht im Stande, sich selbst zu leiten. Ich habe einen ähnlichen Ausspruch schon früher gehört und bin dann mit den Betreffenden furchtbar zusammengedrungen, aber ich fürchte, es denkt noch mancher so, von dem ich es nicht gehört habe. Weiter heißt es in dem Artikel: „Und ist sie entstanden, hat jedes ihr angehörende Individuum eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von seinem Lebenszweck und Ziel erhalten, sollen dann die Führer dieses Blüdegelüsts mit Schrupeln und Zweifeln zerstören und Menschen, deren Leben Inhalt zu erhalten begann, wieder in das dumpfe Massendasein zurückzuführen, nur weil sie die Unlustgefühle nicht ertragen können, die ihre Kulturseele empfindet, wenn sie nicht immer die volle Wahrheit sagen dürfen und manches verschweigen müssen?“ „Die Kulturseele der Führer“, die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer soviel Weisheit eintröpfeln, wie sie für gut befinden, ja Donnerkeule, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schleudert. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von rechts wegen nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig!) Ich hatte mir vorgenommen, nach dem Parteitag in den zweiten Berliner Wahlkreis, in dem Bernhard wohnt, zu gehen, und die Konsequenzen zu ziehen. Heute hat Bernhard widerrufen, ich acceptiere das, und damit ist für mich die Notwendigkeit weiterer Schritte gegen seine Person gefallen. (Beifall.) Sie sehen, daß wir in der That die allergrößte Ursache haben, die Augen offen zu halten. Gegenüber Genossen, die machen wollen, was sie wollen, ich weiß gar nicht, wie Bernhard — und jetzt spreche ich vielleicht das rechte Wort aus — in seiner Keilheit hat glauben können, daß socialdemokratische Führer so sein können. Es giebt vielleicht manche, die so denken, aber sie nehmen sich verflucht in acht, es merken zu lassen. Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei giebt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Socialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die da auch gar nicht dulden. Noch einmal: es muß Klarheit geschaffen werden, solcher Unfug wie die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ muß aufhören, das darf nicht mehr vorkommen, und darum bitte ich auch diejenigen, die mit der Haftung des Vorstandes nicht ganz einverstanden sind, sich zu sagen: auch wir müssen im Partei-Interesse für die Resolution stimmen. Es ist wiederholt behauptet worden, und die Ausführungen meines sind ja deutlich darauf hinausgelaufen, daß es sich hier darum handelt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Ei der tausend, wenn das Meinungsrecht ist, daß jeder in jedem Blatte schreiben kann, was er will, ohne Rücksicht auf das Partei-Interesse zu nehmen! (Seine: Ich habe ja noch gar nicht darüber geredet!) Schon in meinem Artikel habe ich ausgeführt, daß das nicht mehr socialdemokratisch, sondern anarchistisch wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hören wir auf, eine Partei zu sein. Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Seine. Nein, Einigkeit — und — Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! (Stürmischer Beifall.) Ohne Einheit der Grundzüge und Ueberzeugungen, ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf! (Sehr richtig!) keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeecorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

**Dr. Michels-Warburg:** Ich habe die Befürchtung, daß nach den schwerwiegenden Worten Bebels, die mit so jugendlichem Feuer, in so ergreifender Weise vorgetragen wurden, meine Ausführungen Ihnen sehr erscheinen werden. Wenn ich trotzdem rede, so deshalb, weil ich versuchen möchte, einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage, um die es sich handelt, zu geben. Ich bin der Meinung, daß es auch fernerhin so gehalten werden muß, wie es heute gehalten wird. Eine Rede wird sich nur sehr schwer, nur in großen Umrisen finden lassen. Fehler und Ausschreitungen werden dagegen vor dem Forum des Parteitages erörtert werden müssen. Was heißt wissenschaftlich? Wo beginnt die Wissenschaft? Politik und Socialpolitik haben keine festen Grenzen gegeneinander, alles bewegt sich in Nuancen, alles fließt. Nach der Erklärung des Vorstandes dürfte es erlaubt sein, an wissenschaftlichen Zeitschriften mitzuarbeiten. Wozu ist aber für die bürgerliche Seite die Nationalökonomie da? Doch zu nichts anderem, als um den Marxismus, die socialdemokratische Nationalökonomie, tot zu machen. Also an solchen sich wissenschaftlich nennenden gelehrlichen Zeitschriften zu arbeiten soll erlaubt sein. Das ist ein Widerspruch, wie ein Wad, das ausgegossen werden muß, aber das Kind darf nicht mit ausgegossen werden. Ich halte es nicht für angemessen, daß Parteigenossen an parteilosen Organen mitarbeiten, die täglich erscheinen, noch daß sie Redakteure sind. Aber das sind Eingänger. Aber es giebt auch bürgerliche Presseorgane, wo die Mitarbeit gestattet sein muß. Es giebt Zeitschriften, die sich dem Kampfe gegen Einzelerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft widmen, z. B. die Suprematie der Männer bekämpfen, und ich sehe nicht ein, weshalb man an solchen Blättern nicht mitarbeiten soll. Nun zu der Frage der Belehrung. Es ist vielfach behauptet worden, daß von einer Belehrung zum Socialismus durch Artikel in bürgerlichen Blättern überhaupt nicht die Rede sein könne. Da muß ich hinweisen auf die große Belehrungsarbeit, die durch die Reichstagsreden untrer Genossen bewirkt wird, diese unfreiwillige Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Als leidhaftiges Beispiel für diese Belehrung kann ich dienen. Als ich noch auf der Kriegsschule zu Hannover war, las ich in der „Post“ und der „Neu-Zeitung“ die Bebelschen Reden. Sie waren beschnitten, aber sie veranlaßten mich doch, mich mit der socialistischen Litteratur zu befassen, die mich zu dem machte, was ich bin. Auch ich bin ein sogenannter Akademiker, aber weil ich es bin, stehe ich vollständig auf dem Standpunkt Hoffmanns, Kautskys und Bebels. Auch mir imponieren parteigenössliche Organisationen nicht, die einen bisher und feindsich gesinnten, der noch vor kurzem in Offiziersuniform stramm „Helm ab zum Gebet!“ kommandiert hat, sofort aufnehmen und auf Ehrenstellen berufen. Wir in Warburg haben am eignen Leibe empfunden, wie peinlich es ist, wenn Genossen persönlich Freundschaften zu politischen Gegnern höher stellen, als ihre Parteipflichten. (Hört! hört! Sehr richtig!) Das Mißtrauen, ist gesagt worden, sollte eigentlich Punkt 1 unserer Parteivorschriften sein. Das halte ich für falsch. Beherrscht uns nicht alle ein einziger Gedanke? Ist nicht jeder in irgend einem Momente seines Lebens mit Dämonen in die Partei eingetreten? Und das Resultat sollte Mißtrauen sein? Mißtrauen lähmt die Arbeitskraft und den Mut und bringt uns soweit, in persönlichen Fragen aufzugeben, wo wir das Endziel vor Augen haben sollten. Mißtrauen ist nicht würdig einer großen Partei. Die weitere Beratung wird auf Mittwoch verlagert. Singer teilt mit, es liege ein Antrag vor, über die Resolution des Vorstandes namentlich abzustimmen. Eine Reihe Begrüßungen sind eingetroffen. Schluß 6 Uhr.

### Dritter Verhandlungstag.

Dresden, den 16. September.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begrüßungen sind eingelaufen vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London und vom Verband der lettischen Socialdemokratie.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.  
Zur Verhandlung steht die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.  
Die Diskussion wird fortgesetzt.  
Lebendur: Berlin: Parteigenossen! Ich bin der Ansicht, daß sachlich sich zur Klärung der Frage nichts mehr beitragen läßt. Ich glaube, daß nur noch für die angegriffenen Parteigenossen das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, sich zu verteidigen. Wenn wir Schluß machten, dann werden diese Genossen auf persönliche Bemerkungen angewiesen sein; denn bei einer persönlichen Bemerkung entgleist leicht der beste Redner. Deshalb will ich auf Wort verzichten und bitte alle diejenigen Genossen, die nicht persönlich angegriffen sind, es ebenso zu machen wie ich (Lebhafte Zustimmung), damit die angegriffenen Genossen Gerechtigkeit und Wehring Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.)  
Verner-Berlin II verzichtet aufs Wort.

Seine: Berlin: Ich bin hier eigentlich in der Hauptsache nicht der Angegriffene; trotzdem, weil ich beiläufig hineingezogen worden bin und weil von mir noch etwas gesagt werden kann, was nach meinem Gefühl gesagt werden muß, bitte ich Sie, mir ein Weildchen Gehör zu schenken. Zunächst ein vorausgeschickt! Genosse Adolf Hoffmann hat unter dem Namen, deren in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Artikel den Parteigenossen bei der Agitation als Knüttel zwischen die Beine geworfen sein sollen, auch meinen Namen genannt. Nun richte ich an Hoffmann die Frage: Nennen Sie doch die Artikel, die ich in der bürgerlichen Presse veröffentlicht habe, nennen Sie sie doch! Es wird Hoffmann schwer werden, denn ich habe nie eine Zeile in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Eine Einschränkung: Vor ca. 10 Jahren schrieb ich einen juristisch-wissenschaftlichen Artikel für die damals noch bürgerlich-demokratische, noch nicht national-socialistische „Welt am Montag“. Aber den kenne ich jetzt selbst nicht mehr; er ist auch nicht mehr zu haben, kann also den Genossen nicht als Knüttel zwischen die Beine geworfen worden sein. Ich frage aber weiter: welche Artikel von mir sind überhaupt jemandem als Knüttel zwischen die Beine geworfen worden? Ich halte es überhaupt für unmöglich, daß Hoffmann einen nennen kann. Denn meine sehr spärliche literarische Thätigkeit in den letzten Jahren hat sich fast ausschließlich teils mit sach-juristischen Fragen, teils mit Polemik gegen die Gegner der Partei, z. B. gegen den Dr. Richard Freund, jetzt wieder gegen den Professor Wengler und eine Anzahl anderer Leute, beschäftigt. Ich halte also diese Geschichte von den als Knüttel zwischen die Beine geworfenen Artikeln der sogenannten „Revisionisten“ — ich halte diesen Ausdruck für sehr schlecht, ich habe nie etwas „revidiert“, aber er ist nun einmal gang und gäbe — ich halte diese ganze Geschichte überhaupt für eine Uebertreibung, für eine Einbildung. Ich glaube nicht, daß die Gegner die Artikel so verfolgen, aber von mir wird nicht einer einen einzigen nennen können, bei dem das geschehen wäre. Wenn auch nur einmal ein Artikel von mir von den Gegnern in der Agitation gegen die Partei verwendet worden wäre, so wäre mir das sicher aufgemerkt worden, das hätten mich die Herren schon wissen lassen. (Sehr richtig!) Aber es ist in der Beziehung niemals die geringste Beschwerde erhoben worden. Auf dem Parteitag in Erfurt hat man den Grundtag aufgestellt, wenn man einen Parteigenossen eines Unrechts beschuldigt habe, solle man entweder beweisen oder widerrufen. Ich appelliere an die Loyalität von Hoffmann, daß er das eine oder das andre thun wird. Nun zur Sache selbst! Man hat über die Länge der Debatte gesprochen, Timm hat das Ganze als recht unnötig hingestellt und Bebel hat ausgeführt, daß recht bedeutende Fragen dabei in Betracht kommen. Ich bin der letzteren Ansicht. Trotzdem aber hätte die Debatte nicht so schrecklich lange zu dauern brauchen. Bebel hat als der Verufenste dazu alle die wichtigen und bedeutenden Gesichtspunkte zusammengefaßt; es hätte genügt, wenn man ihn zuerst vorgelesen hätte, und es wäre nicht nötig gewesen, daß von derselben Richtung 12 oder 13 Redner auftraten, die alle dasselbe sagten. (Zustimmung und Widerspruch.) Schreiben Sie bitte die Schuld an dieser Debatte, die meiner Meinung nach eine Akademikerdebatte etelhafterer Art ist, nicht den Akademikern in die Schuhe. (Hört! Ruf: Die Akademiker sind doch Schuld daran!) Ich gebe hier die Erklärung ab, daß ich stimmen werde gegen die Resolution, die den Vorstandsbeschluss in dieser Sache billigt. (Zuruf: Das tustest du vorher!), und zwar weil ich der Ansicht bin, daß sie unzulänglich ist. Dagegen will ich durchaus nicht alles billigen, was gesagt ist. Auch ich bin der Ansicht, daß man im höchsten Grade vorsichtig sein muß in der Mitarbeit an einer nicht zur Partei gehörigen Presse, auch ich habe den Artikel Bernhards über Parteimoral gemißbilligt, wenn ich ihn auch nicht so tragisch genommen habe wie andre, und ich habe es ihm selbst unter vier Augen deutlich genug gesagt. Ich habe nie in der „Zukunft“ auch nur eine Zeile veröffentlicht und ich werde es auch nie thun, weil ich der Ansicht bin, daß man in einer Sache, die zum großen Teil Gefühlsache ist, das Gefühl der Parteigenossen respektieren muß. Ich bin endlich allerdings auch durch das, was ich hier gehört habe, zu dieser Ansicht gekommen, denn die Angriffe, die in der „Zukunft“ gegen die Partei gerichtet sind, sind denn doch ärger, als es mir früher gegenwärtig war. Aber ich stimme trotzdem gegen die Resolution des Vorstandes, weil ich es für unmöglich halte, eine solche Regelung generell zu treffen. Würde der Beschluß bloß lauten, es ist verboten, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, dann wäre er klar, dann würde ich jedenfalls nicht dagegen stimmen, aber so, wie er gefaßt ist, führt er in rechtungslose Zweifel und Widersprüche hinein, und aus diesem Grunde stimme ich dagegen. Ich glaube auch, daß von denen, die dagegen stimmen werden, noch eine ganze Anzahl auf denselben Standpunkt steht wie ich, wir wollen damit durchaus nicht die Bernhardschen Grundzüge über Parteimoral billigen.

Nun hat Bebel gestern ein sehr böses Wort gesprochen, er hat gesagt, er vermute, daß es eine ganze Anzahl von Genossen gebe, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Führer die Genossen belügen und nachführen dürfen. Parteigenossen, dies Wort geht hinaus in alle Welt, und dies Wort aus Bebels Munde ist etwas ganz andres, als wenn der junge Genosse Bernhard in der „Zukunft“ einen ungeheuren und taktlosen Artikel schreibt. (Ha! na!) Ich widerspreche dem Wort von Bebel, ich kenne keinen Genossen, der solche Grundzüge billigt. Gestern hat Singer den sehr schönen Grundtag proklamiert, man solle keinen Genossen andre Motive unterstellen, als er selbst angiebt. Galten wir uns daran! Mich persönlich geht ja die Sache nichts an, denn daß man mir nicht nachsagen wird, ich verteidige eine solche Heuchelmoral, das liegt auf der Hand. Ueber mich beklagen sich die Genossen ja immer, daß ich allzu offenerzig meine Meinung sage; es hat sich noch nie einer darüber beklagt, daß ich mit meiner Meinung hinter dem Berge gehalten hätte. Und auch der Ansicht Bernhards von den Führern der Partei, die gewissermaßen die andren leithameln, bin ich schon lange vor dem Erscheinen des Artikels „Parteimoral“ entgegengetreten in einem Aufsatz der „Socialistischen Monatschrift“ vom vorigen Jahre, wo ich mich gegen Dr. Richard Freund gewendet und nachgewiesen habe, daß die Partei der Socialdemokratie nicht von den Führern gemacht wird, sondern von den Massen, und daß die Gegner sich bloß einbilden, daß es bei uns so wäre wie in andren Parteien.

Es ist nun gestern viel Ernstes und Bedeutendes in der Frage gesagt worden. Keiner von uns wird sich dem Eindruck dessen entziehen können, was wir erlebt haben. Wir haben erlebt das Pathos der Anklage, das Pathos der Reue, das Pathos der Verurteilung, das Pathos der Verzweiflung. Dem einen hat man gesagt: „Gehe hin, mein Sohn, dein Glaube hat dir geholfen!“ Dem andern hat man Verzweiflung versprochen, weil er Verräterung gelobt hat. Ich habe das alles klar und ernst empfunden und ausgesagt. Wie gesagt, der Eindruck war bedeutend.

Aber gestatten Sie mir, noch ein paar Worte dazu zu sagen. Es läßt sich auch noch etwas andres über die Dinge sagen der Vollständigkeit wegen. Mit der Reue und Vergebung, das war schön und vielfach überwältigend, aber — nennen Sie es Don Quixoterie oder sprechen Sie, wie Genosse Bebel, bei mir auch von einem psychologischen Rätsel. (Sehr gut!) Ich müßte nicht der Mann sein, der ich bin und als den Sie mich kennen, weil ich mich Ihnen immer offen gegeben habe, wenn ich nicht in mir den Trieb fühlte, hier auch noch als Verteidiger aufzutreten, in einer Sache, die mich nichts angeht, wo mich nicht das geringste eigne Interesse leitet, sondern bloß mein Gefühl. Da will ich zunächst ein Wort über den Genossen Bernhard vorausschicken, auch nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Ich habe, wie gesagt, den Artikel von Bernhard nicht so tragisch genommen, weil er zwar sehr ungeschickt, sehr ungerecht, aber doch gut gemeint war. Das wollen Sie nicht vergessen. Sie haben gesehen, wie dieser junge Mensch gestern in ehrlicher Ueberzeugung und dem Pathos der Reue die Brücken hinter sich abgebrochen hat, einen Teil seiner Existenz geopfert hat, um bei uns zu bleiben. Dieser junge Mensch hat seiner Zeit, als er diesen thörichten Artikel schrieb, geglaubt, die Partei verteidigen zu müssen. Es giebt ja in der Berliner Litteratenclique, um ein Wort Kautskys zu verwenden, eine Art politischen Ueberbretteln (Heiterkeit), die aus allen Bechern nachst und nichts ernst nimmt. Diese Leute hatten die Partei angegriffen wegen ihrer Ernsthaftigkeit. Nun hat der gute, junge Bernhard (Heiterkeit) geglaubt, diese Ueberbrettler belämpfen zu müssen, indem er sie noch überüberbrettelte. (Große Heiterkeit.) Das war falsch, mein junger Freund (Heiterkeit), aber es war gut gemeint, und das verzeihen Sie ihm deshalb bitte. Ich habe vorhin genügend gesagt, daß ich die Moral, die er vertreten hat, und die Ungeschicklichkeit, die darin liegt, den Artikel in der „Zukunft“ zu veröffentlichen, auf das ernsteste mißbillige, und doch habe ich ihn hier jetzt verteidigen können. Das ist der Grund, weshalb ich früher schon für ihn eingetreten bin. Um einen solchen Fall zu verstehen, muß man den Menschen kennen, und da muß ich sagen: dieser junge Mann, der sich da aufgepießt hat als einer, der jenseits von Gut und Böse in der Politik steht, ist glücklicherweise nicht so. Jeder, der ihn sonst kennt, weiß, daß er in einem sehr gefährlichen Berufe ein hochachtbarer und ehrenhafter Mann geblieben ist. (Lebhafte Zustimmung.) Auf: Niemand hat das bezweifelt. Es ist aber gut, wenn es einer sagt, denn noch außen macht es sonst den Eindruck, als wenn es nicht gesagt werden könnte.

Nun noch ein andres. Nennen Sie es eine Don Quixoterie oder ein psychologisches Rätsel, aber hören Sie mich ruhig an, wenn ich es unternehme, meine Stellung zu Harden hier zu präzisieren ohne ein persönliches Interesse an der Sache; denn ich habe nie für die „Zukunft“ geschrieben, nie von Harden einen Pfennig erhalten. Wenn ich das thue, so folge ich einem Triebe, der mir sagt, in einer Partei, die für Recht und Wahrheit steht, da soll einem Verfolgten, der sich hier nicht selbst verteidigen kann (Widerspruch), ein Verteidiger zur Seite stehen (Unruhe), einer, der nichts Beschränkt. Ich persönlich mißbillige die Politik, die Harden in seinem Blatte macht, und zwar nicht nur die, welche er gegen die Socialdemokratie treibt, sondern auch die gegen andre Parteien. Ich mißbillige jene Politik auf das schärfste, weil ich den persönlich-gefühlsfähigen Ton mißbillige, mit dem Harden seine Politik betreibt. Das habe ich auch Harden gegenüber angesprochen. Nicht nur der gestern so oft genannte Herr hat eine komplizierte Psychologie, es giebt noch andre Leute, von denen dasselbe gilt. Solche Leute sind nicht leicht zu verstehen. Es ist hier nicht der Ort, über die Persönlichkeit Hardens zu sprechen. Er geht uns nichts an, ich kenne ihn kaum, denn ich bin mit Harden drei, viermal zusammen gekommen. Unfre Gespräche galten wesentlich literarischen Dingen. Ueber Hardens Charakter kann ich nicht viel sagen. Um aber nun Stadthagen zu beruhigen, der vorgestern eine Anspielung gemacht hat: Wenn ich mit Harden zusammen gewesen bin, habe ich vor ihm keine Parteigeheimnisse behandelt. (Stadthagen: Ich habe Vollmar direkt genannt.) Auch ich war gemeint. (Stadthagen: Aus Ihnen hole ich so viel Geheimnisse heraus, als ich nur will, — ohne daß Sie auch nur etwas merken. (Heiterkeit und Unruhe.)) Daß sich Stadthagen als diplomatischer Rechercheur und Explorant fühlt, ist das erste, was wir hören. (Heiterkeit.) Er ist dazu so ungeeignet, wie nur möglich. Von mir hat Harden kein Parteigeheimnis erfahren — eher kommt das Umgekehrte vor. Ich habe darüber nichts weiter zu sagen. Die „Zukunft“ war an sich ein guter Gedanke. Andre Nationen haben längt Blätter, in denen Politiker der verschiedensten Parteirichtung schreiben. Ich kann keinen Schaden darin finden, wenn wir es in Deutschland ebenso hätten. Harden mag das ursprünglich gewollt haben. Aber seine eignen Artikel mit ihrem prononciert persönlichen Charakter haben diese Absicht vereitelt. An sich ist der Gedanke, eine unabhängige Tribüne zu schaffen, etwas Gutes. Das ist es, was ich zur Verteidigung Hardens zu sagen habe. Sie sehen, ich identifiziere mich nicht mit ihm. Nun zu einem dritten Punkt. Bebel hat mich dazu herausgefordert. Er spielte auf meinen Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“: Der 16. Juni an. Da heißt es in den Schlusssätzen, daß ich von der Partei beanpuche: Freiheit im Denken und Einheit im Handeln! Das nennt Bebel anarchistisch. Ich möchte erklären, wie das gemeint ist; ich meine zwar, daß das schon aus dem Zusammenhang hätte entnommen werden können. „Freiheit im Denken und im Handeln“ — das soll nach meiner Meinung nicht heißen, daß einer zu uns kommen könnte, der Agrarier oder Konservativ oder Antisemit ist und sich bloß Socialdemokrat nennt und daß wir ihn dann als Genossen respektieren sollten. Das meine ich nicht, aber auch Genosse Kautsky giebt ja zu, und das ist eine der besten Errungenschaften dieser jahrelangen Polemik, daß unumwunden allen Erklärungen, auch von der — sagen wir mal — orthodoxen Seite vorangeschickt wird: Wir wollen nicht die Meinungsfreiheit in der Partei antauchen. (Bebel: Die ist niemals antaucht worden!) Unmöglich! Große Unruhe.) Was wollen Sie denn? Ich halte es für eine Errungenschaft, daß das jetzt so deutlich betont wird. (Rufen.) Auch Kautsky ist jetzt der Ansicht, daß man in theoretischen Dingen verschiedene Meinungen sein könne, natürlich nicht in allen, sondern in einigen, in diesem oder jenem Punkt. Mehr habe ich nicht sagen wollen. Daß jemand, der sich zur Partei rechnet, das Programm anerkennt, die Hauptgrundzüge der Partei billigen muß, ist so selbstverständlich wie irgend etwas. (Unruhe.) Ich verlange bloß, daß eine Partei, die drei Millionen Anhänger hat, im einzelnen durchsinnig ist und mögliche Freiheit der Meinung gestattet. Ich begreife nicht, wie man mich wegen dieser Wenigkeit angreifen kann. Daß eine politische Agitation nur geschlossen unternommen werden kann, das habe ich bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Es ist selbstverständlich, daß sich die Minderheit der Mehrheit in allen tatsächlichen Fragen fügt, das erkläre ich auch hier. Es ist selbstverständlich, daß man im Kampfe nicht diszipliniert und sich nicht untereinander streitet, sondern die Front gegen die Gegner nimmt. Es sollte wenigstens selbstverständlich sein.

In einer Versammlung im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise hat Jubel erklärt, wenn wider Erwarten in der Vizepräsidenten-Frage Bernsteins Annäherung durchdringen sollte, dann würde das als ein Schritt durch das Licht gelten. Das ist nicht Einheit im Handeln! Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß das geschieht, aber es würde sich auch in diesem Fall die Minderheit zu fügen haben. Es ist aber Einheit im Handeln, was von mir und von der Seite, zu der man sich rechnet, erklärt wird: Wir acceptieren die Taktik der Partei, wir wollen die gegebene Taktik der Partei beitreiben. Wir wollen nicht auf eignen Wegen gehen, sondern nur die Wege der Partei und wir binden uns an das, was die Partei beschließt. Das ist nie bestritten worden. Das nenne ich Einheit im Handeln, und wenn man am Tage nach der Wahl diese Notwendigkeit der Freiheit im Denken und der Einheit im Handeln betont, so scheint mir das eine ganz angemessene Betrachtung am Tage nach dem Siege. (Beizehntes Bravo.)  
Görge: Die gestrige Rede Bebels war durchsichtig und klar aufgebaut. In ihrem ersten Teil befaßigte er sich mit der „Zukunft“ und ließ an ihr so wenig, als ihm zu lassen beliebt; im zweiten



Teil versuchte er eine Ehrenrettung seines Freundes Mehring, und zwar verwendete er alle Mittel, selbst seine große und ockerwolle Vergangenheit führte er vor, um auf diesem leuchtenden Hintergrund die Vergangenheit zu schildern und als ein psychologisch tiefes Rätsel zu entziffern! (Große, anhaltende Unruhe. Rufe: Schrecklich!) Und dann kam ein dritter Teil, in dem er allen Genossen, die mitgearbeitet haben an der „Zukunft“, und mir vor allem, die größten Beleidigungen ins Gesicht schleuderte (Welsch: Sehr richtig! Große Unruhe), die je auf einen Parteitag nach meiner Erinnerung einem Parteigenossen ins Gesicht geschleudert worden sind! (Wiederholte Rufe: „Sehr richtig!“ „Mit Recht!“) Sie sagen „mit Recht“, wir werden davon reden! Dann kam sein vierter Teil, in dem er das Problem der Mitarbeit rein sachlich behandelt hat. Sie werden es mir erlauben, auf diesen an sich wichtigsten vierten Punkt jetzt noch einzugehen. Darum handelt es sich in diesem Augenblick nicht mehr und auch für mich nicht mehr. Ich habe nur von dem dritten Teil zu reden, und da habe ich daran zu erinnern, wie der Genosse Bebel unter dem Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen, nachdem er die „Zukunft“ und den Artikel, den die „Zukunft“ im vorigen Herbst beim Volkstempel brachte, geschilbert hatte, wörtlich sagte: „Schwiegen hat man darauf, weiter an der „Zukunft“ gearbeitet, das Geld haben sie eingestekt (große Unruhe), die Partei mußte sich beschimpfen lassen, und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft“ weiter zu schreiben?“ Er hat weiter gesagt: „Die Braum und Göhre, die diesen Kampfabdruck geleistet, sie hätten sich schämen müssen“ (Welsch: Rufe: Sehr richtig!) Stadthagen ruft: Thun Sie es nachträglich! (Große Unruhe.) — Ihnen antworte ich nicht, Genosse Stadthagen — Ihre Ehre hätte sie daran verhindern müssen (lebhaft Zustimmung), nicht bloß Ihre Partei-Ehre, sondern die Ehre als öffentlicher Charakter (Rufe: Sehr richtig!), sie haben sich mit Bewußtsein von Herrn Harden bezahlen lassen, sie sind Marodeure, Ihnen ein Pfui! (Welsch: Rufe: Sehr gut! Sehr richtig!) Ich stelle das fest! Und darum handelt es sich für mich. Durch diese Angriffe ist meine Ehre nicht bloß vor dem Parteitag, nicht bloß vor der ganzen Partei Deutschlands, sondern vor aller Welt, wohin die Rede Bebel's dringt, auf schmählichste in den Staub gezogen worden, (lebhaft Zustimmung) und ich habe die Pflicht, wenn ich mich selber achten will und weiter achten will, gegen diese Behandlung zu protestieren. (Sehr richtig!) Darum müssen Sie mir schon erlauben, in diesem für mich entscheidenden Augenblick einen ganz kurzen Rückblick auf meine Vergangenheit zu werfen. (Große Unruhe. — Rufe: Sie Socialdemokrat! Anhaltende Rufe.)

**Singer:** Ich wiederhole mein Ersuchen an die Mitglieder des Parteitag, durch Ruhe meine Verhandlungen zu fördern und sie nicht durch Unruhe zu erschweren. Wir alle stehen unter dem Eindruck, daß wir, so notwendig es auch ist, diese Fragen in alle Gründlichkeit zu beraten, doch auch die andern und beschäftigten Gegenstände ebenfalls gründlich und ausführlich erledigen müssen. Je ruhiger die Verhandlungen geführt werden, je weniger Sie sie durch Zwischenrufe, durch Lärm und durch Erwidrerung des Redners verlängern, desto eher werden wir zum Ziel kommen. Ich bin fest entschlossen, jedem Redner die notwendige Ruhe zu wahren, aber ich habe das dringende Verlangen, von dem Parteitag darin unterstützt zu werden. (Beifall.)

**Göhr:** (fortfahrend): Fürchten Sie nicht, daß ich lange von meiner Vergangenheit rede. Aber weil auch im Laufe der letzten zwei Tage teils verstreut, teils offen von mir geredet worden ist als von einem „hergelaufenen Menschen“, der in die Partei hineingelommen ist als ein beliebiger XY, und weil auch Bebel vor diesem „hergelaufenen Akademiker“ und damit vor mir gewarnt hat und das größte Mißtrauen gefaßt hat, darum bin ich verpflichtet, darzulegen, daß ich nicht der hergelaufene XY bin.

Meine öffentliche Vergangenheit datiert seit 1800, und seitdem hat mein Auftreten im öffentlichen Leben überall den Grundcharakter gehabt, daß ich gekämpft habe für die proletarischen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Ich habe dies damals bewiesen, als ich drei Monate Fabrikarbeiter war. Es war damals so ernst für mich, daß ich beschloß, mein Leben lang Fabrikarbeiter zu bleiben, um mit den Arbeitern zu leben. (Wabo!) Sie mögen das als einen religiösen oder sonstigen Optimismus oder rein Schwärmerei auslegen, es ist eine Thatsache, und ich habe damals bewiesen, wie ernst es mir ist. Schon meine Arbeit „Drei Monate Fabrikarbeiter“ hat es fertig gebracht, daß mir hier in meinem engeren Vaterlande, in Sachsen, in Dresden, das Konsistorium, als ich eine Pfarrstelle haben wollte, nicht direkt, aber indirekt die Thüre vor der Nase zugemacht hat. Ich giug nach Berlin und wurde dort Sekretär des Evangelisch-Socialen Kongresses, und wieder habe ich überall die Leute, deren Beeinflussung mir möglich war, auf die proletarischen Interessen hingewiesen, um ihnen die gewaltige Sache zu zeigen, die in der Socialdemokratie vertreten ist. Ich bekam als Lohn die Verfolgung, die Freiherr v. Stumm über mich verhängte, und die Achtung für meine Kollegen und mich. Ich mußte gehen, weil es schließlich mit dem Evangelisch-Socialen Kongress doch nicht mehr ging, und wurde Pastor in Frankfurt an der Oder. Es sind Genossen hier, die meine dortige Wirkungsweise gekannt haben. Ich habe auch dort im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet und bekam den Ehrennamen Arbeiterpastor und schon nach einem halben Jahre wurde der Militärbojott über meine Kirche verhängt. (Weiterleit.) Das ist eine einzigartige Erscheinung: Die ganze Garnison hatte Befehl, nicht in meine Kirche zu gehen. Sechs Wochen hintereinander soll man, nach mir zugegangenen Mitteilungen, zu meinen Füßen geknien haben, um mich zu hören und dann, wie man mir gesagt hat, eine Anklage wegen Verletzung socialistischer Lehren von der Kanzel gegen mich einzureichen. Damals bestand schon der Erlaß des preussischen Oberkirchenrats, wonach kein Pastor in eine öffentliche Versammlung gehen durfte. Ich habe mich daran nicht gehalten, wie ich mich überhaupt nicht an Autoritäten zu lehnen pflegte, wenn ich im Recht zu sein glaube. (Unruhe.) Ich habe mich an den preussischen Oberkirchenrat nicht gehalten. Genosse Schöblin hier weiß es. Ich bin in die Versammlungen gegangen, und jedem Versammlungsbesuche folgte eine Demagogie, eine Anzeige des damaligen Regierungspräsidenten v. Puttkamer, und es kam Rüge über Rüge. Ich bin im Oberbruch herumgetrieben und habe die Arbeiterverhältnisse dort geschilbert; es kamen Disziplinaruntersuchungen, so lange bis es nicht mehr ging, bis ich ging. Dann kamen die zwei Jahre meiner national-socialen Arbeit, die ganz ausgefüllt waren mit dem Kampfe für die Interessen des proletarischen Socialismus, im Verein mit meinen Freunden. Als ich sah, daß auch das nicht ging und die Dehnhäuserer Kaiserrede kam, habe ich auch diese Sache hingeworfen und bin Socialdemokrat geworden. (Wabo!) Ist das die Arbeit eines hergelaufenen „XY“? (Rufe: Nein!) Weiter! Bebel muß mir bezeugen, als ich im Sommer 1899 mit ihm geredet habe und ihm den Entschluß, zur Partei zu gehen, mitgeteilt habe, daß ich ihm erklärt habe, es sei meine Absicht, ein paar Jahre in Ruhe und Zurückgezogenheit zu leben. Es gelang mir nicht; ich wurde von allen Seiten aufgefodert, und als dann im Frühjahr 1900 die Chemnitzer kamen und mich aufforderten, über meinen Uebertritt zu reden, da habe ich es gethan. Ich habe mich auch dabei nicht vorgebracht, und wenn ich dann da in Chemnitz geredet habe, wie es mir gut schien und wie ich es nicht besser zu können glaubte, so haben Sie kein Recht, aus dieser Rede mir einen Vorwurf zu machen dahin, daß ich mich vorgebracht hätte. Dann ist diese Rede veröffentlicht worden und in 600 000 Exemplaren als Agitationsbrochure verteilt worden, ein Erfolg, den wie mir gesagt worden ist, bisher keine Agitationsbrochure erreicht hat. (Rufe: Na, na!) Es ist mir das in der Durchsicht des „Vorwärts“ gesagt worden. Ich renommeiere damit nicht, aber ich erkläre: auch diese Brochure habe ich nicht veröffentlicht, auch an dieser Brochure habe ich keinen Pfennig verdient, ich habe das geben lassen, weil es an mich herantrat. Wie wenig ich mich vorgebracht habe, beweist, daß ich die Punkte von Aufforderungen, dieselbe Rede über meinen Uebertritt in Chemnitz noch einmal zu halten, alle abgelehnt habe, weil es mir tauflos erschien, mit dieser Rede haufieren zu gehen. Wo bleibt da die Reizung, sich vorzu-

gängen? Als dann von drei Wahlkreisen zugleich die Aufforderung an mich kam, als Kandidat mich aufstellen zu lassen, da habe ich es müssen und ich wärz ein Gefäß und ein Pflichtvergessener gewesen, wenn ich das darin ausgedrückte Vertrauen zurückgewiesen hätte, und ich habe in Sachsen die Kandidatur angenommen, in dem Lande, in dem ich, weil es mein Heimatland ist, glaube an meinen Beschick zu wissen. Ich frage die sächsischen Genossen namentlich aus dem Erzgebirge, ob ich nicht mit aller Kraft versucht habe, meine Pflicht zu thun von Anfang bis zu Ende (Wabo!), bis in die letzten Tage hinein. (Zusammung.) Hunderte von Versammlungsangeboten sind an mich gekommen, ich habe sie abgelehnt, ich habe geglaubt, hauptsächlich in Sachsen wirken zu können, immer nur da, wo ich dazu aufgefordert bin. Ist das Hervordrängen? Wenn ich nicht gearbeitet hätte, so hätten meine Gegner gesagt: „Seht den Akademiker, da ist er in der Partei, aber arbeitet thut er nicht!“ (Sehr richtig!) Und nun, wo ich arbeite, da sagen sie: „Seht den Akademiker, wie er arbeitet, wie er sich vordrängt!“ Ist es denn ein Verbrechen, daß ich in Mittweida den Wahlkreis mit habe erobern helfen? (Rufe: Es scheint so!) Es scheint allerdings beinahe so, wenn ich nicht hätte, daß aus manchem Munde, der mir daraus einen indirekten Vorwurf macht, der Reid spräche! (Große Unruhe. — Rufe: Das ist aber nicht christlich!) Seien Sie doch stille vom Christentum! Was verstehen Sie denn vom Christentum? (Unruhe.) — Also, wer kann mir, wenn er diese meine Vergangenheit übersehen, einen Flecken auf meiner Ehre nachweisen? Er soll jetzt aufstehen, er soll es sagen. Ich habe auch meine Opfer gebracht, ich bin nicht im Gefängnis gewesen (Ruf: kommt noch!), aber in meiner Weise — auch das sage ich selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu kommen, daß ich renommeiere will, in diesem Augenblick ist es Pflicht es zu sagen — in meiner Weise habe auch ich Opfer gebracht. Ich habe meinen Beruf und mein Einkommen daraus verloren, ich habe meine gesellschaftliche Stellung verloren, ich habe meine Familie zum Teil verloren, aber meine Ehre habe ich bis gestern nicht verloren. (Beifall.) Es ist dem Parteigenossen August Bebel vorbehalten geblieben, meine Ehre gestern vor aller Welt in den Staub zu ziehen. Und warum? Weil ich vier Artikel in der „Zukunft“ geschrieben habe, vier Artikel in den vier Jahren, wo ich Parteigenosse bin. Und was hat in diesen Artikeln gefanden? Es sind zwei Artikel, die sich mit religiösen Problemen befassen haben. In meinem Programm steht der Satz von der Religion als Privatangelegenheit (Sehr richtig!) und auf Grund dieses Programmpunktes habe ich mich in diesen vier Jahren gefühlt, innerhalb des Parteilebens von meiner Religion zu reden oder dafür Propaganda zu machen. Ich habe einmal vor etwa drei Jahren in Berlin zwei Vorträge über Religion und Socialdemokratie gehalten. Da hat es sich — lesen Sie selbst den einen Leiter in der „Neuen Zeit“ von damals — für mich nicht darum gehandelt, Propaganda für Religion zu machen, sondern zu fordern, daß die Literatur der Partei über die religiöse Frage revidiert werden müßte entsprechend der Entwicklung der religiösen Literatur im allgemeinen. Sie können darüber anders urteilen, aber Sie müssen zugeben — und auch die „Neue Zeit“ hat, wenn ich mich recht erinnere, damals zugestanden, daß das ein diskutables Problem ist, das nicht an dem Satz der Religion als Privatangelegenheit irgendwie tippt. Freilich einige Jahre später hat die „Leipziger Volkszeitung“ auf Grund dieser Rede in Leipzig verbreitet, ich habe damals religiöse Propaganda machen wollen, obgleich unbedenklich laut dem Artikel der „Neuen Zeit“ das Gegenteil feststeht. Ich habe damals protestiert durch Eingehen, es ist mir bestritten worden. Es war, ich glaube, auch in der „Leipziger Volkszeitung“, wo man mir in diesem Zusammenhang gesagt hat: Ja, der Göhre, das ist eine ganz besondere Specialität von Revisionismus; der Vollmar will den politischen Revisionismus, Bernstein den wirtschaftlichen, und Göhre ist der Vertreter des religiösen Revisionismus. Wie habe ich über diese religiösen Dinge in der Partei geredet, aber ich wahrte mir das Recht, in meinem sonstigen Leben die religiösen Anschauungen zur Geltung zu bringen, die ich habe, nur unter der Bedingung, daß ich nicht die Kirche unterstütze, die nicht die Vertretung der Religion im wahren Sinne, wie mir scheint, ist, sondern eine gefährliche Erscheinung des Klassenstaates, gegen den wir kämpfen. Und darum habe ich die Kirche bekämpft, aber im übrigen mich nicht gecheut, meine religiösen Gedanken zu vertreten. Und da ich auf Grund des Satzes „Religion ist Privatangelegenheit“ sie innerhalb der Partei nicht vertreten konnte, so habe ich mir ein Organ gesucht — und es giebt wenige Organe, die sich eignen — und die „Zukunft“ gefunden. Genossin Petkin hat schon von dem Kaiser-Artikel gesprochen. Wer den Artikel liest, findet, daß er darauf hinausläuft, daß die religiösen Anschauungen des Kaisers, den man immer als einen so modernen Menschen hinstellt, durch und durch auf dem Boden einer mittelalterlichen Vergangenheit ruhen. (Hört! hört!) Indem ich das gethan habe, habe ich eine Artikel kaiserlicher Anschauungen geübt, die gerade derjenige billigen müßte, der in der Vicepräsidentenfrage uns bekämpft. Der zweite religiöse Artikel handelte über „Religion als Schöpfung“; es war ein geschichtlicher Rückblick, wie die Theologie der Jahrhunderte den ganzen Dogmenbau allmählich abgetragen hat und heute auf dem Punkte steht zu zeigen, daß man vor dem religiösen Bankrott steht, — durch die Leistungen gerade der protestantischen Theologie. Kann das nicht auch aufgefaßt werden als Dienst an dem Gedanken, die hierüber in der Partei bestehen? Der dritte Artikel beschäftigte sich mit dem Konsumvereinswesen. Das Konsumvereinswesen ist in Hannover als neutrales Gebiet erklärt worden und ich bin berechtigt, über diese Dinge zu schreiben. (Rufe: Aber wo?) Das kommt noch! Und was habe ich geschrieben? Ich habe damals — es war gerade die Zeit der großen Krachs — gegenübergestellt das Aufsichtsratswesen in den Banken und in den Konsumvereinen; ich habe gezeigt, wie dort Korruption, hier Tüchtigkeit vorhanden war, habe gezeigt, wie die Arbeiter-Aufsichtsräte arbeiten und um ein paar Pfennige ihre frei Zeit opfern und habe schließlich diese Leistungen aus dem Mißwe und den allgemeinen Zusammenhängen zu erklären versucht. Dieser Artikel kam in eine Berichterstattung der Arbeiterklasse und ihrer Arbeiter aus. Ist das ein Verbrechen? Und der vierte Artikel für die „Zukunft“ ist nichts anderes als die Rede, die ich in Chemnitz über meinen Uebertritt gehalten hatte und die in 600 000 Exemplaren als Partei-Agitationsbrochure verteilt worden ist. Das war meine erste Arbeit für die „Zukunft“ und als diese Arbeit, die die schwersten Angriffe gegen die herrschende Gesellschaft und ein absolut klares Bekenntnis zur Arbeiterpartei enthielt, von Harden aufgenommen wurde, da habe ich mir gesagt: die „Zukunft“ ist ein Sprechsaal, in dem ich veröffentlichen kann, was ich will. In der „Zukunft“ bin ich nur verantwortlich für das, was ich schreibe. In Wahrheit besteht jede Nummer der „Zukunft“, aus so viel Nummern, als es Artikel darin giebt; jeder hat dabei nur für seine Sache einzustehen. Ich frage: Ist das ein Verbrechen? Es ist gestern als Verbrechen gestempelt worden. Freilich, bei Mehring ist alles psychologisch rätselhaft! (Sehr gut!) Und bei Liebknecht, den ich aufs tiefste verehere, ist solche Mitarbeit nur Dummheit, die gerade dazu da war, gemacht zu werden. Bei uns ist es ein Verbrechen! (Bebel: Sehr richtig!) Genosse Bebel sagt: Sehr richtig! (Bebel: Jawohl, sehr richtig!) Ich möchte doch noch eine Minute um Geduld bitten. Ich weise darauf hin, daß ich in dieser ganzen Debatte bis heute mündlich gewesen bin. Das Bureau ist heute, daß ich erklärt habe: ich habe nicht die Absicht, mich an der Debatte zu beteiligen. Ein Brief an den Genossen Vorward ist Beweis, daß ich erklärt habe: Ich will bis auf weiteres die Mitarbeit an der „Zukunft“ aufgeben. Es sind mir im Laufe der Debatte in der That Zweifel aufgekommen, und diese Zweifel sind so stark geworden, daß ich mir sagte: Hätte ich das gewußt, so hätte ich nicht mitgearbeitet. (Unruhe.) Und weil ich mir das sagte, beschloß ich, stille zu sein. Ich erkläre ganz frei weg: ich habe diese Dinge über die „Zukunft“ nicht gewußt. Genosse Bebel hat erklärt, das hätte ich wissen müssen. Was ich gewußt habe, waren die zwei Artikel von 1892 über das „Schleifen“ und „Die roten Primadonnen“. Dann habe ich jahrelang mich um die „Zukunft“ nicht

ge kümmert. Ich habe seitdem die „Zukunft“ hier und da gelesen. Von dem Vorwurf Hardens im Volkstempel habe ich nichts gewußt, sobald ich weiß, daß auch keine Parteizeitung davon Notiz genommen. Und wenn Sie (zu Bebel) mir einen Vorwurf machen, dann dürfen Sie, Genosse Bebel, der Sie gestern gegen bestimmte Personen so gnädig und nachsichtig waren, mir nicht den Vorwurf des Verbrechens daraus machen, sondern höchstens den, daß ich zu flüchtig gewesen bin, daß ich in diesem Punkt zu oberflächlich war, daß ich die 40 Bände der „Zukunft“ nicht durchgesehen habe, bevor ich mitarbeitete, daß ich einfach die „Zukunft“ als einen Sprechsaal betrachtete, an dem ich mitarbeiten dürfe. Allerdings haben mir damals mehrere Freunde gesagt: Kennst Du die Vergangenheit Hardens nicht? Ich habe mir gesagt, daß mich das nicht hindert, mich seiner „Zukunft“ zu bedienen. So stehe ich vor Ihnen als einer, der so flüchtig und oberflächlich, so harmlos und so sorglos gewesen ist, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, weil ich diesen letzten schweren Artikel nicht gekannt habe. Und anstatt das Genosse Bebel den Versuch gemacht hätte, das festzustellen, hat er mit einem Schläge das zum größten Verbrechen gestempelt. Wenn Bebel wirklich um diese Frage im Interesse der Partei solche Sorge gehabt hätte: warum hat er mich nicht im vorigen Herbst oder Frühjahr hergenommen? (Bebel: Sehr gut! Ich bin kein Schulmeister! Große Unruhe.) Sie haben gestern geschulmeister! Sie haben gestern nachgewiesen, daß Sie die „Zukunft“ schon sehr lange kennen, daß Sie sie schon lange für so verderblich halten; Sie mußten wissen, daß wir mitarbeiteten, und wenn Sie das für so gefährlich hielten, müßten Sie mir eine Karte schreiben: Lieber junger Genosse, kommen Sie mal zumir. (Lachen.) — Genosse Bebel, Sie wissen, wie ich zu Ihnen gestanden habe (Bebel: Ich weiß nichts!), mit welcher Verehrung ich zu Ihnen aufgeblüht habe. (Zuruf Bebel's.) Ich sage das nicht, um Ihr Wohlwollen zu erwerben, Genosse Bebel, sondern weil es die Wahrheit ist. Es wäre die Pflicht Bebel's, der sich hier gestern als Hüter der Partei aufgestellt hat, gewesen, mich zu warnen, der ich dieser hergelaufenen Akademiker bin, der keine Fühlung mit dem Proletariat hat und nicht weiß, was Klassenkampf ist! Sie (zu Bebel) hätten mich erziehen sollen in diesem Punkt. Wenn Sie es nicht gethan haben, haben Sie entweder der Sache keinen so großen Wert beigelegt (Sehr richtig!), oder es könnte sogar bei Fernersehenden die Vermutung aufkommen, daß die ganze Sache bis heute aufgepart worden ist, um schließlich gleichsam eine Falle zu schaffen, in die man hinein kommt (Dio! Rufe: Große Unruhe.), und dann wird die Klappe zugemacht. (Große Unruhe.) Ich sage nicht, daß ich das behaupte; es ist auch ganz gleichgültig. So steht's jetzt nicht mehr, es steht jetzt viel ernster. Aus den Reden von Hoffmann, Jubel und Bebel ist mir ganz klar geworden: Man will mich und einige andre Genossen opfern, um Mehring der Partei zu erhalten. (Lachen und große Unruhe. Beifall. Bebel ruft: Dieser Größenwahn!) Genosse Bebel, warum haben Sie mich denn gestern großwahnjähmig gemacht? (Große Unruhe und Beifall.) Sie haben mich zu diesem Zwecke so schwarz und ehros gemacht, damit auf diesem Hintergrund Mehring als reiner Engel und psychologisch Mittel erscheinen kann. (Sehr gut!) Uebrigens eine Bemerkung in Parenthese, aber eine sehr richtige Bemerkung. Der Artikel der „Neuen Zeit“, der übergeschrieben ist „Konzeptionschulzes“, citirt die Stelle des Bernhardschen Artikels, wonach Parteiführer manches verschweigen müssen, um die Massen zu erziehen. Nun hat die „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. Februar 1903 einen Artikel — Politische Ueberlegung: „Vor 40 Jahren“. Der Artikel ist nicht gezeichnet; jedenfalls ist er aber doch von dem Chefredakteur gefasst; nach seinem Stil könnte er sogar von Mehring verfaßt sein. Er handelt über Lassalle und sein offenes Antwortschreiben.

Da steht wörtlich: „Es hat die geschichtliche Größe Lassalles mitgebracht, daß er, treu dem agitatorischen Princip, das er einmal in einem Briefe an Marx entwickelt hatte — das mangelnde Bewußtsein einer unterdrückten Klasse durch zeitweiliges Verschleiern oder Zurücktretenlassen der revolutionären Ideen zu gewinnen, um sie nachher durch dieses klar eroberte Stück Wirklichkeit zur ganzen Wirklichkeit zu machen.“ (Hört! hört!) Was heißt denn das? Was bei Lassalle als höchste taktische Leistung hingestellt wird, das gilt als Jesuitenmoral, wenn es Bernhard sagt. (Widerpruch und Zustimmung.) Wollen Sie das auch als psychologisch Mittel erklären, Genosse Bebel? Jedenfalls habe ich gestern unter dem Eindruck gestanden, und bin aufs feinste davon überzeugt, daß man meine Ehre strapellos angegriffen hat, um einen Freund zu deden. (Widerpruch.) Und ich wäre in der That ein Ehreloser, ich hätte keinen Funken demokratischen Gefühls in mir, wenn ich diesen Schlag auf meine Ehre, Genosse Bebel, nicht erwiderte, wenn ich nicht sagte: Auch einem Parteiführer, der die Ehre eines bis jetzt tabulosen Menschen beschmutzt, um einen Freund zu deden, dessen Ehre in den Augen vieler schon längst als ramponiert erscheint, auch diesem Parteiführer, ja ihm allein gehört ein Pfui! (Unruhe, vereinzelter Beifall.)

**Hoffmann-Rohwede** verzichtet im Interesse der Angegriffenen aufs Wort. (Wabo!)

**Seger-Leipzig:** Es mag ja vermessen erscheinen, in diese Akademikerdebatte einzugreifen, aber gestatten Sie mir zu sagen, wie ein einfacher Arbeiter die Sache betrachtet. Harden kann mit der Debatte zufrieden sein, für ihn ist Mellame gemacht von den Herren Akademikern wie noch nie. (Sehr richtig!) Aber die Debatte war nicht vergeblich, wenn auch im entgegengesetzten Sinne wie nach Ansicht gewisser Genossen. Braum meint, was wolle ihr denn, wir haben ja nicht angefangen, und Göhre bestreitet, daß er für die Religion Propaganda gemacht hat. Nun, auf einem Gewerkschaftsfest in Leipzig forderte er die Arbeiter auf, sie sollten sich ihren Heiland nicht nehmen lassen. (Hört! hört!) Gehört das in eine Parteiversammlung? (Sehr richtig!) Aber ist es, der den Akademikern immer den Rücken deckt, ich erinnere an seinen Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“, wo er Marx, Engels, Liebknecht herbeiholt, um die Akademiker zu entführen. Warum zieht denn Auer nicht die Akademiker aus ihren Schupswinkeln in Berlin hervor und verschafft ihnen Stellen als Provinzredakteure? Aber das paßt den Herren nicht, denn da müssen sie ja arbeiten. (Sehr richtig!) Ganz unzureichend ist der Vergleich der Mitarbeit an gegnerischen Blättern mit dem Auftreten eines Genossen in gegnerischen Versammlungen, denn in Versammlungen bekämpft man die Gegner, in der bürgerlichen Presse aber nicht. Weiter kommt in Betracht, daß die „Zukunft“ gegen und im Wahlkampf ausgeschaltet wird; das gilt namentlich für die Artikel von Göhre über Religion. Am Schluß seiner Rede sagte Braum, die Debatte sei niemand erwünschter als dem Berliner Polizeipräsidenten. (Wraum: Habe ich nicht gesagt!) Doch, Entweder war sich Braum der Tragweite seiner Worte nicht bewußt, oder er wollte sagen, daß Genossen im Dienste der Polizei stehen. Wäre das der Fall, dann wären Sie, Genosse Braum, der moralische Urheber, denn Sie haben ja die Leute der Partei aufgedrängt. Man spricht so viel von Unterdrückung der freien Meinung. Wenn es je eine Dummheit gegeben hat, so ist es dies Argument. Haben die Akademiker etwa geglaubt, daß sie dadurch, daß sie den Spieß umdrehen, in eine bessere Situation gekommen sind, so irren sie sich. Dieser Parteitag wird nur dazu beitragen, und die Akademiker zu vereinen.

**Dr. Heinrich Braum:** Nach den hageldichten Angriffen und Vorwürfen, die auf mich niedergefallen sind, muß ich noch einmal das Wort ergreifen. Ueber die „Zukunft“ kann ich sehr unbefangenen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile dafür geschrieben, obwohl ich vielleicht ein Duzend Mal von dem Herausgeber dazu aufgefordert bin. Meine Frau ist seit Monaten entschlossen, niemals wieder eine Zeile für die „Zukunft“ zu schreiben. Dieser seit Monaten feststehende Entschluß ist heute natürlich um so gefestigter, denn ich stehe nicht an, zu erklären, daß bei dem ganz außerordentlichen Interesse, das wir alle an einmütigen Zusammenarbeiten und brüderlichem Handinhandgehen haben, jeder von uns die Pflicht hat, Opfer zu bringen, wenn dadurch Störungen des guten Einverständnisses zu vermeiden sind, natürlich nicht Opfer der principuellen Ueberzeugung, wohl aber Opfer im Rahmen praktischer Handlung. Ob man an der „Zukunft“ mitarbeitet oder nicht, ist eigentlich noch weniger als eine Bagatelle. Meine Frau z. B. hat im Durchschnitt



Jährlich noch nicht einen Artikel für die „Zukunft“ geschrieben und es wäre noch weniger geworden, wenn nicht die „Neue Zeit“ wiederholt Beiträge von ihr abgelehnt hätte. (Hört! hört!) Auch der letzte Artikel meiner Frau, der in der „Zukunft“ erschienen ist, von der „Neuen Zeit“ abgelehnt worden und die „Neue Zeit“ ist die einzige Zeitschrift, die jemals einen Artikel meiner Frau abgelehnt hat. Die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ wäre sehr einfach und ohne Aufregung zu erledigen gewesen, wenn man sie ohne persönliche Ränke behandelt hätte. Nur die Artikel von Mehring und Kautsky haben der Sache den Charakter gehässiger Schärfe gegeben, und auch Bebel, der wegen seiner hervorragenden Stellung ganz besonders jedes Wort zu wägen hätte, hat gestern wieder das richtige Maß, noch den richtigen Ton gefunden. (Rufe: Doch nur Ihrer Ansicht nach! — Der Ton war sehr herzerweichend!) Will man nicht auf das Äußerste ungerecht sein — und auch gegen den Gegner, glaube ich, ist Gerechtigkeit am Platze —, so muß man sagen, die „Zukunft“ ist ein Blatt, an dem die hervorragendsten Gelehrten, die bedeutendsten Schriftsteller und Künstler aller Länder mitarbeiten. Weiter steht es fest, daß in der „Zukunft“ die Äußerungen jeder Partei unberührt und unverfälscht zum Ausdruck gebracht werden, auch Äußerungen von Vertretern unserer Partei. Endlich wollen Sie beachten, daß bis auf diesen Parteitag, solange die „Zukunft“ besteht, niemals gegen die Mitarbeit an dieser Zeitschrift aus nur einer Sterbenssilbe gesagt worden ist, und niemand hat bis vor kurzem wissen können, daß sich gegen die Mitarbeit an der „Zukunft“ Vöthstimmung herausgebildet hatte.

Als gestern Bernhard aus den Schriften von Mehring einige Stellen vorlas, eine winzige Zahl unter der hundertfachen Zahl, vielleicht noch weit schlimmerer Stellen, da hat sich unter dem Eindruck dieser beispiellosen literarischen Nichtwürdigkeiten die Entrüstung und Empörung darüber in manchen Momenten bis zur Siebeshöhe gesteigert, und während Bebel diesen Raum, der in der Publizität aller Länder — zur Ehre meines Berufes sei es gesagt — eine ganz einzige Stellung hat, während Bebel dieser Person Vorbehalte auf ihr würdiges Haupt setzte und diese Person glorifizierte, hat er, ich weiß nicht ob mit Absicht, aber sicherlich der That nach den Mitarbeitern der „Zukunft“ samt und sonders, also den hervorragendsten Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern aller Länder und einer Reihe von braven und wenn wir von Verhöhn absehen, vollkommen tadellosen Genossen, wegen ihrer Mitarbeit die Ehre abgesprochen. Ist das erhört, ist das erlaubt? Ich erwarte von Bebel, der sich dadurch auszeichnet, daß er, wenn er einen Fehler gemacht hat, ihn, sobald er ihn einseht, auch bekennt, ich erwarte von Bebel, daß er das schwere und bittere Unrecht durch eine Erklärung gut zu machen sucht. (Rufe: Wie fehlt mir die Einsicht! Weiter!) Bis dahin will ich über den peinlichen Zwischenfall weiter nichts sagen.

Und nun zu der viel peinlicheren, aber auch viel ernsteren Affaire Mehring! Ich schide voraus, daß an dieser Debatte nicht ich die Schuld trage; unsre Beschwerde an den Vorstand enthält den unbedingten, im Bericht des Vorstandes nicht mitgeteilten Beweis dafür, daß wir es durchaus vermeiden wollten, diese Sache in die Öffentlichkeit zu bringen, weil wir voraussahen, daß die Veröffentlichung solche Konsequenzen nach sich ziehen würde. Der Parteivorstand wäre nach meiner Meinung verpflichtet gewesen, diese Voraussetzungen auch zu haben, um so mehr, als ich persönlich ihn darauf hingewiesen habe. Also, gegen meinen Willen hat die Debatte hier stattgefunden, es war Edmund Fischer, der sich das Verdienst erworben hat, der Sache die Schelle umzuhängen. Ich für meine Person war ganz besonders herabgefordert, hier zu sprechen, einmal durch die Art der Darstellung unsrer Beschwerde im Vorstandsbericht, sodann durch die Art, in der Pfannkuch mit ungetöblicher Schärfe in seinem Referat sich gegen mich gewendet hat, und endlich ganz besonders durch den Artikel von Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. September dieses Jahres. Ich war auch herabgefordert durch die Art und Weise wie ich dazu mitgewirkt habe, Mehring wieder in Zusammenhang mit der Partei zu bringen. Hierauf hat sich auch Mehring in seinem Artikel vom 11. September berufen. Ich habe die Thatfache erzählt und auch Bebel hat sie erzählt, seine Darstellung stimmt im wesentlichen mit der meinigen überein. Nur in zwei Punkten setzte sich Bebel in Widerspruch zu mir. Bebel teilte Ihnen als meine Worte mit: „Mehring wird sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden kann“. Bebel sagte: „Sie kannten Mehring bereits damals“, das lag in Ihren Worten und in der Art Ihrer Ausführungen. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das, was Bebel gesagt hat, wesentlich richtig ist. Aber, was folgt aus diesen Worten? Vergewaltigen Sie sich nur — Sie werden es mir schon bezeugen, daß ich Sie mit diesen Quisquilien behelligte, aber Bebel hat mich dazu gezwungen, indem er das, was ich sagte, als ungläubwürdig hinstellte. Vergewaltigen Sie sich nur folgendes: Mehring war seit Jahren die verachtete Person in der ganzen Socialdemokratie, niemand hätte auch nur in der verächtlichsten Weise mit ihm verkehren wollen, ich war der einzige, der sich, ohne daß ich ihn kannte, seiner annahm. Bebel und Singer können es mir bezeugen, daß ich ihnen wiederholt meine Ansicht von der Besserung dieses Ständers aufzudrängen suchte. Es gelang mir in einem gewissen Maße, sie zu überzeugen. Nun kam der entscheidende Moment, ich ging zu Bebel und Singer und sagte ihnen halb im Ernst und halb im Scherz: man kann solche Dinge nicht anders machen, auch wenn sie einen ersten Hintergrund haben, was meinen Sie denn, sagte ich, sollen wir nicht Mehring zu dem Abendessen einladen? Und nun habe ich nach Bebel weiter gesagt: „Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden könnte“. Glauben Sie wohl, Genossen, daß ich diesen Franz Mehring erst noch zu fragen brauchte, ob er sich freuen würde, aus dem tiefsten Abgrunde der Verachtung herausgezogen zu werden (Rufe: Na! na!) und mit Männern wie Bebel und Singer zusammenzutreffen? Glauben Sie, daß es nötig war, daß ich diesen Franz Mehring vorher schon persönlich kannte, daß ich vorher zu ihm gehen mußte, um ihn zu fragen, ob er die Einladung annehmen würde. Ich durfte wohl mit voller Sicherheit annehmen, daß er die Einladung sehr gern acceptieren würde. So liegt es. Das ist der einzige Beweis für die Behauptung Bebel's, daß ich Mehring früher schon gekannt hätte. Weiter sagt Bebel, er habe Mehring gefragt, seit wann er mich kenne. „Ach“, habe Mehring gesagt, „seit 1887“. Das trifft ganz genau zu, denn im November 1887, als der Reichstag zusammentrat, da fand ja jenes Abendessen statt; aber es ist eine Anekdote, wenn Mehring hinzusetzt, „ich glaube, schon seit 1888“. Ich brauche ja aber die Ungehörigkeit von Mehring hier keine weiteren Worte zu verlieren, aber in Bezug auf Datumsangaben will ich doch hinweisen auf den Unterschied zwischen dem Flagblatt gegen Harden und seiner Schrift „Kapital und Presse“ über den Zeitpunkt der Chefredaktion der „Volkszeitung“. Wenn Mehring sich bei dem Zeitpunkt der Chefredaktion um Jahre versehen kann, dann kann er sich auch irren in Bezug auf das Datum, das er für die erste Bekanntschaft mit mir angiebt. Im übrigen, wenn er das wiederholen sollte, so ist er in diesem Punkt ein Lügner. Nichts weiß ich genauer, denn die Sache ist thatsächlich originell. Schon daß ich Bebel im Foyer des Reichstags auffuchte und in seinem Auftrage und mit seiner Erlaubnis auf die Redaktion der „Volkszeitung“ ging. (Rufe: In meinem Auftrage? Unerhört!) Aber doch mit Ihrer Zustimmung! Du lieber Gott, verlegen Sie sich auf dies Wort? (Rufe: Sie wägen die Worte ab!) Gewiß, das sollten Sie mir nachsehen, das wird nur Ihr Schaden sein. (Lachen.) — Bebel ruft: Wie reden später noch darüber und auch über andres. Ja, so viel und aber was Sie wollen. Also selbstverständlich mit Bebel's und Singer's Zustimmung ging ich auf die Redaktion der „Volkszeitung“ und ließ mich bei dem mir ganz unbekanntem Mehring anmelden; ich sprach mit ihm, überbrachte ihm die Einladung, die er natürlich freudig annahm, denn er war nun moralisch gerechtfertigt. Aber Bebel hat sich noch in einem andern Punkte demüßigt, meine Wahrscheinlichkeit und mein Gelingen in der Darstellung der That-

sachen zu erschüttern. Er behauptet, das, was ich hier mitgeteilt habe, sei falsch, nämlich daß mir die Artikel des Franz Mehring in der „Gartenlaube“ und die Erklärung Hasenclevers neu gewesen seien. (Rufe: Auch das ist richtig!) Bebel korrigiert mich, er gesteht zu, das mir die Rede Hasenclevers unbekannt war. (Rufe: Das habe ich gestern schon gesagt.) Redner verliest die betreffende Stelle der Vebelschen Rede. Ich kannte also, sagt Bebel, Mehring's Artikel? Was sein, er hat ja unzählige geschrieben. Ich mag viele gelesen haben, von denen ich gar nicht wußte, daß sie von Mehring herrührten; er schrieb ja für alle Zeitungen sämtlicher Parteien zugleich. Welche Proschüren Bebel meint, weiß ich nicht, Mehring hat ja verschiedenartige Proschüren geschrieben, für die Partei und gegen die Partei. Wenn er die Geschändschrift gegen die Socialdemokratie meint, diese kannte ich allerdings. Wie sollte ich denn zu seiner Rettung gekommen sein, wenn ich diese Schrift nicht gekannt hätte, das wäre ja ganz unlogisch. (Rufe: Jetzt habe ich Sie angelangelt!) Nageln Sie mich an, soviel Sie wollen. (Rufe: Sie sind herein gefallen.) Genosse Bebel, stören Sie mich nicht allzu sehr. Jetzt habe ich das Wort. Es wäre also unlogisch, was ich geäußert hätte, wenn ich die Schändschrift des Franz Mehring nicht gekannt hätte. Ich wußte weiter, daß alle möglichen Gerüchte über Franz Mehring in Kurs waren. Es hieß, daß der Verfasser der Schändschrift gegen die Socialdemokratie der Partei früher nahe gestanden habe. Es war das Gerücht verbreitet, daß die anonyme Proschüre: „Der Treibschiff der Socialisten“, die mich als jungen Studenten begeistert hat, in einem solchen Bräutigam heiligster Ueberzeugung war sie geschrieben, von demselben Franz Mehring herrührte, der dann selber Socialistenführer wurde. Genosse Auer wird es mir bezeugen, daß er mir vor drei Jahren, als ich ihn fragte, ob es sicher sei, daß diese Proschüre von diesem Mehring herrührte, erst gesagt hat: Ja, es ist notorisch. So steht es mit meiner Kenntnis der Dinge. Was ich behauptet habe, war dies: daß ich natürlich die Vergangenheit dieses Franz Mehring kannte, daß ich aber nicht die ganze Vergangenheit gekannt habe und daß ich, wenn ich sie genau gekannt hätte, meine Hand dazu geboten hätte, diesen Franz Mehring aus dem Schlamm herauszuheben. Das habe ich gesagt und Bebel hat nicht bewiesen, daß meine Äußerungen nicht auf voller Wahrheit beruhen. Ich behaupte, daß ich die Artikel der „Gartenlaube“ und die Rede Hasenclevers erst vor einigen Monaten kennen gelernt habe. Der Genosse, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, ist hier in Saale. Wenn es gefordert wird, erwarte ich, daß seine Loyalität ihn veranlaßt, sich zu nennen. (Rufe: Warum diese Geheimnisthämerei! Mehrfache Rufe: Kürzer!)  
Singer: Fahren Sie fort.

Braun (fortfahrend): Nun sagte Bebel und auch Kautsky wandte mir ein: Dieser Braun hat sich nicht nur um die Rettung Mehring's bemüht, er hat ihn auch als Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ empfohlen. In der That: Ganz richtig! Deshalb habe ich ihn in diese Beziehungen gebracht? Don Luigoterie spielte mit, überpanntes Gerechtigkeitgefühl, aber das nicht allein. Ich sagte mir: Das ist nach seiner Begabung ein Publikum ersten Ranges. Das ist ein Mann, der die Fäden mit der Socialdemokratie wieder aufzuknüpfen sich bemüht, die er in frivolster, niederträchtigster Weise zerissen hat. Warum sollen wir ihn nicht gewinnen, wenn er jetzt mit uns den Kampf gegen die Gegner führt? Da dürfen wir ihn zum Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ machen.

Aber wenn Kautsky sich erinnern und aufrichtigerweise seine Erinnerungen mitteilen will... (Stürmische Unterbrechungen. Rufe: Unterstellung!) Ach, Genosse Stadthagen, Sie brauchen sich doch nicht zum Anwalt von Kautsky zu machen! (Rufe: Aufrichtig! Kautsky und andre: Das war eine Unverschämtheit! Rufe: Standal-macher!) Das ist von Dir eine Unverschämtheit, Kautsky. (Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte, die Zwiesgespräche jetzt zu unterlassen.  
Braun (fortfahrend): Wenn sich Kautsky erinnern will, so wird er uns mitteilen, daß ich im Laufe der Jahre mündlich wie schriftlich wiederholt ihm gesagt habe: Gewiß, Mehring ist ein schätzbare Mitarbeiter und jeder Redakteur thäte gut, ihn zu beschäftigen, aber ein Redakteur muß ihn auch in den richtigen Grenzen halten. Ich habe diese Mahnungen in letzter Zeit zu wiederholen ausgehört, weil sie fruchtlos waren. Kautsky hat Mehring nicht nur ganz ängstlos walten lassen, nein, er hat ihn die „Neue Zeit“ geradezu angeliefert. Mehring kam in der „Neuen Zeit“ sagen und schreiben, was er will. Das ist, was meiner Meinung nach unerlaubt ist. Ich habe Kautsky wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ich es nicht für wünschenswert halte, dem Mehring solche latitude zu gewähren.

Singer: Ich kann keinen Zusammenhang mehr zwischen diesen Ausführungen und dem Thema erkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich um die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und nicht um die Thätigkeit Mehring's an der „Neuen Zeit“. (Sehr richtig!)

Braun (fortfahrend): Ich möchte dagegen einwenden, daß mir von Bebel und Kautsky der bestimmte Vorwurf gemacht worden ist, daß ich Franz Mehring zur Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ empfohlen habe.

Singer: Die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist Ihnen gestattet, aber ein Kritik der Mehring'schen Thätigkeit an der „Neuen Zeit“ steht nicht im Zusammenhang mit dem Thema. (Sehr richtig!)

Braun: Dann gehe ich darüber hinweg. Ich habe Bebel wiederholt gesagt, daß ich es nicht für wünschenswert halte, daß Mehring ein so präponderierender Einfluß in der Parteipresse und in der Literatur gewährt wird. Bebel wird sich erinnern, wie eindringlich ich ihm gesagt habe, wie sehr es dem Gefühl der Parteigenossen widerspricht — und Victor Adler hat sich in seiner Kritik des „Kadlaffes“ in der „Wiener Arbeiterzeitung“ ähnlich geäußert —, daß gerade dieser Franz Mehring der Herausgeber des Kadlaffes von Marx und Lassalle geworden ist. Es giebt wohl keine Parteigenossen, es giebt wohl keinen Vernstein oder Conrad Schmidt, die die Arbeit auch hätten leisten können? Nein, es mußte dieser Franz Mehring sein. Ich schließe; alles das, was Bebel gesagt hat, kann nichts an dem vernichtenden Urteil über Mehring ändern, das hier abgegeben worden ist. Mehring steht am Pranger und Bebel wird sich vergeblich bemühen, ihn von dort wieder herunterzuholen. (Sehr richtig!) Es sind weitere zahlreiche Angriffe gegen mich gerichtet worden, nicht ernsthaft, aber perfide. Ulrich hat sich in sehr deutlicher Weise, wenigstens für denjenigen, der die Dinge kennt, dagegen gemeldet, daß die Parteigenossen von Frankfurt-Rebus nicht den alten Theodor Wagner, sondern mich als Reichstagskandidaten aufgestellt haben. (Rufe: Lauter!) Wie verhält es sich damit? Eine Parantese: Stadthagen sagte gegen mich: Dieser Mann ist bekannt, wenn er sich vorstellt. Wie weit ich bekannt bin, lasse ich dahingestellt. Stadthagen stellt die Kompetenz und die Unparteilichkeit dazu. Nur so viel will ich sagen und Auer wird es mir bezeugen, daß er und Viehnecht mir schon vor 15 Jahren eine Kandidatur angeboten haben für Leipzig-Land...  
Singer: Auch diese Ausführungen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Thema. Ueber die Kandidatenaufstellung kann bei einem andern Punkt, z. B. Parlamentarisches, gesprochen werden. (Rufe an Braun: Schluß!)

Braun: Dann komme ich dort darauf zurück. Stadthagen oder Hoffmann... die beiden sehen sich zum Verwechseln ähnlich, nicht dem Keufers, sondern dem Wesen nach (Gerechtigkeit), haben gemeint, wenn meine Wähler den Briefwechsel mit dem Parteivorstand kennen gelernt hätten, so würden sie mich und die anderen Genossen Böge und Heine noch einmal in Bezug auf ihre Geeignetheit zur Kandidatur ins Auge gefaßt haben. Ich stelle fest, daß diese Hege gegen mich zu der regelmäßigen Thätigkeit Stadthagen's gehört, so oft er sich mit den Angelegenheiten des Wahlkreises Frankfurt-Rebus beschäftigt. Genosse Hoffmann hat versucht, die Wochenchrift, die ich herausgegeben will, im Voraus dadurch zu kompromittieren, daß er erzählte, ich hätte einen Gönner gefunden und daraufhin die Zeitschrift gegründet. Ich stelle fest: ich habe keinen Gönner, und ich stelle es Hoffmann anheim, im Register des Berliner Amtsgerichts sich zu informieren, wie die finanzielle

Grundlage der Wochenchrift beschaffen ist. Ich habe den Eindruck, daß Ihnen selber, ebenso wie mir die lange Ausföpfung dieser unerquicklichen Debatte auf das Äußerste zuwider ist. (Sehr richtig!) Deshalb will ich auf die vielen andern Angriffe Schweigen und zum Schluß kommen. Nach meiner Ueberzeugung ist das Resultat dieser Debatte, daß es sich zeigt, daß die Differenzen in der Hauptsache beigelegt sind. Bernhard hat ehrlich und unumwunden erklärt, daß er mit seinem Artikel „Parteinoral“ einen nicht zu wiederholenden Fehler gemacht hat. Die Mitarbeit an der „Zukunft“ wird er aufgeben. Wie wir schon vorher, hat es auch Böge gethan und andre werden folgen. Das geschieht nun keineswegs, wie es in der unfeindlichen Presse dargestellt werden wird, daß wir auf Befehl Bebel's einzuweichen wie die Unteroffiziere. Bebel ist der erste Mann in der Socialdemokratie. Aber die Socialdemokratie stellt eine freie Republik der Geister dar (Rufe: Aber nicht der Schwarmgeister!), vorläufig eine Republik ohne den Großherzog an der Spitze. (Weiter!) Wenn wir zu einer einmütigen Auffassung kommen, so deshalb, weil für uns die Parteipolitik höher steht als das persönliche Interesse. Und weil dies nicht nur in diesem, sondern in jedem andern Fall zu Tage treten wird, deshalb bestreite ich auch die Behauptung Bebel's, daß in der Partei Uneinigkeit herrscht. Weniger noch als das Meer in seinen Tiefen ausgewählt wird, wenn ein leichter Wind seine Oberfläche kränzelt, weniger noch wird die Masse der Parteigenossen in ihrer Tiefe berührt durch derartige Streitigkeiten. Die Partei sieht ausnahmslos auf dem gleichen Boden. Auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung ruhend, sieht sie im Klassenkampf das vorwärtstreibende Mittel und in der socialistischen Gesellschaftsordnung das richtunggebende Endziel. Wegen dieser Einmütigkeit und Einheit der Ueberzeugungen sind die künstlich aufgeschichteten Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen auch nichts als oberflächliches Wellengeräusel. Ich für mein Teil und ich glaube, unter 100 000 Genossen sind es mindestens 90 000, die weder Revisionist noch Radikaler, weder Bernsteinianer noch Kautskianer, sondern ein Socialdemokrat, der mit Leib und Seele auf dem Boden des Programms steht, oder um Bebel's Wort zu gebrauchen: Socialdemokrat mit Haut und Haaren. Und nichts ist schmerzlicher zu wünschen, als daß wir über diese künstlichen Gegensätze hinwegkommen zu einheitlicher kraftvoller Aktion. Und wenn diese Verhandlung trotz ihrer Unerquicklichkeit hierzu beitragen wird, wird sie auch nicht ganz umsonst gewesen sein!

Singer: Es sind fünf Anträge auf Schluß der Diskussion eingegangen. Einer dieser Anträge enthält die Bemerkung, daß auch nach Schluß der Debatte dem Genossen Mehring noch das Wort erteilt werden soll. Ich für mein Teil hatte bereits dem Genossen Mehring gesagt, daß, wenn bevor er in der Rednerliste herankäme, etwa die Debatte geschlossen werden sollte, ich beim Parteitag um die Erlaubnis nachsuchen würde, ihm noch das Wort zu erteilen. Ich darf wohl annehmen, daß auf jeden Fall dem Genossen Mehring noch das Wort gegeben werden soll.

Für Schluß der Debatte spricht  
Kraiser-Dresden: Ich unterschätze nicht den Wert dieser Diskussion, aber nachdem wir schon zweimendelhalbem Tag hierüber sprechen, ist es doch wohl dringend notwendig, daß wir damit abbrechen. Der Parteitag ist nicht dazu einberufen, um mir Akademikerdebatten zu führen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande erwarten, daß auch ihren Anträgen die genügende Beachtung geschenkt wird.

Gegen den Schluß der Debatte nimmt das Wort  
Kakenstein: Wir alle sind darüber einig, daß die Länge dieser Diskussion unerfreulich ist. Nun aber steht eine Frage zur Entscheidung, die in den Debatten dieser Tage am allerwenigsten behandelt worden ist. Wir haben uns bisher hauptsächlich mit persönlichen und damit zusammenhängenden politischen Fragen befaßt. Wir sollten aber auch eine kurze Zeit darauf verwenden, die Frage, um die es sich eigentlich handelt und die, die materielle Existenz sehr vieler Parteigenossen berührt, zu behandeln. Ich möchte bitten, daß eventuell nur noch solche Redner sprechen, die materiell etwas in der Sache zu sagen haben.

Singer: Solche Vorschriften können wir natürlich nicht machen. Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Singer: Es ist mir für den Parteitag eine Zuschrift des Genossen Jäch, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zugegangen, mit der Bitte, sie zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Jäch knüpft an die Bemerkung des Genossen Fischer-Dresden an, die dahin ging, daß der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, nachdem er längere Zeit Redakteur an socialdemokratischen Blättern gewesen wäre, als freier Schriftsteller an bürgerlichen Blättern gegen die Parteigenossen geschrieben habe. Jäch stellt das nach seiner Auffassung insofern richtig, daß er zu dieser Zeit für eine im Verlag und unter der Redaktion seines Vendors in Stuttgart erscheinende Wochenchrift Leitartikel in revisionistischem Sinne geschrieben habe, was von einer Reihe von Genossen, die diesen Artikeln zugestimmt haben, ihm gegenüber lobend anerkannt worden ist, und er teilt weiter mit, daß einige dieser Artikel im „Karlsruher Volksfreund“, also einem Partei-Organ, zum Abdruck gebracht worden sind.

Es mir ferner ein Brief des Herrn Maximilian Harden zugegangen. Da er an die Loyalität des Parteitags appelliert, ihn als Angegriffenen, aber Abwesenden die Möglichkeit zu geben, einige der vorgelegenen Dinge festzustellen, so halte ich es für richtig, diesen Brief zur Kenntnis des Parteitags zu bringen, damit der Parteitag volle Kenntnis aller vorgelegenen Dinge erlange. — Danach wird Mehring das Wort bekommen, dann hat nur noch der Berichterstatter das Schlußwort. Vorher kommen die persönlichen Bemerkungen.

Richard Fischer-Berlin berliest den Brief, der folgendermaßen lautet:

„Brunenwald-Berlin, 15. 9. 1908.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!  
Aus dem heutigen „Vorwärts“ entnehme ich, daß der Parteitag, dem Sie präsidieren, sich mit meiner Wochenchrift und meiner literarischen Thätigkeit beschäftigt hat. Ich habe auf allgemeine Urteile und Verdächtigungen hier nicht einzugehen und halte mich nur an die paar konkreten Behauptungen, die im Laufe der Debatte — soweit sie mir bekannt sind — aufgetaucht sind.

1. Ich soll die „russischen Freiheitlampen geschmährt haben“. Die Behauptung ist unwahr. Ich habe nie über die so bezeichneten Pöbler und Frauen ein Urteil gefällt. Der Thatbestand ist folgender: Vor 10<sup>1/2</sup> Jahren hat Professor Dr. Wilhelm Jöst in der „Zukunft“ einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt ich nach dem Programm meiner Zeitschrift mir so wenig aneignen hatte, wie den Inhalt der von Konterwatten, Kathederocialisten, Socialdemokraten oder Anarchisten in der „Zukunft“ veröffentlichten Artikel. Professor Jöst hatte Sibirien bereist, beherrschte das sibirische Material und war mir um so unbedächtiger, als kein Buch über Sibirien, wie das Kennans, in Russland verboten war.

Ob das, was er schrieb, objektiv richtig war, weiß ich nicht, denn ich kenne Sibirien nicht. Auch dieser Professor hat aber nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher“ Russlands in Kauf und Dogen beschimpft. Er schreibt:  
„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Mörder, Ausschläger, Plünderer, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer“ bezeichnet.“

Und danach erst:  
„Wer sind denn Keimans „sympathische politische Freunde“? Ganz gemeine Neuchelmörder, Spießhaken, Räuber, Diebe, Provisierte und Inhäler!“ („Zukunft“ vom 22. Juli 1898.)  
Erstens also handelt es sich um einen Artikel, für dessen Inhalt ich nur dreifach die Verantwortung trug; zweitens unterschied Professor Jöst scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern“ und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische“ ausgaben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Dieb“, „Inhäler“ usw. gelten.



Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

2. Ich soll geschrieben haben, die Socialdemokraten hätten den Reichstag in eine „Ausschweifung“ verwickelt. Die Behauptung ist unwarhaftig. Auf der rechten Seite eines von mir geschriebenen Artikels steht der Satz: „Plädoyer für die Demokratie“...

Über die bei schlechten Staatsanwaltern und unfähigen Polizeiministern beliebte Methode, auf herausgegriffene, im wesentlichen entstellte oder auch wissentlich gefälschte Sätze ein Urteil zu bauen, habe ich hier nichts zu sagen. Da ich aber annehmen möchte, daß der Parteitag die Wahrheit erkennen und daß sein Präsident Abwehrende vor ungerathener Beschimpfung schützen will, habe ich mir erlaubt, Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das die zwei fahbar vorgebrachten Behauptungen widerlegende Material zugänglich zu machen.

In vorzüglicher Hochachtung

Garden.

Mehring:

Am vorigen Sonnabend erhielt ich von mehreren Genossen die Nachricht: „Kommen Sie nach Dresden; es wird ein großer Coup gegen Sie geplant!“ (Unruhe.) Dieser Coup hat sich entfaltete als einer jener Ueberfälle, die bisher ein unbeneidetes Vorrecht literarischer Bourgeoisie waren, einer jener Ueberfälle, für die ein sicheres Hinterland wochen- und monatlang die Waffen geschmiedet haben, um einen wehrlosen Mann zu erschlagen. (Jurist: Wo! Woherlos!) Ich nenne mich nicht in sentimentalem Sinne einen Wehrlosen, aber ich bin wehrlos in zweierlei Beziehungen. Seit Wochen und Monaten ist aus allen Ecken und Winkeln das Material zusammengeschleppt worden, um mich zu verdächtigen; darauf kann ich das Gegenmaterial nicht in ein bis zwei Wochen beschaffen. Ferner läßt sich in einer Minute mehr Klatsch zusammentragen, als ich in einer Stunde widerlegen läßt, und wenn ich auf alles erwidern wollte, was in diesen Tagen gegen mich vorgebracht worden ist, so müßte ich die Zeit des Parteitages zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Ich werde aber auf jeden Punkt der vorgebrachten Anklagen antworten, ich werde die Verleumdungen niederlagen, dieselben, die ich schon in meinen Broschüren gegen Harden und „Kapital und Presse“ niedergeschlagen habe — denn es sind ja dieselben alten Geschichten (Sehr richtig!), dieselben Wiedertrachtigkeiten, die von anderen schon früher vorgebracht sind, während die Letzte, die sie jetzt vortreiben, beruhen haben, zu sagen, daß sie schon früher widerlegt sind. Ich werde darauf antworten, aber augenblicklich — (Jurist: Brief über Schoenlant!) Auch den Punkt mit Schoenlant, von dem Vebel sagte, er könne ihn mir nicht verzeihen, auch diesen Punkt habe ich in meiner Broschüre gegen Harden schon vor sechs Jahren aufgedeckt, und es ist einer Perle die sondergleichen, wenn Bernhard es verheimlichte, daß ich die Sache schon aufgedeckt hätte. Ich habe zu niemandem ein Hehl daraus gemacht, daß ich vor mehr als 20 Jahren schwere, maßlose, ungerathene Vorwürfe gegen die Partei gerichtet habe. Wenn ich mich bei besserer Kenntnis an die Partei herangebracht hätte und die Partei mir erklärt hätte, sie wolle nichts von mir wissen, so hätte ich das vollkommen in der Ordnung gefunden. Ich habe mich aber nicht an die Partei gedrängt; ich habe noch keine einzige Zeile in der Partei geschrieben, zu der ich nicht von herausener Seite aufgefordert worden wäre. Der meine Parteithätigkeit tadelte, schlägt auf die ersten Parteipositionen, auf die obersten Parteibehörden, auf die Parteiverlage in Berlin, Leipzig, Dresden und Stuttgart, der schlägt auf den Parteivorstand, der mir den ehrenvollen Auftrag erteilt hat, den Nachlaß von Marx, Engels und Kautsky herauszugeben. Während ich also von berufenen Partei-Instanzen zu den ehrenvollsten Parteifunktionen berufen worden bin, tobt sich hier auf dem Parteitag seit drei Tagen ein Ueberfall ab, der an feiger, schamloser Verführung in der Geschichte seines Gleichen nicht hat und der nach den Erfolgen des 16. Juni dieser Parteitag dislociert, ich hätte beinahe gesagt, profanisiert! (Große Unruhe.) Ich erkläre deshalb hiermit, daß ich meine Thätigkeit für die „Neue Zeit“ und die „Leipziger Volkszeitung“ einstelle (Bravo!) bis eine der berufenen Partei-Instanzen, die die Anklagen gegen mich gerichtet haben und sie prüfen können, mich wieder dazu auffordert. (Lebhafte Beifall.)

Bömelburg: Sie haben vorhin beschlossen, in dieser Sache Schluß der Debatte zu machen und nur Mehring noch das Wort zu erteilen. Das ist eine neue Geschäftsordnungs-Praxis, nach einem Beschluß auf Schluß der Diskussion noch einem Redner das Wort zu gestatten. Dadurch wird die Debatte von neuem eröffnet; das widerspricht unserer Geschäftsordnung. Mehring hätte verlangen müssen, bis die Reihe an ihn kam. Man darf hier nicht dem einen zu Gunsten des andern das Wort abschneiden.

Singer: Bömelburg hätte sich zur Geschäftsordnung melden müssen, als die Frage zur Verhandlung des Parteitages stand. Ich konstatiere aber, daß das, was Bömelburg als nicht verträglich mit der Geschäftsordnung hinstellt, zu wiederholten Malen und dem Gebrauch unserer Verhandlungen ganz entsprechend vorgekommen ist. Zweifellos kann jede Versammlung, soweit kein Widerspruch erhoben wird, von ihrer Geschäftsordnung abweichen. (Sehr richtig!) Hätte Bömelburg gegen die Abweichung von der Geschäftsordnung rechtzeitig Einspruch erhoben, so würde ich die Frage zur Abstimmung gebracht haben.

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß diese Geschäftspraxis, mag sie auch bisher schon auf Parteitagungen vorgekommen sein, in der Arbeiterbewegung sonst nicht maßgebend ist und auch nicht maßgebend sein kann. Wenn jemand, der in der Debatte noch gar nicht gesprochen hat, nach Schluß der Debatte das Wort ergreift, so kann er ganz neue Dinge und neue Personen in die Debatte hineinziehen. (Unruhe.)

Singer: Auf diese Konsequenzen hätten Sie den Parteitag vorher aufmerksam machen sollen. Im übrigen, so sehr unser Parteitag mit der socialdemokratischen Arbeiterbewegung identifiziert ist, so kann es sich doch der Parteitag so wenig wie jede Arbeiter-

versammlung nehmen lassen, die Beschlüsse in Bezug auf die Geschäftsordnung so zu fassen, wie er selbst es für richtig erachtet. (Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hoffmann-Berlin:

Heinrich Braun warf mir vor, daß ich sowohl in Bezug auf die Kandidatur wie auf die Zeitschrift etwas Ehrenrühriges von ihm behauptet hätte. Ich habe laut Bericht des „Vorwärts“ gesagt: „Leider haben die Wahlkreise den Antrag des Parteitag sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdorbene Genossen heranzubringen und dafür Doktoren hereinzubringen.“ Ich habe in diesem Fall mit keiner Silbe Heinrich Braun erwähnt. Ich habe weiter gesagt mit Bezug auf nur zu gründende Zeitungen: „Die Genossen wollen ihre Artikel los werden“, weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an gegenwärtige Blätter. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung.“ Ich habe auch in diesem Punkt Heinrich Braun nicht genannt; er hat sich gemeldet; bei anderer Gelegenheit werde ich darauf eingehen. (Jurist: Haben Sie ihn auch nicht gemeint?) Braun meinte ferner, ich sähe Stadthagen zum Verwechseln ähnlich, zwar nicht äußerlich. Ich sehe das als eine Schmeichelei an (Heiterkeit) und werde mich bemühen, es weiter zu sein; ich würde mich aber ganz energisch dagegen verhalten, Heinrich Braun ähnlich zu sein. (Heiterkeit.) Gähre meinte u. a., auch Hoffmann wolle ihn opfern. Ich nein, Genosse Gähre, als Opferlamm sind sie am allerungeeignetsten! (Gähre: Das glaube ich!) Ich stehe auf einem andern Standpunkt, und ich habe schon in Erfurt auf einem andern Standpunkt gestanden auch Gähre gegenüber. Das Opfern auf einem Parteitag hat keinen Sinn, das ist Sache der Kreise. Ich habe mit keiner Silbe ausgesprochen oder nur angedeutet, daß ich solche Opfer haben möchte. Es könnte Ihnen (zu Gähre) gefallen, Märtyrer zu spielen! Dazu sollen Sie aber nicht kommen. (Beifall.) Es ist dann von Heine gesagt worden, ich hätte in meiner Rede Vorwürfe erhoben, die auf ihn nicht zuträfen. Er sagt, ich hätte ihm vorgeworfen, Artikel für gegenwärtige Blätter geschrieben zu haben. Der betreffende Satz lautet wörtlich: „Aber im Allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels derer man der Socialdemokratie Anspitzel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Thätigkeit gewisser auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verstreuen müssen mit der Widerlegung von Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden.“ Ich habe dann noch, was im „Vorwärts“ nicht steht, gesagt: „Landräthliche Kreisblätter schlagen diese Artikel nach allen Regeln der Kunst aus und thun noch ein Uebriges hinzu. Läßt sich einmal ein sonstiger Gegner in untreue Versammlungen sehen, was bringen da die Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Gähre, Heine, v. Vollmar usw. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß ich nicht das gemeint habe, was Heine hier anzieht. Ich weiß nicht ob Vollmar an gegenwärtigen Blättern mitgearbeitet hat — vielleicht seiner Zeit an der „Revue bleue“, jenem bürgerlichen französischen Organ, in dem er den bekannten Artikel über Socialismus geschrieben hat; das ist aber schon sehr lange her. Ich habe mit den Artikeln auch nicht nur die gemeint, die an die bürgerliche Presse eingesendet werden, sondern vor allen Dingen auch die Artikel, die uns in Hannover so eingehend beschäftigt haben, in den „Socialistischen Monatsheften“, die Bernstein-Artikel usw. Diese sind in gegenwärtigen Blättern, auch Kreisblätter, übernommen worden, und nicht nur die Artikel, nein, Heine, auch die Reden. Ich brauche bloß an die Kanonen-Mebe zu erinnern. Heine hat das Malheur wie Bernstein, immer mißverstanden zu werden. (Heiterkeit.)

Singer: Ich bitte, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben. Hoffmann: Ich gebe gern zu, daß mir nicht bekannt ist, daß Heine, so lange ich ihn kenne, an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet hat. Ich habe damit die Artikel der „Monatshefte“ und seine Reden treffen wollen. Wenn wir nachgraben wollten, ich weiß nicht, ob aus seiner antifeminitischen Zeit nicht noch Artikel zu finden wären.

Bernhard-Berlin:

Ich weise auf das entscheidende die Verdächtigung von Mehring zurück, daß ich irgend eine Verleumdung hier gegen ihn verbreitet hätte. Unter Verleumdungen versteht man Verleumdungen, die wider besseres Wissen vorgebracht werden, und das muß ich mir auf das allerentschiedenste verbitten. Meine Hauptangriffe hätte Mehring sehr schnell widerlegen können. Ich habe erstens gesagt, daß Mehring heute noch genau so mit der Wahrheit umspringt, wie früher, indem ich geäußert habe, daß in seinen Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung“ die Unwahrheit steht, und zweitens habe ich aus einem Brief von Mehring an Harden den Passus über Schönlant zitiert. Das wird Mehring nicht ableugnen können, und gegenüber dieser Thatsache ist es ganz egal, ob — was ich nicht weiß — dieser Brief bereits veröffentlicht worden ist. Noch eine Bemerkung gegen den Genossen Vebel. Sie werden es mir glauben, wenn ich sage, daß gestern der schwerste Tag meines jungen Lebens gewesen ist. Ich hatte einen Artikel, den ich damals glaubte, so wie ich ihn aufgesetzt wissen wollte, vertreten zu können, hier widerufen. Nach meiner Ansicht ist es Brauch, wenn man einen Artikel widerrufen hat, ihn aus der Diskussion zu lassen. Vebel hat aber...

Singer: Sie überschreiten den Rahmen einer persönlichen Bemerkung. Sie können sich gegen das wenden, was Vebel gegen Sie gesagt hat, aber eine Erörterung über das, was sich schiedt, ist nicht zulässig.

Bernhard (fortfahrend): Vebel hat diesen Artikel zum Gegenstand einer Kritik gemacht, und nicht nur das, er hat auch meinen Widerruf kritisiert. Er hat von einem testimonium pauperum gesprochen und gesagt: Wenn man einen Artikel schreibt, dann überlegt man ihn sicher vorher. Daß ich mir den Artikel überlegt habe, ist selbstverständlich, aber ich bin nachher durch reißliche und längere Ueberlegung an der Hand dessen, was gegen mich veröffentlicht ist, zu der besseren Einsicht gekommen, die ich endlich vor Ihnen ausgesprochen habe. Ich denke gar nicht daran, den Artikel zu verteidigen. Vebel hat dann angedeutet, als ob ich des schönen Mammons willen für die „Zukunft“ geschrieben hätte. Wer mich kennt, weiß, daß es nicht meine Art ist, gegen Geld auch nur das Beste zu thun, was ich mit meiner Ueberzeugung nicht glaube verantworten zu können. Wenn ich — ich will nicht sagen gegen Geld lässlich wäre, aber allein auf das Geldverdienen ausginge, ich wäre nicht Socialdemokrat. (Sehr richtig!) Ich könnte vielleicht das Doppelte und Dreifache verdienen, wenn ich nicht Socialdemokrat wäre. Ich habe das gestern nicht vorgerrathet, um nicht den Eindruck zu erwecken, als läge mir daran, meine Person in den Vordergrund zu rücken. Heute aber bin ich dazu gezwungen. Ich war Jahre lang Handlungsgehilfe...

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung der Lebensgang irgend eines Genossen hier vorgebracht wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Bernhard (fortfahrend): Dann bitte ich um Ihre Ansicht darüber, ob es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht gestattet ist, einen Verdacht zu widerlegen...

Singer: Sie haben ja schon erklärt, daß der Verdacht nicht gerechtfertigt ist.

Bernhard: Ich füge mich selbstverständlich dem Präsidenten, obwohl ich anderer Ansicht bin. Vebel hat die Mitarbeiter der „Zukunft“ als moralisch tief gesunken bezeichnet. Man kann aber ein Organ wie die „Zukunft“ verschiedene Auffassungen haben. Wenn auch manches Schlechte in der „Zukunft“ steht, so hat dies Blatt doch in

gewissen Fragen z. B. zum Löbauer Artikel, zur Umsturzvorlage und zur Juchhausvorlage eine solche Stellung eingenommen, daß ich glaube, es sei mir möglich, an dem Blatt mitzuarbeiten. Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ich moralisch tief gesunken bin, Genosse Vebel. Dies Recht bestreite ich einem jeden, auch dem Genossen Vebel, dem ich meine Einführung in den Socialismus verdanke. Auch dem bestreite ich auf das entschiedenste das Recht zu sagen, daß an meiner Moral auch nur der geringste Makel haftet. Wenn gesagt wird, daß die Karten, die wir hier auspielen, von Harden gemischt sind, so erwidere ich: sie sind in Sieglitz und Leipzig gemischt worden.

Vebel:

Ich begreife es, daß Bernhard sich aufs heftigste gegen den Vorwurf verwahrt, daß er durch seine Mitarbeiterhaft an der „Zukunft“ moralisch tief gesunken sei. Ich habe gestern ausgeführt, mir ist seiner Zeit die Mitarbeiterhaft an der „Zukunft“ angetragen worden, ich habe geschwiegen, und als Harden mich deshalb später angriff, hatte ich mittlerweile die Artikel „Schiefelanten“ und „Die roten Primadonnen“ gelesen, und da habe ich Harden geschwiegen, ich halte es für eine Unverschämtheit sondergleichen mich aufzufordern an einem Blatt mitzuarbeiten, das die Partei, der ich angehöre, aufs schamhäßliche beschimpft in Artikeln, die von Ihnen selbst, Herr Harden, herrühren. Ich habe erklärt, daß ich das mit meiner Namenshehre und speciell mit meiner Parteiehre nicht vereinbaren könne. (Bravo!) Ich habe gestern auch andre Artikel hier angeführt, besonders den vom 22. November 1902, in dem eine gemeine und niederträchtige Kritik an der Haltung der Fraktion und der Partei in der Zolltarifffrage geübt wurde. Und dann habe ich weiter hinzugefügt, wenn man auch annehmen könne, daß diejenigen, die in der letzten Zeit an der „Zukunft“ gearbeitet haben, die Artikel vom 02 und 03 nicht kannten, so könne man doch das nicht geltend machen für den Artikel vom 22. November 1902, und wer, nachdem er jenen Schmähartikel gelesen, noch weiter an der „Zukunft“ mitarbeitet und das Geld von Harden annimmt, der ist nach meiner Meinung in seinem Ehrgefühl tief gesunken. (Lebhafte Zustimmung.) Sagen Sie, was Sie wollen, von dieser meiner Auffassung, die die ehrlichste von der Welt ist, nehme ich kein Wort zurück. (Lebhafte Beifall. Vereinzelt hört! hört!) Bernhard meinte, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er wegen schönen Wammons an der „Zukunft“ gearbeitet hat. Er habe Gelegenheit, auf andre Weise weit mehr Geld zu verdienen, als bei der Socialdemokratie. Ich kenne Bernhards Verhältnisse nicht, weiß aber, daß seine regelmäßigen Beiträge für die „Zukunft“ selbstverständlich bezahlt werden. Ob er auch mitgearbeitet hätte, wenn er nicht bezahlt würde, das weiß ich nicht. Es ist ja möglich, daß noch andere Motive mit spielen, vielleicht das des Ehrgeizes, (Bernhard: Nein!) vielleicht fühlte er sich geschmeichelt, Mitarbeiter der „Zukunft“ zu sein. Ich sage, ich weiß das nicht, aber jedenfalls war eins der Motive der Mitarbeiterhaft Geld zu verdienen. Bernhard meint, nachdem er seinen Artikel widerrufen hatte, sei es von mir unthun gewesen, noch weiter darauf einzugehen. Genosse Bernhard, zunächst ist es Sache des Redners, zu beurteilen, was er für angemessen erachtet, zu thun oder nicht zu thun. Sie haben aber offenbar überhört, daß ich gesagt habe, Anschauungen über Parteimoral, wie sie Bernhard veröffentlicht hat, sind in der Partei nicht vereinzelt vorhanden. (Jurist: Bei Mehring!) Ich habe selbst gehört, führte ich aus, wie in früheren Jahren am Dietrich ähnliche Grundzüge ausgesprochen wurden, und von diesem Gesichtspunkt aus und weil ich weiß, daß diese Auffassung in Parteifreien Bestätigung erfahren hat, daß Genossen sich geäußert hätten, sie teilten die Auffassung von Bernhard über Parteimoral, waren meine Ausführungen ganz natürlich und gerechtfertigt. Ich habe weiter gesagt — und damit glaube ich das, was ich etwa an Bernhard durch meine Kritik gesündigt haben soll, in reichstem Maße wieder gut gemacht zu haben — ich habe gesagt, Bernhard habe sich hier ein Armutzeugnis ausgestellt, denn ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Zukunft“ überlegt sich seine Artikel, und wenn er sich nun nach einem so laxen Artikel hinstellt und sagt, den habe ich mir nicht überlegt, ich bedaure ihn, so darf ich wohl getrost von einem Armutzeugnis reden. (Sehr richtig!) Denn er hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung er sich nicht klar war. (Sehr richtig!) Ich habe gesagt, wenn Bernhard hier vor dem Parteitag nicht sein Bedauern ausgesprochen hätte, dann würde ich als organisierter Genosse von Berlin II es für meine Pflicht erachtet haben, nach dem Parteitag seinen Ausspruch zu beantragen. Nachdem er aber den Artikel zurückgenommen, sei das hinlänglich; ich werde diesen Schritt unterlassen. Ich glaube aber, daß ich Bernhard diejenige Gemüthsregung gegeben habe, die ich ihm unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt geben konnte. (Zustimmung.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Deutscher Krankenkassentag.

In Breslau tagt gegenwärtig der Deutsche Krankenkassentag. Am ersten Verhandlungstage hielt nach Erledigung des Geschäftsberichtes Medizinalrat Dr. Reicher-Breslau einen Vortrag über das Thema: „Zunehmende Kosten der Krankenkassen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.“ Dazu hat der Vortragende in einer gedruckten Vorlage seine Vorschläge niedergelegt. Er verlangt zunächst eine gute Statistik. Es müßten gefestigte Vorschriften angestrebt werden, durch welche die Kräfte in die Lage versetzt werden, den Kassenverwaltungen gegenüber die Geheimhaltung über die Art der Krankheit aufzugeben, die Kassenverwaltungen sollten ihrerseits auf die Geheimhaltung der ihnen zugegangenen Mitteilungen strengstens Bedacht nehmen. Die Kassen sollen möglichst viel Vorträge zur Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten halten lassen, die Kräfte würden zum Halten dieser Vorträge gern bereit sein. Die Vorträge seien jedoch getrennt für Frauen und Männer zu halten. Der Referent empfiehlt als das rationellste Mittel zur Eindämmung von Geschlechtskrankheiten die Krankenhausbekämpfung; weiter müsse aber vor allem auch dem Wohnungswesen, der besseren Ausgestaltung der Krankenkontrolle großer Wert beigemessen werden. Um den Kassen eine möglichst weitgehende Durchführung der Krankenhausbekämpfung zu ermöglichen, müßten den Krankenkassen möglichst günstige Verpflegungssätze gestellt werden. Die Kassen müßten für gute Spezialärzte sorgen. Dem Kurpfuschertum, das besonders auf diesem Gebiete sich breit mache, sei scharf entgegenzutreten. Die Anstellung weiblicher Kontrolleure sei anzustreben. Ueberall sei auf die weitgehende Zusammenfassung der Kräfte der Krankenkassen hinzuwirken und eventuell staatliche Subvention zu fordern. Schließlich sei eine regelmäßige, jährlich ein- oder zweimal stattfindende obligatorische Untersuchung aller Kassenmitglieder zu erwägen. Die Kassen müßten ermächtigt werden, alle zur Prophylaxe notwendigen Ausgaben zu machen.

Der von großem socialpolitischem Verständnis durchdrungene Vortrag soll auf Beschluß des Krankenkassentages in Druck gegeben werden.

In der Debatte wurde besonders von Graf-Frankfurt darauf hingewiesen, wie wenig Verständnis die Krankenkassen mit ihren Bestrebungen bei Regierungen und Behörden finden. Er führt verschiedene krasse Beispiele dafür an, und weist ganz besonders auf die Notwendigkeit eines größeren Schutzes der Diensthofen vor Inhaftierung hin. Kurpfuschler seien auch unter den Kräften zu finden, die brieflich ihre Praxis betreiben.

Sieverl-Berlin weist auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hin. Fischer-Weimar bezeichnet die vielfachen Anregungen des Prof. Reicher als Zukunftsnebel. Müller-Bremervaden spricht von der Schwierigkeit, eine gute Statistik zu treiben.

Cohn-Berlin weist darauf hin, daß die Behörden sehr oft gerade ein Hemmnis für die Fortentwicklung der Krankenkassen seien.

\*) Meine elgnte Ansicht, mein persönliches Urteil über die so viel getadelten Kämpfer (die auch mir nicht gefielen) hatte ich acht Tage vorher schon ausgesprochen.

Solche Kritiker haben sich in Westmünster und im Palais Bourbon oft wiederholt und kein sichbarer Grund konnte sie uns, nur gerade uns ersparen. Unter den 68 socialdemokratischen Abgeordneten sind mindestens 20, die aus dem Maschinenfaal und dem Handwerk kommen und deren natürliche Temperamentskraft nie in stroffer Salonzucht gebändigt wurde; daß sie sich fast immer artig zeigen, daß sie manchmal die Konvention brechen, sollte ein Gegenstand bourgeoiser Staunen sein.“ (Zukunft vom 6. Dezember 1902.)



feien. Das Institut der Krankenkassentrolleure müsse in den Dienst der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gestellt werden. Jetzt würden sie vielfach nur als Spiegel verwendet.

Dr. Lennhoff nimmt die Ärzte in Schutz gegen die von einigen Rednern vorgebrachten Angriffe. Er meint, daß das Gute der Heilung des Schlechteren sei, deshalb sei er auch für Tageskassen für Geschlechtskranke im Gegensatz zu Geheimrat Dr. Reiser, der nicht viel davon halte. Auf dem Lande sei die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten minder stark als in der Stadt. Wenn eine obligatorische Untersuchung aller Krankenkassenmitglieder eingeführt würde, dann würde sich zeigen, wie groß die Zahl der ärztlichen Behandlung bedürftigen sei und daß die ganze Krankenversicherung eine schöne Täuschung sei.

Geh. Rat. Reiser geht in seinem Schlußwort auf einige in der Debatte gefallene Neuierungen ein, meint aber im übrigen, daß der Vortrag wohl anerkennend auf die intensivere Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewirkt habe. (Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Honigmann-Wreslau spricht dann, öfter von lebhaftem Beifall unterbrochen, über die Aufgaben der Krankenkassen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Seine interessanten Ausführungen bildeten im großen und ganzen eine einzige große Anklage gegen die herrschende Gesellschaft, die ihre Pflicht in sozialer Beziehung nicht thue. Er erkennt die großen Verdienste der Orts-Krankenkassen, der Arbeiterbewegung an. Die Hebung der unteren Klassen sei das erstrebenswerte Ziel aller in der Sozialpolitik thätigen Faktoren. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen:

Was bisher von wenigen größeren Klassen, die bahnbrechend vorgegangen, vereinzelt geleistet worden ist, muß künftig allgemein als Aufgabe der Krankenkassen innerhalb der natürlichen und gesetzlichen Schranken in Angriff genommen werden, nämlich: Die intensive Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und deren Familien; die Förderung aller Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege, namentlich der, die auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen gerichtet sind. Dieses Ziel ist am ehesten von großen, leistungsfähigen Orts-Krankenkassen durch energische Teilnahme der männlichen und weiblichen Mitglieder an der Kasselführung mit einer gutgestellten Beamtenschaft und der Unterstützung der Ärzte, der Behörden, der Wissenschaft und der Presse zu erreichen. (Großer Beifall.)

Als Mitreferent sprach Prinz-Kottbus über dasselbe Thema vom Standpunkt des Praktikers. Er fordert eine Differenzierung der Beitragsklassen auf Grund des individuellen Arbeitsverdienstes, die Erhöhung der Beiträge, die Erweiterung der Kranken-Unterstützung und deren Erhöhung, vorgehende Tätigkeit der Krankenkassen unter Anstrengung der Kostenverteilung auf Berufsgenossenschaften und Landes-Versicherungsanstalten, Sicherung eines sozialpolitisch geschulten Beamtensandes und ausreichende Versorgung desselben durch angemessene Dienstverträge, Belebung und Vertiefung der Selbstverwaltung-Einrichtungen, Heranbildung der Kasselführer zu verständnisvoller Mitarbeit. (Beifall.)

Als Ort des nächsten Verbandstages wird München gewählt. Antwesend waren 172 Vertreter für 112 Klassen mit 1 170 100 Versicherten.

### Schlußkongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

In der Sitzung vom Mittwochvormittag wünscht vor Eintritt in die Tagesordnung Kleinlein vom Berichterstatter des „Vorwärts“, richtig zu stellen, daß er nicht tags zuvor gesagt habe, jeder, der zu den freien Gewerkschaften komme, müsse ausgesprochener Sozialist sein. Er habe vielmehr gesagt, jeder könne zu ihnen kommen, müsse sich aber sozialistische Belehrung gefallen lassen. Wagner, Mieseler, stellt fest, daß er nicht von einem Verband der Mieseler, sondern von einer Zentralisation gesprochen habe. Die Mieseler-Centralisation bestehe aus selbständigen Vereinen, nicht aus Sektionen.

Es wurde dann in die am ersten Tage vertagte Debatte über den Kasselführerbericht Thiemes eingetreten. Die inzwischen gedruckten Berichte liegen dem Kongress vor. Die Hauptzahlen hat der „Vorwärts“ bereits Dienstag mitgeteilt. Dort ist infolge Schreibfehlers der alte Bestand des Agitationsfonds vom Juni 1901 auf 4756 M. angegeben. Es blieb das Komma weg. Der Bestand betrug damals tatsächlich 47 M. 56 Pf. Die bisher zahlenmäßig nicht mitgeteilten Reste vom Umlageverfahren betragen insgesamt 10 783,30 Mark, denen an Guthaben anderer Gewerkschaften 11 555,73 M. gegenüberstehen. — Verschiedene Redner hatten an Verrechnungen, die ihre Gewerkschaften betrafen, einiges auszusprechen. Zur Prüfung der Einwände und zur Vorbereitung der Anträge zu Streiks und Sperren und deren Unterstützung wird eine Kommission gebildet. Man schritt dann zum vierten Punkt der Tagesordnung:

„Streiks und Sperren und deren Unterstützung durch den Garantiefonds“. — Puttlich referiert dazu. Er stellt fest, daß die Erwartung, die man dem Garantiefonds bei seiner Schaffung entgegenbrachte, sich nicht erfüllt habe. Nach den Beschlüssen hätten die der „Freien Vereinigung“ angeschlossenen Gewerkschaften in der Zeit vom 1. Oktober 1901 bis zum 13. September 1903 insgesamt 29 908 M. aufbringen müssen. Aufgebracht worden seien aber nur 14 720,45 M., so daß ein Rest von 15 178,55 M. bleibe. Redner empfiehlt, von der Neueinführung des Garantiefonds abzusehen und zu dem alten System der freien Solidarität zurückzukehren. Damit aber eine Regelung eintrete, schlägt Redner eine Resolution vor, die ebenfalls von allen genannten Kommissionen überwiesen wird. Die Debatte wird vorläufig ausgesetzt und in die Verhandlungen über die Anträge zum Punkt „Presse“ eingetreten, von denen etwa 10 vorliegen, alle die „Einigkeit“ betreffend. Nachdem die Antragsteller sie begründet hatten, gaben Thieme als Verleger und Kessler als Redakteur ihr Gutachten dazu ab. Eine Verbilligung der „Einigkeit“ erklärt Thieme u. a. für möglich, wenn alle der „Freien Vereinigung“ angeschlossenen Gewerkschaften das Organ für ihre Mitglieder obligatorisch einführen, gemäß einem Antrage der Köpfer. Auf einen Antrag Herforth, die „Einigkeit“ in der „Vorwärts“-Druckerei herstellen zu lassen, müsse erst die Herstellungsbedingungen hören. Uebrigens hätten die Parteigenossen, die sieben Jahre lang das Organ zur Zufriedenheit gedruckt hätten, auch ferner einen Anspruch auf Unterstützung. — Kessler äußerte sich zu einem Antrage, der den Generalstreik für ein sehr wirksames Mittel zwecks Herbeiführung der proletarischen Forderungen erklärt wissen will und verlangt, daß die „Einigkeit“ alle derartigen Kämpfe möglichst berücksichtigen solle. Man könne über die Frage des Generalstreiks diskutieren, denn es handle sich darum, die Waffen zu prüfen, die die Sozialdemokratie in ihrem Arsenal habe. Eine Waffe sei es, aber ob ein schneidendes eisernes Schwert oder ein von Pappe, das wirft er noch nicht. So lange er das nicht wisse, könne er ihn nicht direkt propagieren. Beantwortung schenke er der Frage.

In der Debatte sprach Dannenberger namentlich zur Frage, ob dem Redakteur Kessler eine Hilfskraft zur Bearbeitung des beruflichen Teils in der „Einigkeit“ zur Seite zu stellen sei. Redner erklärt sich in Einverständnis mit andern Beisitzern der Geschäfts-Kommission dafür, und zwar denke man sich das so, daß Kesslers Gehalt von 3600 M. herabgesetzt und die übrigen 1000 Mark für die Hilfskraft verwendet werden. Die rein beruflichen Interessen müßten mehr zur Geltung kommen. — Sollte der „Vorwärts“ ein billigeres Angebot machen, als die bisherigen Drucker, dann wäre das nicht von der Hand zu weisen.

Punkt „Presse“ wird in der Nachmittagsitzung weiter verhandelt. Auf Antrag Guhl wird beschlossen, zur Generaldiskussion nur noch zu stellen die Anträge auf Verbilligung der „Einigkeit“, auf Anstellung einer Hilfskraft und auf Gründung einer Prekmission. Alle übrigen Anträge, soweit sie nicht bereits erledigt sind, werden der neuwahlgewählten Geschäfts-Kommission zur Veranschaulichung beziehungsweise als Material überwiesen. — Ueber die drei übrig gebliebenen Anträge wird lebhaft debattiert. Kessler erklärt im Laufe der Debatte ein für allemal, daß er sich von seinem Gehalt nichts abziehen lasse, eher kündige er. — Verschiedene

Redner erklären eine Hilfskraft für überflüssig, falls die angestellten drei Beamten (der Vorsitzende und der Geschäftsführer der Geschäfts-Kommission, sowie der Redakteur) sich die Arbeit einteilen. Es wird eine neue Kommission gebildet zur Redaktion der besprochenen Anträge. Die Verhandlung über Punkt „Presse“ wird unterbrochen und für die am Vormittag gewählte Kommission erstattete Bitte Bericht. In der Hauptfrage, betreffend Neuregelung der Streikunterstützung, hat sich die Kommission auf den von Puttlich in seinem Referat vertretenen Standpunkt gestellt. Nach lebhafter Debatte wird die von der Kommission etwas modifizierte Resolution Puttlich gegen fünf Stimmen angenommen, welche in der Hauptsache besagt:

Der Beschluß des fünften Kongresses, die Schaffung und Ergänzung des Garantiefonds betreffend, wird außer Kraft gesetzt, jedoch sind die rückständigen Beiträge zu diesem Fonds bis 1. Juli 1904 abzutragen. — Jede der „Freien Vereinigung“ angeschlossene Gewerkschaft hat, um für Lohnkämpfe gerüstet zu sein, von ihren Mitgliedern einen Beitrag von mindestens einem halben Wochenlohn (als Streikfonds) zu erheben. — Geplante Streiks sind der Geschäfts-Kommission unter Angabe der Mitgliederzahl, der Kasselführer-Verhältnisse usw. möglichst zeitig zu melden. — Grundsätzlich wird von jeder Gewerkschaft erwartet, daß sie die Kosten ihrer Streiks selbst trägt. Bei Angriffstreiks hat jede Gewerkschaft wenigstens die ersten zwei Wochen selbst für die Unterstützung auszukommen. Reichen die Streikfonds-Beiträge hierzu nicht aus, so sind Extrabeiträge oder Listenansammlungen zu veranstalten. — Sind vorstehende Bedingungen erfüllt, und reichen die eignen Mittel der Gewerkschaft trotzdem nicht zur Durchführung des Streiks aus, so hat die Geschäfts-Kommission die übrigen angeschlossenen Gewerkschaften zur Unterstützung aufzufordern, die dann von den Gewerkschaften nach Kräften zu leisten ist. — Bei Abwehrstreiks kann die Gewerkschaft, wenn ihre Mittel nicht ausreichen, von der ersten Woche ab die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften in Anspruch nehmen. — Gewerkschaften, welche sich an der Unterstützung der Streiks nicht beteiligen, haben keinen Anspruch auf die Solidarität anderer Gewerkschaften und können durch Kongressbeschlüsse aus der Zentralisation ausgeschlossen werden. — Die Geschäfts-Kommission oder deren Vertreter sollen an den Vorstandssitzungen der streikenden Gewerkschaft mit beratender Stimme teilnehmen.

Beschlossen wurde ferner, den Ueberseh vom Ergänzungsfonds des Garantiefonds dem Prekffonds zu überweisen, wenn alle Schulden bezahlt sind und die Ausgaben für eine Bureauräumung gedeckt sind. Demnachst erstattete Fischer namens der zum Punkt „Presse“ gewählten Kommission Bericht. Als „glücklichen Ausweg“ schlägt er folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:

„Die „Einigkeit“ kostet vom 1. Januar 1904 pro Nummer und Quartal für die der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen 55 Pfennig. Für alle andern Interessenten tritt eine Preisermäßigung nicht ein. — Die Redaktion und Expedition der „Einigkeit“ besteht in Zukunft aus dem ersten Vorsitzenden und dem Kassierer der Geschäfts-Kommission sowie einem anzustellenden Redakteur. — Das Gehalt der anzustellenden Beamten beträgt für den ersten Vorsitzenden und den Kassierer jährlich 3000 M., für den Redakteur 3000 M. Dafür hat letzterer jedoch die Bureauräume zur Verfügung zu stellen. — Der erste Vorsitzende ist zugleich verantwortlicher Redakteur und hat neben der Agitation den gewerkschaftlichen Teil der „Einigkeit“ zu kontrollieren. — Der Kassierer hat die Expedition zu übernehmen und sämtliche Kasselführer zu führen. — Die Beisitzer mit den Revisoren bilden die Prekmission, welcher die von der Redaktion zurückgestellten Erklärungen, Einwendungen usw. zur Beschlußfassung vorzulegen sind. Auch sind alle Beschwerden an sie zu richten.“

Dem Gewerkschaftlichen Frauenverein sollen die Abonnements-Schulden erlassen werden, ebenso den Oberbergern. — Der Geschäfts-Kommission wird Decharge erteilt.

Zur Einigungsfrage wird Herforth's Ausführungs-Resolution angenommen:

„Der Kongress beauftragt die zu wählende Geschäfts-Kommission, unter Wahrung der prinzipiellen Grundsätze an etwaigen weiteren Verhandlungen betreffend die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes teilzunehmen. Ferner wird dieselbe beauftragt, das Resultat dieser Verhandlungen den Organisationsvorständen sofort mitzuteilen. Dieselben verpflichten sich, innerhalb drei Monaten Stellung zu nehmen, und diese Stellungnahme sofort der Geschäfts-Kommission einzusenden, welche dann ihrerseits einen neuen Kongress einzuberufen hat, wenn zwei Drittel der Gewerkschaften sich für eine Einheitsfeier der Organisation erklären.“

Mit dem Bureau soll ein Archiv verbunden werden. Außerdem wurden mehrere Anträge angenommen, die die Agitation fördern sollen, sowie ein Antrag, den Agitationsfonds betreffend. Der Agitationsbeitrag, der an die Geschäfts-Kommission abzuführen ist, soll pro Quartal und Mitglied 5 Pf. betragen.

Gegen 9 1/2 Uhr abends kam man zu den Neuwahlen der Geschäfts-Kommission, wobei wieder der sehr scharfe Gegensatz zwischen Thieme und Hinrichsen besprochen wurde. Für die Beisitzer der Geschäfts-Kommission schlägt Straffer vor, keinen von beiden wieder-zuwählen. Mehrere Beisitzer machen beiden befristete Vorschläge, was erregte Szenen hervorbringt. Die Wahl hatte folgendes Resultat: Vorsitzender Kater, Kassierer Edelmann, Redakteur der „Einigkeit“ Kessler, Beisitzer Gilbert, Gaffner und Kunisch, Revisoren Straffer und Kleinlein. Die Amtsthätigkeit der neuen Kommission soll am 1. Oktober beginnen.

Zum Schluß wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten, die kein allgemeines Interesse haben, erledigt. Gegen 11 Uhr schloß der Kongress.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Mit der Aussperrung der Textilarbeiter in Grimmitzschau wird sich heute abend eine Versammlung in Berlin beschäftigen. Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes schreibt hierzu: Den Fabrikanten in Grimmitzschau scheint es jetzt unbequem zu werden, daß sie ihre Arbeiter entlassen haben und daß die Abnehmer der Grimmitzschauer Fabrikate ihre gegebenen Aufträge zu der Zeit haben wollen, wo diese geliefert werden sollen und von den Kaufleuten verwendbar sind, so kommen die Fabrikanten in die Klemme. Nun wird seitens der Fabrikanten versucht, die Generalaussperrung in einen Generalstreik umzuwandeln und werden folgedessen Erklärungen an alle Zeitungen und Zeitschriften verfaßt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen auf Kommando der sozialdemokratischen Centralleitung in Berlin in den Generalstreik getreten seien. Da man sonst keinen plausiblen Grund angeben kann, daß etwa der Wunsch der Grimmitzschauer Arbeiter, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, eine scivole Forderung sei, so glaubt man sich hinter dem „Wau-Wau“ zu verstecken, daß das Wort Sozialdemokrat die Abnehmer von Grimmitzschauer Fabrikaten zur Mithilfe gegen die Fabrikanten begeistern soll. Wir brauchen nicht besonders den Beweis zu führen, daß die sozialdemokratische Centralleitung mit der Aussperrung in Grimmitzschau nichts zu schaffen hat, denn sonst müßten ja die 75 Fabrikanten auf Kommando der sozialdemokratischen Centralleitung die 7000 Arbeiter auf die Straße geworfen haben und das ist von den Fabrikanten doch nicht gut anzunehmen. Rein, es handelt sich in Grimmitzschau nicht um Parteifragen, sondern um die zehnstündige Arbeitszeit. Damit die der Wahrheit entgegenstehenden Erklärungen, welche auch in Berliner Zeitungen veröffentlicht wurden, widerlegt werden können, findet heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, eine Textilarbeiter-Verbandsversammlung in Dräsel's Festsaal, Neue Friedriehstr. 33, Saal I statt. Alle Freunde der Grimmitzschauer Aussperrten sowie alle Kaufleute, Großhändler und Konfektionäre, welche in Grimmitzschauer Fabrikaten arbeiten, sind hierzu eingeladen. Der Vorstand des Grimmitzschauer Fabrikantenvereins ist gleichfalls eingeladen.

Wir geben nochmals bekannt, daß alle für die Grimmitzschauer Aussperrten in Berlin gesammelten Gelder an die Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-lifer 15, abzuliefern sind. Gelder von auswärts sind an den Verbandskassierer Georg Treue, Berlin O 112, Kronprinzenstr. 47, zu senden.

Ueber die Streiks der Metallarbeiter und der Gärtler berichtete Cothen am Mittwochvormittag in einer Versammlung der streikenden Drücker, daß bis jetzt 82 Firmen, die 88 Metallarbeiter beschäftigen, bewilligt haben. Die Bewegung der Gärtler macht schnellere Fortschritte, denn in dieser Branche haben bis jetzt schon 54 Firmen mit 400 Arbeitern bewilligt. Im ganzen befinden sich 2200 Gärtler und Drücker im Ausstand. Der Stand beider Streiks ist sehr günstig. Die Metall- und Bronze-Industrie ist hauptsächlich lahmgelegt. Eine Anzahl Firmen haben angefragt, ob nicht bald das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen werde. Die Streikkomitees beider Branchen werden auch dieser Frage näher treten. Konzeptionen auf die Forderungen sollen jedoch nicht gemacht werden. Die Haltung der Streikenden ist eine musterhafte. Die Polizei hat dagegen wiederum in mehreren Fällen Partei für die Unternehmer ergriffen und Streikposten installiert, die sich auch nicht das geringste zu Schulden kommen ließen. Einer der auf Streikposten stehenden Arbeiter ist von Kriminalbeamten mit Stöcken mißhandelt worden. Er hat sich über die empfangenen Wunden ein ärztliches Attest ausstellen lassen und wird nun die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

Durch Vermittelung der Berliner Gewerkschaftskommission sind die Differenzen zwischen dem Personal und dem Inhaber der Vade-anstalt Chausseestr. 81, Herrn Weister, bereits am 14. September d. J. beigelegt, indem die dort beschäftigt gewesenen wieder eingestellt worden sind. Die Notiz in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist dadurch gegenstandslos geworden.

Der Vorstand des Massage-, Vade- und Krankenpflege-Personals.

Die Tarifbewegung der Marmorarbeiter hat nach Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, die am Sonnabend stattgefunden haben, zum Abschluß eines Tarifvertrages geführt, der zwei Jahre Geltung hat. Der Minimalstundenlohn der Steinmetzen beträgt danach in der Werkstatt 65 Pf. und auf Bauten 70 Pf. Ferner wurde ein Accorदारisch festgelegt, der sich aber nur wenig von dem bisher geltenden unterscheidet. Der Tarifvertrag ist bis jetzt von 18 Firmen anerkannt worden, darunter die „Deutsche Steinmetz-Industrie“, die über 100 Steinmetzen beschäftigt. Noch nicht bewilligt haben 14 meist kleine Geschäfte. Diese werden im Laufe dieser Woche genötigt, sich vor dem Einigungsamt über ihre Stellung zum Tarif zu äußern. Verhalten sie sich ablehnend, so wird die Organisation andere Maßnahmen treffen. Der Gewerbebericht von Schulz gab die Erklärung ab, daß er versuchen werde, den Magistrat zu veranlassen, die städtischen Arbeiten nur tarifstreuen Firmen zu übertragen. In Anbetracht des Umstandes, daß die Unternehmer die Arbeitslöhne um 20 Prozent herabdrücken und mit der Organisation nicht einmal verhandeln wollten, kann der Ausgang der Bewegung, die eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und andere Vorteile gebracht hat, als ein für die Steinmetzen günstiger bezeichnet werden.

Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen! Der Ausstand in Neu-Ruppin ist, nachdem die Firma Lange nun auch bewilligt hat, zu Gunsten unserer Kollegen und Kolleginnen beendet. Der Gauvorfand.

Die städtischen Kanalarbeiter haben erneut Lohnforderungen bei ihrer Direktion gestellt. Im vorigen Jahre wurden dieselben nicht berücksichtigt und so erhoben die nicht gerade glänzend entlohnten Arbeiter für diesmal eine größere Berücksichtigung. Die Arbeit ist eine sehr schwere und unangenehme und haben besonders die Kanalarbeiter unter den schlechtesten Witterungsverhältnissen zu leiden. Dieselben müssen sich jederzeit der Direktion zur Verfügung stellen, gleichviel ob Sonn- oder Feiertag, ob bei Tage oder Nacht. Ihre Frühstück- und Mittagspausen müssen auf der StraÙe gemacht werden, wollen sie nicht eine Restauration aufsuchen, was auch wiederum mit Geldkosten verknüpft ist. Da nur wirklich geleistete Arbeitstage bezahlt werden, ist ihr Einkommen ständigen Schwankungen ausgesetzt, und häufig kommt es vor, daß an hohen Feiertagen, wenn alle Bürger erhöhte Ansprüche während dieser Zeit an das Leben stellen, bei ihnen Schmolzhans Mägenmeister ist. Von der Umsicht der Kanalarbeiter hängt es vielfach ab, daß die so gefährlichen Kanalexpllosionen vermindert werden, und da sollte die Stadt doch auf die materielle Lage etwas mehr Rücksicht nehmen, um wenigstens nach dieser Seite hin die Berufstreue zu fördern.

Achtung, Maurer! Die Bauten der Firma Lahne u. Borch in Köpenick bleiben bis auf weiteres für Maurer, Putzer und Züger gesperrt.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die in den Osenfabriken in Veltien in der Mark beschäftigten Hilfsarbeiter haben am 1. Juli den Lohn tarif gelündigt, derselbe geht am 1. Oktober zu Ende. Sie verlangen eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 5 Pf. die Stunde, Abschaffung der Accordarbeit usw. Obgleich schon Verhandlungen stattgefunden haben, ist noch keine Einigung erzielt; die Unternehmer behaupten, sie können nicht mehr geben, und wird es, wenn sie nicht nachgeben, zum Kampf kommen. Darum, Kollegen, haltet den Zugang nach Veltien in der Mark fern. Der Gauvorfand.

Für die streikenden und ausgesperrten Textilarbeiter in Grimmitzschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Gelder ein: Von den Steinmetzen von Kassel u. Sohn 5,—, Buchbinder-Verband, Berlin 100,—, von den Bäckern Berlin 30,—, Centralverband der Maurer, Berlin 500,—, Centralverband der Dachdecker 20,—, Schriftgießer Berlin 50,—, Buchdruckeri Voh u. Garleb 20,—, Portefeuille der D. K. B. v. A. 350,—, Stultze, Vermaltungsstelle Berlin 100,—, Bucher Berlin 200,—, Ueberseh, Entseifer der Kolonie Altonde, Kirchhof 11,50, Eisener-Arbeiter Berlin 20,—, Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter Berlin 100,—, Verband deutscher Holzwerkstoffe 30,—, Bauarbeiter, Verwaltung Berlin 200,—, Ortsverein der Alensburger Buchdrucker durch Döblich 30,—, Ortsverein der Raumburger Buchdrucker durch Döblich 20,—, Verband der Handlungsgeschäften und Gehilfen, Bezirk Berlin 40,—, Tischlerei Meyer 9,—, Buchbinderei Stittenfeld 6,75, Handwerks- und Transportarbeiter, Verwaltung Berlin 100,—, Möbelhändler von Rietzen 5,—, Stochfabrik H. Schalle Raßl 7,10, Schuhmacher Berlin 200,—, Kollegen der Firma B. Gurk (Betall) 23,20, vom Personal der Buchdruckerei bei Heller 350,—, Singer u. Co. Vocadent 50,—, Singer u. Co. West-Abteilung 20,—, Ullstein u. Co. Accidens 18,—, Ullstein u. Co. Stereotypie 5,25, Vaterländische Verlaganstalt 6,40, Album-Fabrik 18,35, Steinleier durch Grubitz 1,975, Deutsche Gärtner-Vereinigung (Verwaltung Berlin) 10,—, Holzarbeiter-Verband (Verwaltung Berlin) 300,—, Rappen-Fabrik Firma Siedel 9,75, Tischlerei Sarech 9,65, In Summa 6109,60. Schon quittiert am Donnerstag, den 10. September 2169,—, Ansgelamt 7278,60.

Weitere Beträge werden gern entgegengenommen. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

## Aus der Frauenbewegung.

Erklärung. Zu der Veröffentlichung in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ (es handelt sich um die Mitteilung der Tagesordnung des Verbandstages der fortschrittlichen Frauenvereine, Red. d. B.) haben die Genossinnen zu erklären: Die Sozialdemokratinnen haben an den Tagungen bürgerlicher Frauenvereine kein Interesse, um so mehr, als der Frauenstimmrechts-Verein respektive dessen Leiterin, ihre oberste Forderung, nämlich das Frauenstimmrecht, preisgaben, um zu ermöglichen, innerhalb der bürgerlichen Parteien den Wahlkampf für die bürgerliche Klasse und deren Vertreter aufnehmen zu können, für Reichstagskandidaten, die auf keinen Fall jemals das Frauenstimmrecht vertreten würden. Derartige Vereinigungen wie auch deren Leiterinnen können keinen Anspruch darauf erheben, von Sozialdemokraten ernst genommen zu werden, ganz abgesehen davon, was uns sonst von ihnen scheidet, der bürgerliche Klassencharakter.

Ottile Waader, Emma Jhrez.



# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater

**Donnerstag, 17. September.**  
Anfang 7 Uhr:  
**Opernhaus.** Robert der Teufel.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Schauspielhaus.** Goldfische.  
Wespen. Boccaccio.  
Wesing. Die Uhr.  
Berliner. Geographie und Liebe.  
Wesling. Das beste Mittel.  
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.  
**Deutsches.** Der Puppenmacher.  
Lugbild.  
**Central.** Die Geisha.  
Thalia. Der Hochtourist.  
Anfang 8 Uhr:  
**Liedertheater (Kroll).** Liebes-  
spiele und Phyllis. Bisson nach  
dem Galle.  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Was  
Ihr wollt.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.)  
Der Tallisman.  
**Kleines.** Nachtschl.  
**Trianon.** Die Notbrücke.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n  
großen Teich.  
**Carl Weich.** Amor in Wicks.  
Lützen. Rönch und Soldat.  
**Apollo.** Die Liebesinsel. Speciali-  
täten.  
**Winter-Garten.** Specialitäten.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes!  
**Passage-Theater.** Specialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
**Invalidenstraße 57/62.** Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

## Urania.

Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze  
zum Watzmann.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstraße 57/62.

**Caetano**  
**Panopticum**  
Eisenstraße 165  
**Lebend!!**  
Der zusammengeschnittenen  
**Schwester.**  
20 Jahre alt.  
Violin-Virtuosinnen!

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 J. die Hälfte.  
In der Arena:  
**Raubtier-Spielschule.**  
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne,  
1 Bär. — Vorstellungen:  
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr.  
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.  
Eintritt: Sperrkarte 1 M.,  
Stehplatz 50 Pf. Kinder  
unter 10 Jahren die Hälfte.

## Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!  
**Wiederauftreten**  
**Emil Thomas a. G.**  
**Josef Josephi.** Henry Bender.  
Frid Frid. Rosa Marten.  
Grete Meyer. X Müller Linke.  
Zum 249. Male:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Die größte Ausstattungs-Operette  
Berlin in 7 Bildern:  
**Amor in Wicks.**  
200 Mitwirkende. Glänzendes Ballett.  
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Vorh.  
Sonntagnachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstraße 16.  
**Extra-Elite-Vorstellung:**  
**Maria Stuart.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung:  
**Familien-Ball.**  
**Stadt-Theater Moabit**  
Mi-Moabit 47/49.  
Donnerstag, den 17. September cr.:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Die Löwenbraut.**  
Schwan in 3 Akt. v. Schöller-Parasini.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag:  
**Die Löwenbraut.**

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
Die größte Ausstattungs-Operette  
Berlin in 7 Bildern:  
**Amor in Wicks.**  
200 Mitwirkende. Glänzendes Ballett.  
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Vorh.  
Sonntagnachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstraße 16.  
**Extra-Elite-Vorstellung:**  
**Maria Stuart.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung:  
**Familien-Ball.**

## Stadt-Theater Moabit

Mi-Moabit 47/49.  
Donnerstag, den 17. September cr.:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Die Löwenbraut.**  
Schwan in 3 Akt. v. Schöller-Parasini.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag:  
**Die Löwenbraut.**

## Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-  
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-  
vorstellung 8 Uhr.  
**Das Moto-Mädchen.**  
Laut Urteil des kgl. Kammer-  
gerichts Siegerin über das  
Moto-Mädchen.  
**Mensch oder Maschine?**  
Das neue Rätsel für Berlin!  
**LONA**  
in ihrer Scene „Im Boudoir“.  
14 erstklassige Nummern.

## Dr. Simmel, Prinsen-

Str. 41.  
Spezialarzt für (33/30\*)  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.  
Von der Reise zurück  
**Dr. Grotjahn, Arzt**  
1669b Alexandrinenstr. 90.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Ballner-Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Was ihr wollt.**  
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shafespeare.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Was ihr wollt.**  
Sonnenabends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Der Fleck auf der Ehr'.**  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstadt'sches Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Der Tallisman.**  
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen  
von Ludwig Fulda.  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Sonnenabends 8 Uhr:  
**Der Tallisman.**

**Freie Volksbühne.**  
Sonntag, den 20. September:  
7/8. Abteilung **Metropol-Theater:**  
**Klein Egly**  
2/3. Abteilung **Lessing-Theater:**  
**Nathan der Weise**  
Anfang 2 1/2 Uhr.  
Die Monatschrift Hefte 1 und 2 „Freie Volksbühne“  
liegt in den Zahlstellen aus.  
229/14 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

## Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.  
früher  
**Geniehet das Leben.**  
Lebensbild in 2 Akten v. Gel.  
Alfons Gotke: Dr. Rich. Winkler.  
**2 Spezialitäten-Teile.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Freitag, den 18. September cr.:  
**Extra-Elite-Vorstellung:**  
**Die goldene Spinne.**  
Schwan in 4 Akten von Schönlhan.  
Theodor. Dir. Rich. Winkler.  
Ehrenarten und Vorzugsbillets  
gültig.

## Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Zuhaber: Wilhelm Fröbel.  
Sonntag, den 20. September cr.:  
Erstes Auftreten der beliebten  
**Norddeutschen Säger.**  
Nach der Vorstellung:  
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:  
**Großer Extra-Ball.**  
Deren, die daran teilnehmen,  
zahlen 50 Pf.  
des Vorstellung 5 Uhr.  
d. Langes Günst 10 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Diese Vorstellungen und Ball  
finden jeden Sonntag statt.

## WINTER GARTEN

Das Original Motogirl.  
**Mlle. Marguerite,**  
sensationelle Löwen-Nummer.  
**Alexia,** Bravour-Tänzerin.  
**Anna Danerey,**  
Pariser Soubrette.  
**Ten Ichi,** die kaiserl. japanische  
Gauklergruppe.  
**Die Papsbilder** des  
Biographen  
und das diesmonatliche Sensations-  
Programm.

## Neue Welt

Arnold Scholz  
Hasenheide No. 108/114.  
Donnerstag, 17. Septbr. 1903:  
Gastspiel des  
**Bernh. Rose-Ensembles**  
Zum 1. Male:  
**Robert und Bertram.**  
Große Posse.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung:  
**Grosser Familien-Ball.**  
Vorzugsarten haben Gültigkeit.

## Bilanz-Fertigstellung

zweckmäßige Einrichtung, zeit-  
weilige Fortführung der Ge-  
schäfts-Bücher, Bücher-  
Revisionen durch Wilhelm  
Häuch in Naumburg a. S.,  
beidgltiger Bücherrevisor.

## Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Haar und  
Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.

**Reichshallen**  
Stettiner Säger  
(Wesling, Pietro, Britton,  
Stiehl, Böhm, Wö-  
mann, Plätner,  
Schneider u. Eberino jr.)  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntags: 7 Uhr.

**Etablissement**  
**Buggenhagen**  
am Horitzplatz.  
Täglich:  
**Streichkonzert.**  
Dienstags und Donnerstags:  
Harburger Säger.  
Nach d. Vorh.: Tanzkränzen.  
Sonntags! Vom 1. Oktober ab  
jeden Dienstags, Donnerstags,  
Sonntags, Sonntag:  
**Schauss' Künstler-Ensemble**  
„Nordsterner“.  
Nach jed. Vorh.: Tanzkränzen.

**Cirkus Schumann**  
Heute Donnerstag, 17. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Extra-Vorstellung.**  
Der König der Wälfenkönige  
Herr Julius Seeth mit seinen  
**25 männlichen Löwen**  
Die großartig springenden  
**Barfois-Hunde,**  
vorgeführt von Herrn Benny Boorn.  
**Zoologisches Potpourri,**  
7 Affen, 5 Katzen, 8 Hunde,  
2 Kanarienvögel,  
vorgeführt von Herrn Leb.  
Die  
**Horizontalmanege,**  
Dir. Albert Schumanns  
**neuen Original-Dressuren.**  
**Sansouci.**  
Kottbuscherthor — Stat. der Hochbahn.  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Säger**  
Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag nach der  
Soiree:  
**Tanzkränzen.**  
Jeden Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Sonnenabend, den 19. September:  
**Die Lieber des Musikanten.**  
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten  
von Rudolf Kneifel.  
Nach der Vorstellung:  
**Extra-Tanzkränzen.**  
An diesem Abend kommen Poffe-  
partouts für die Winterfaher zur  
Ausgabe.

**Neu! Wichtig für jeden Haushalt!**  
Müllers Postmarken ohne Garte, voll-  
ständig staubfrei, können nicht stocken,  
erübrigen das teure Aufpolstern. Nie-  
mand sollte versäumen, sich von der  
Zweckmäßigkeit, Reinlichkeit, Dauer-  
haftigkeit und Billigkeit zu über-  
zeugen. Volle Garantie. Besichtigung  
ohne Kaufzwang. 26272\*

**Möbel**  
Begen Häutung stehen neue und  
gebrauchte Sachen zum billigen Ver-  
kauf. Teilzahlung gestattet. Ganz be-  
sonders zu empfehlen ist: Kleider-  
schrank 23, Sofa mit Auszug 30,  
Chaiselongue 17, Bettstelle mit  
Matratze 19, Musikgarnitur, Ver-  
tiko 27, Tischgarnitur 30,  
Plüschsofa 50, Säulentrumeau  
geschliffen 30, Paucelsofa 60,  
Schreibtische 15 M. Gefaltete  
Möbel werden kostenfrei aufbewahrt.  
Kein Laden, direkt Fabrik Oranien-  
str. 58. Sonntags geöffnet. 24452\*

**Boebel.**  
**Berliner Ressource**  
Kommandantenstr. 57.  
Hochelegante Festfale für 500 bis 1000 Personen,  
empfiehlt zu constanten Bedingungen  
25192\* **Adolf Stein.**  
Sonnenabende und Sonntage noch frei.

**Wilmsdorf! Geschäftseröffnung!**  
Dem geehrten Publikum teile mit, daß ich Anfang Oktober im Hause  
Berlinerstr. 23 ein Putz- und Modegeschäft eröffne.  
26342\* Hochachtungsvoll **Frieda Christoph.**

**Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft**  
Berlin N.  
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:  
**Lager-Bier (goldgelb)**  
**Pilsener Bier (Specialität)**  
**Hofbräu (nach Münchener Art)**  
in Gebinden und Flaschen. 25147\*

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik**  
**A. Schulz, Reichenberger Strasse 5**  
empfiehlt Einrichtungen in Mahagoni und Nußbaum von 210 bis 5000 Mark zu äußerst billigen Preisen.  
Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. **Conlanteste Bedingungen.** 26342\*

**Socialdemokratisch. Wahlverein**  
**Dt.-Wilmsdorf.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Zimmerer  
**Gottlieb Ruben**  
Sigmaringenstr. 34, am 10. d. M.  
durch Unfall in seinem Betreibe  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 18. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Wilmsdorfer Kirch-  
hofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
203/18 **Der Vorstand.**

**Verein der Zimmerer**  
**Berlins u. Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gottlieb Ruben**  
infolge eines Betriebsunfalls ver-  
storben ist.  
Seine letzten Willen:  
Die Beerdigung findet am  
18. September, nachmittags 5 Uhr,  
von der Leichenhalle des Wilms-  
dorfer Kirchhofes aus statt.  
257/16 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 15. d. M. früh 1/5 Uhr  
verschied nach kurzem, aber  
schwerem Leiden meine liebe,  
unvergessliche Frau, unsere gute  
Mutter, Schmiegermutter und  
Großmutter  
**Henriette Jänicke**  
im 52. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
Heinrich Jänicke,  
Gustav Jänicke u. Frau,  
Paul Jänicke u. Frau,  
Herm. Silberschmidt u. Frau,  
Fritz Sielert u. Frau.  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 18. d. M., nachmittags  
1/2 5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Schöneberger Friedhofes, Max-  
straße, aus statt. 1711b  
Berlin-Schöneberg.

**Stempel, 26022\***  
**Thür-Schilder,**  
**Schablonen,**  
**Gravierungen,**  
**Abzeichen,**  
**Typen-Druckereien,**  
**Hektographen,**  
**Stahlestempel,**  
**Petschäfte u. dgl.**  
**H. Guttman,**  
**Brennenstr. 9.**  
Fernspr. III 6442j

Dem Genossen 1767b  
**Karl Brandt nebst Frau**  
die besten Glückwünsche zur Silbernen  
Hochzeit senden die Genossen  
Berlin I. 1-5.







Der Wahlkravall in Lantwähle.

Beuthen O.-S., 15. September.

Die Verhandlung beginnt mit dem Aufruf von etwa 40 Zeugen, welche heute vernommen werden sollen.

Die erste Zeugin ist die Malerfrau Feist: Die Schwester der Angeklagten Richard kam am Montag nach dem Kravall zu mir und erzählte, daß der Anzug und der Hut ihres Bruders ganz beschmutzt seien. Ida Riechlo, die Schwester des Angeklagten wird gefragt: Sind Sie mit einem der Angeklagten verhandelt oder verhandelt?

Der 18jährige Gewerkschaftsarbeiter Karl Latta bekundet unter Ausfertigung der Vernehmung: Ich sah, wie der Angeklagte Lehner mit Steinen in der Richtung nach Ludwig's Gasthaus geworfen hat. Die Leute schrien: „Es lebe Korfanty!“ Es standen viele Leute da auf der Straße.

Der Zeuge Thomas Solik bekundet: Ich stand dabei und da hörte ich aus dem Munde von Riechlo die Worte: „So werde ich ausfragen und wenn ich gleich abgeführt werden sollte.“

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

getroffen. Er begrüßte ihn und der alte Korfanty sagte: „Es ist doch viel, was die Leute anstellen. Es wäre besser, wenn die Leute nach Hause gingen.“

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Der Zeuge Stefan Wons tritt aus der Zeugenbank vor und erklärt: Ich hab' gehört, wie der Lomanek sagte: Ich weiß nicht bestimmt, ob ich den Stattnil gesehen habe.

Bekanntlich hat der Polizeirat Wädler unter seinem Eide aus- gesagt, das Dienstmädchen habe ihm davon Mit- teilung gemacht, daß Wozniha ihr gegenüber von der Ausrufung Korfanty's - „Polen, laßt Euch nicht!“ - erzählt hätte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlverein des Südostens. Wir machen auf das am Sonnabend, den 19. September, stattfindende Künstlerkonzert im Gewerkschafts- hause, Engel-lfer 15, aufmerksam. Billets sind noch bei den Bezirks- führern zu haben. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Die nächste Mitgliederversammlung des social- demokratischen Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal von Kasuble, Friedrichstraße 61, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dabidohn über „die Technik der Landtagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste und Frauen haben Zutritt. Um regen Besuch ersucht. Der Vorstand.

Lokales.

Ueber das katholische Hedwigs-Krankenhaus

geht und eine Reihe von Beschwerden zu, die von verschiedenen Personen bestätigt werden. Die einzelnen Beschwerdepunkte werden jeder für sich vielleicht als geringfügig erscheinen, aber in ihrem Zusammenwirken sind die zu rührenden Umstände geeignet, den Aufenthalt in dieser Anstalt manchem Kranken zu verleidern und schließlich sogar den Erfolg der ärztlichen Behandlung zu beeinträchtigen.

Gelagert wird unter anderem darüber, daß die Anstalt, wie unsere Gewährspersonen meinen, mit Wäsche spart. Frische Handtücher giebt es in so großen Fristen, wie man sie zu Hause nicht kennt. Mit der Verabreichung frischer Strümpfe steht es ganz ähnlich. Wir haben auf den Füßen eines Patienten ein paar Strümpfe gesehen, bei deren Prüfung uns anders wurde. Patienten, die die Prozedur des Schwigens durchzumachen hatten, haben es als lästig und unappetitlich empfunden, daß es auch hierbei mit frischer Wäsche haperte. Eine weitere Beschwerde betrifft die Waschbecken. Man schildert uns die Zustände eines Raumes, in dem elf Personen genötigt gewesen seien, sich mit einem einzigen Waschbecken zu behelfen. Hinzugefügt wird, daß für diese elf Personen nur zwei Kämme zur Verfügung gestanden hätten. Auf eine Klage über Ungeziefer, das sich in einem von der Anstalt gelieferten Bekleidungsstück gefunden habe, wollen wir kein Gewicht legen, weil hier von dem Patienten selber die Frage erörtert worden ist, ob das Ungeziefer nicht eingeschleppt worden sei.

Andere Beschwerden richten sich gegen gewisse Zustände, die zwar abseits von der modernen Krankenpflege liegen, die aber im Hedwigs-Krankenhaus gewissenhaft konferviert und als Spezialität gepflegt werden. Wir meinen die Gebetsübungen der Anstaltschwwestern, die den Kranken häufiger und reichlicher geboten werden als die Besuche der Ärzte. Manche Patienten sind diese Übungen an sich lästig und störend. Andere beklagen sich mehr darüber, daß die betende Schwester womöglich gleich zwei nebeneinander liegende Säle mit einem Male abmacht, indem sie die Thüre der Zwischenwand öffnet und von der Schwelle aus ihre Gebete nach hinten und nach drüben versendet. Da soll es manchmal einen recht ungemütlichen Luftzug gegeben haben. Nicht wahr, diese Beschwerde erscheint dem Unbeteiligten wieder als eine recht belanglose Kleinigkeit? Aber der Mißstand, gegen den sie sich richtet, lenntzwecklich den Frömmigkeitseifer, der in dieser Krankenpflege-Anstalt herrscht und Befehle diktiert. Infromme Patienten, die in das Hedwigs-Krankenhaus hineingeraten, bemerken in dieser Bestübungs-Atmosphäre überhaupt noch manches, was der Krankenhaus-Verwaltung samt ihren Weislichen, ihren Schwestern usw. entgeht, weil sie in ganz anderen Anschauungen aufgewachsen sind. Bei einem Besuche, den wir in der Anstalt machten, sagte man uns: „Wenn's mit einem zu Ende gehen soll, dann laufen sie sich die Haden ab.“ Wie diese fromme Eise der Seelsorger auf die andren Patienten wirkt, dafür wird den Geistlichen, Schwestern usw., wie gesagt, das Verständnis mangeln. Aber wir empfehlen den Ärzten des Hedwigs-Krankenhauses, sich einmal eingehender mit dieser Frage zu befassen. Vielleicht werden sie dann, sofern sie in der Anstalt mehr als die Geistlichkeit zu sagen haben, darauf dringen, daß die Seelsorger sich in Zukunft etwas weniger geschäftig zeigen.

Wir machen uns darauf gefaßt, daß man uns erwidern wird, Tausende von Patienten seien mit dem Hedwigs-Krankenhaus zufrieden gewesen, es müsse also doch wohl alles in bester Ordnung sein. Das könnte für uns ein Anlaß sein, unsre Mitteilungen über die Anstalt noch durch einige Nachträge zu ergänzen. Wahrscheinlich werden die katholischen Verteidiger des Hedwigs-Krankenhauses auch hinzusetzen, die Kirche habe Jahrhunderte hindurch segensreich in der Krankenpflege gewirkt, und noch heute sei der konfessionelle Geist ein besonderer Vorzug einer Krankenpflege-Anstalt. Mit Leuten, die jenen Zustand, der früher als ganz selbstverständlich galt und damals auch durchaus erträglich und nicht zweckwidrig war, noch in unsren Tagen billigen und empfehlen, die noch im 20. Jahrhundert das Zusammenwirken von Arzt und Seelsorger, die Verbindung von Krankenhaus und Weiskhaus für zeitgemäß halten, wird dann allerdings schwer zu diskutieren sein.

Die 4. hädliche Fortbildungsschule, Heimerdorferstr. 18, einst an der äußersten Peripherie unsrer Stadt gelegen, ist durch die Ent- wicklung des Nordostens in den Mittelpunkt einer gewerblichen Gegend gerückt worden. Dem entsprechend ist die Anstalt aus bescheidenen Anfängen zu einer der größten Fortbildungsschulen Berlins gewachsen und bietet jungen Leuten aus allen Gebieten des gewerblichen und kaufmännischen Lebens Gelegenheit, sich für ihren Beruf technisch und wissenschaftlich fortzubilden. Mit der Fortbildungsschule ist ein Gewerbesaal und eine Abteilung der Berliner Tischlerhule verbunden, so daß im letzten Semester nahezu 2000 Schüler hier Unterricht empfangen. Am 7. Oktober beginnt das Winter-Halbjahr 1903/04, zu dem Anmeldungen entgegennimmt der Leiter, Rektor Lugenberger, Heimerdorferstraße 18, hinteres Schulgebäude.

Die Erkrankungen an Unterleibstypus haben in Berlin seit Ende Juli beträchtlich zugenommen. Zwar macht sich hier all- fährlich gegen den Spätsommer hin eine Vermehrung der Unterleibs- typus-Erkrankungen bemerkbar, aber die Zunahme ist diesmal er- heblich stärker als im vorigen Jahre. Nachdem in dem laufenden Jahre noch bis zum 26. Juli die Zahl der Fälle von Unterleibs- typus in keiner Woche über 10 hinausgegangen war, stieg sie in der Woche vom 26. Juli bis 1. August plötzlich auf 21 und stellte sich dann in den folgenden vier Wochen bis zum 29. August (weiter reichen die Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amtes noch nicht) auf 18, 16, 17, 25 Fälle, wovon jedoch nur wenige tödlich



verlesen. In dem ganzen Monat August dürften diesmal mindestens 80 Erkrankungen an Unterleibstypus vorgekommen sein. Im vorigen Jahre dagegen waren aus dem August nur 34 Fälle durch polizeiliche Meldung bekannt geworden. Das ganze Jahr 1902 hatte überhaupt nur 283 Erkrankungen an Unterleibstypus zu verzeichnen, während in den fünf vorhergehenden Jahren 514, 538, 370, 328, 374 Fälle zur Meldung gekommen waren.

**Schularbeiten im Osten.** In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtsyndikus Dr. Hirtelmann wurde beschlossene, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, versuchsweise für mehrere Klassen von Gemeindefschulen im Osten auf städtischem Gelände zwischen Thormer- und Dübenerstraße Parzellen bis zur Fertigstellung der dort im Bau befindlichen vier Gemeindefschulen aufstellen zu lassen. Diese Parzellen sollen sich schon an anderen Orten bewährt haben.

**Die ersten Berliner Reservisten** langten gestern nach Ableistung ihrer zweijährigen Dienstzeit in der Heimat wieder an. Es sind 335 Mann, die bei dem 14. Infanterie-Regiment in Bromberg dienten und mit einem Sonderzug hierher befördert wurden. Dieser traf um 8 1/2 Uhr abends auf dem Güterbahnhof der Schlesischen Bahn an der Mühlenstraße ein.

**Auf Gehung des Selbstbewußtseins** soll ja wohl die militärische Schulung abzielen, die den Soldaten im Kampfdienst zu teil wird. Diese Erziehungsmethode erhält ihre schärfste Prägung in den Worten des Kaisers an die Rekruten, daß sie anderen Menschen vorgezogen seien, indem sie den vornehmsten Posten tragen, und in Ausdrücken ähnlicher Art. Wir wollen nicht darüber reden, wie die jungen Männer, die auf zwei Jahre ihrem Beruf entzogen werden, selber vielfach über die ihnen gewordenen Bevorzugung denken; wohl aber paßt unsres Erachtens eine beim Militär neu eingeführte Sitte recht wenig zu dem Selbstbewußtsein, das die Rekruten sich nun einmal aneignen sollen. Soldaten ist nämlich vor kurzem durch Compagniebefehl kundgegeben worden, daß sie in dem Fall, wo eine Disziplinarstrafe über sie verhängt worden ist, dies innerhalb 48 Stunden nach Verbüßung dieser Strafe ihren Eltern brieflich mitzuteilen haben. Vor uns liegt ein solcher Soldatenbrief aus einem ostpreussischen Garnisonort, worin der Schreiber seinen Eltern meldet, daß er von dem Herrn Compagniechef disziplinarisch mit einer an sich nicht sehr belangreichen Strafe belegt worden ist und worin er weiter haarklein die Ursachen auseinandersetzt, die ihm zu dieser Unannehmlichkeit verschulden haben. Nachdem der Schreiber dann noch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß er auf Grund des erlassenen Compagniebefehls den lieben Eltern seine Strafe anzeige, und so am Ende ihnen die Verwunderung darüber benimmt, daß ein Brief vom Sohn kommt, der nichts enthält als die Nachricht über diese Lappalie, folgen als Nachschrift noch einige eigenhändige vom Compagniechef geschriebene Zeilen des Inhalts, daß er, der Hauptmann, sich leider veranlaßt gesehen habe, die besagte Strafe zu verhängen.

Welchen Zweck mag dieser merkwürdige Compagniebefehl haben sollen? Den der Besserung etwa? Aber jedermann mag er Soldat gewesen sein oder nicht, weiß doch, daß Disziplinarstrafen beim Militär oft verhängt werden aus Ursachen, die mit der moralischen Führung des jungen Mannes auch nicht entfernt im Zusammenhang stehen. Wenn der Schullehrer den Eltern eines zehnjährigen Knaben brieflich die Mitteilung macht, daß der Junge am nächsten Sonnabend nachmittags von 4—5 Uhr wegen Unachtsamkeit nachhaken müsse, so ist eine solche Zuschrift schon deswegen begrifflich, weil die Eltern wissen müssen, wo ihr Kind bleibt. Solche Ursachen stehen doch wohl beim Kommissar außer Betracht, und somit will uns bedünken, daß es einem Mann im Anfang der Truppszeit recht merkwürdig ankommen muß, wenn er gezwungen wird, den Eltern von einer nebensächlichen Bestrafung, einer an sich ziemlich belanglosen Unannehmlichkeit Meldung zu machen. Das Selbstbewußtsein selbst in militärischer Sinne wird durch solchen Zwang auf keinen Fall gehoben.

Das zweite Berliner Volksblatt, der „Kardowicz“ („Der Nationale“), das, wie seinerzeit berichtet, in eine Tageszeitung umgewandelt werden sollte, kündigt an, daß es sich gezwungen sieht, wegen Geldmangels sein Erscheinen einzustellen.

**Selbstmord oder Verbrechen?** Ein Leichenfund bei Döberitz beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Am Donnerstag voriger Woche fanden zwei Herren nachmittags um 6 Uhr in der Gemarkung Dallgow in der Nähe des Döberitzer Paradenlagers eine junge Fremdenperson als Leiche an einem Haselstrauch hängen. Die etwa 20 Jahre alte tote war 1,58 Meter groß und kräftig gebaut, hatte ihr dunkelblondes Haar zu einem Zopf geflochten und trug eine schwarzseidene, schon etwas abgenutzte Bluse mit schwarzem Perlenbesatz und einem hellblauen Einsatz auf dem Rücken, einen schwarzen wollenen Rock mit hellblauem Futter, weiße Unterleider und schwarze Stiefel. In der Kleidertasche fand man ein Portemonnaie mit einem Wägelzettel und Rabattiparmarken aus Berlin-Osten. Das Taschentuch war M. R. gezeichnet. Die Verstorbene war, wie die Ermittlungen ergaben, am Tage vor dem Auffinden der Leiche mit einem Manne um 5 Uhr 20 Minuten nachmittags in Dallgow angekommen. In der Bahnhofswirtschaft trank das Paar mehrere Glas Bier und ging dann weg, um angeblich das Döberitzer Paradenlager zu besuchen. Abends um 10 Uhr wollte es von Dallgow wieder wegfahren. Während der Fahrt ein sehr gedrücktes Wesen zeigte, war seine Begleiterin recht aufgeräumt und lustig. Auffallend ist, daß gerade sie sich bald darauf das Leben genommen haben sollte, der Mann dagegen als Leiche nicht gefunden worden ist. Nach dem Bahnhof Dallgow ist der Mann nicht zurückgekehrt; auf dem kleinen Bahnhofs, auf dem er vorher eine geraume Zeit gewesen war, hätte man ihn sonst sicher gesehen. Für die Berliner Kriminalpolizei, deren Dille zur Aufklärung der Angelegenheit nachgesucht ist, handelt es sich nun zunächst um Feststellung der beiden Persönlichkeiten. Die Tote wurde schon beschrieben. Ihr Begleiter ist nach der Beschreibung, die der Bahnhofswirt von ihm gibt, ein etwa 1,64 Meter großer, unterfertigter, etwas fortpulenter Mann mit blauer Gesichtsfarbe, dunkelblondem Haar und starkem, buschigen Schnurrbart. Er sah aus wie ein Reiter und trug ein schon etwas mitgenommener Reiterjacke und eine weit ausgeschüttete Weste.

Auf dem Wege zum Standesamte vom Tode überrascht wurde vorgestern vormittags die 55 Jahre alte Witwe Friederike Graßmann geborene Höring aus der Mühlenstraße 26. Die Frau, die in Berlin keine Anverwandten hatte, wohnte für sich allein und ernährte sich durch Wascharbeiten. In der letzten Zeit hatte sie ein Kind in der Pflege. Vor kurzem verlobte sie sich mit dem 57 Jahre alten Gustav Reitz, der bei Vorhig in Ziegel angestellt ist und dort wohnt. Vorgestern sollte die standesamtliche Trauung und am Sonnabend in Ziegel die kirchliche Einsegnung stattfinden. Eine neue Wohnung hatte das Paar in Ziegel bereits gemietet. Vorgestern vormittags um 11 Uhr holte Reitz seine Braut aus der Wohnung ab, um sie nach dem Standesamte in der Willdenowstraße zu geleiten, wo die beiden Trauzeugen sie erwarteten. An der Ecke der Lindowerstraße sagte sie plötzlich über Unwohlsein. Reitz nahm rasch eine Droschke, fuhr mit seiner Braut wieder nach Hause und holte dann sofort einen Arzt. Als er aber mit diesem ankam, war Frau Graßmann schon tot. Der Arzt vermutet, daß ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht habe. Da aber die Todesursache nicht bestimmt festgestellt werden konnte, so beschlagnahmte die Revierpolizei die Leiche und ließ sie nach dem Schauhause bringen.

Nach beträchtlichen Unterschlagnungen ist der Buchhalter des Viehkommissions-Geschäftes von Steinborn u. Co. auf dem neuen Pagarviehhofe zu Friedrichsfelde durchgebrannt. Er soll leichtsinnig gelebt haben.

**Eternberg will Franzose werden.** Der ehemalige Bankier August Eternberg, der nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause alsbald mit der Veräußerung seiner hiesigen Besitzungen begann und seinen Wohnsitz nach Paris verlegte, hat von dort aus jetzt die erforderlichen Schritte getan, um aus dem preussischen Staatsverbande auszuscheiden. Der künftige Franzose war ursprünglich Hesse und wurde erst später Preusse.

Verhollon ist seit Freitag, den 1. September, die in Weißensee, König-Chaussee 40, wohnhafte Frau des Bauerschlägers Wilhelm Bahmann. An diesem Tage verließ die Frau vormittags 10 Uhr ihre Wohnung, um bei der alten Raschbühnenbauersstraße, Reue Schönhäuserstraße, das Rassenbuch in Ordnung zu bringen, sie ist aber dort nicht angekommen. Die Vermählte ist 68 Jahre alt, hat grau meliertes Haar, kalbden Scheitel, trug graue Taille, Plüschpelzermantel und war ohne Kopfbedeckung. Außerdem trug sie einen Herrenschirm und eine Handtasche bei sich. Mitteilungen wolle man an obige Adresse richten.

**Genehmigungsurkunde für die Oberleitung Leipzigerstraße-Hollmannstraße.** Für die Einrichtung der Oberleitung auf der Berliner Straßenbahn von der Behrenstraße bis zur Hollmannstraße, die sich im Besitze der Stadt befindet, ist jetzt die Genehmigungsurkunde vom Polizeipräsidenten erteilt worden. Die oberirdische Stromzuführung ist auf der Strecke belamntlich bereits eingerichtet. Im weiteren lautet die Urkunde: „Die Endstrecke in der Behrenstraße von der Mauer- bis zur Wilhelmstraße fällt fort, desgleichen diejenigen Geleisestrecken, welche auf den Plänen als fortfallend bezeichnet werden. Die Bahnhöfe Hollmannstraße-Behrenstraße ist von der Leipzigerstraße auf in einer einseitigen Schleife durch die Kanonier-, Behren-, Mauerstraße nach der Leipzigerstraße zurückzuführen nach Maßgabe des besonders genehmigten Planes.“ Diese Schleife benutzt zum Teil die Geleise der Großen Berliner Straßenbahn.

**Nachträgliche Fahrplan-Änderungen.** Der Fahrplan der Eisenbahn hat nachträglich einige Änderungen erfahren. Sofort in Kraft getreten ist die Verschiebung von einigen Zügen auf der Vorortlinie Berlin-Potsdam, welche in ihrem Anfang gemeinsam die Geleise der elektrisch betriebenen Bahn nach Lichterfelde benutzten. Die Züge mit dem veränderten Fahrplan gehen jetzt vom Potsdamer Ringbahnhof in Berlin nach Jossen 6.28 vormittags, nach Rahlow 2.28 nachmittags. Die Ankunft dieser beiden Züge erfolgt in Jossen 7.24, in Rahlow 2.57. Von Jossen nach Berlin fahren zwei Züge mit neuem Fahrplan ab, 5.31 früh und 10.31 abends. Sie treffen in Berlin 6.28 morgens und 11.27 nachts ein.

## Aus den Nachbarorten.

**Rixdorf.** Wahrscheinlich in den Tod gegangen ist der Arbeiter Karl Koppe aus der Wanglstr. 5, welcher seit einigen Tagen aus seiner Wohnung verschwunden ist. Der 45jährige Mann ist seit langer Zeit lungen- und fufkleidend, wodurch ihm das Leben vergällt wurde. Seinen Angehörigen schickte er noch aus Sünden eine Postkarte, in welcher er mitteilte, daß er seines Leidens wegen aus dem Leben scheide. Bisher fehlt von dem Bedauernswerten noch jede Spur. — Inre Stadt ist für die bevorstehende Landtagswahl in 65 Wahlbezirke eingeteilt worden. Zu wählen sind insgesamt 361 Wahlmänner.

**Eine Schwerebahn nach dem Grunewald.** Den Wilmersdorfer Gemeindebehörden ist ein Verkehrsprojekt unterbreitet worden, dessen Ausführung von weittragender Bedeutung ist. Es ist eine Fortführung der Unterplasterbahn vom Zoologischen Garten bis zur Nachodstraße geplant. Die Bahn soll ihre Fortsetzung dann in einer dem Zuge der Preussischen Straße, welche belamntlich zu einer Prachtstraße ausgebaut werden soll, folgenden Schwerebahn finden, als deren vorkläufiger Endpunkt das Jagdschloß Grunewald gedacht ist. — Zergewisse Schritte in dieser Sache sind zwar von Seiten der Gemeindeverwaltung noch nicht geschehen, wemgleich der Grunewaldgedanke, vom Zoologischen Garten durch die neuen Wilmersdorfer Straßen eine Verkehrsgelegenheit zu schaffen, schon des öfteren erörtert worden ist.

**Die geplante Zahnradbahn nach den Müggelbergen** erscheint gesichert, da sowohl die Gemeinde Köpenick als Hauptbeteiligte, als der Amtsbezirk und die Forstverwaltung das Projekt beifürworten. Durch die Bahn würden neue Terrains der Bebauung erschlossen werden. Die dabei interessierten Grundbesitzer sind bestrebt, eine Verlängerung der elektrischen Bahn von Köpenick nach Friedrichshagen bis nach Schöneiche und Rahnsdorfer Mühle herbeizuführen.

**Einen glatten Reinfall** haben gewisse Hausagrarier in Spandau erlebt, denen die seit fast zwei Jahren eingeführte Besteuerungsart des Grund und Bodens nach seinem Wert seit jeher ein Dorn im Auge war.

Schon seiner Zeit verärgerte der „Vorwärts“ über die Wutausbrüche einiger „Geistesgroßen“ unter den Sturmläufern gegen die Grundwertsteuer; nichts desto weniger wurde damals die Einführung der neuen Besteuerungsart von den Stadtverordneten mit großer Majorität beschlossen. Nun schlugen die Herren Opponenten eine andre Taktik ein: sie verlangten auf Grund der allerdings etwas unklaren Fassung des § 1 der Grundwertsteuer-Ordnung nun auch — die Besteuerung des städtischen Grundbesitzes, zum Beispiel die Stadtfest, Gasanstalt, Schlachthof u.

Dadurch glaubten die unheimlichen Leuten, einen Teil ihrer Steuerlast auf die Schultern der Gesamtheit der Steuerzahler abwälzen zu können. Hiernit praxten sie aber sowohl am Magistrat als an der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung ab, worauf sich die bedauernswerten Opfer einer „ungerechten“ Steuerpolitik beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten bzw. den Bezirksausfiskus in Potsdam wendeten. Letzterer hat nun dahin entschieden, daß keine einzige Bestimmung in dem Kommunalabgabengesetz dafür spräche, daß die Städte sich selbst besteuern müßten, vielmehr halte er es für ganz selbstverständlich, daß nicht Wertsteuer und Besteuerung in einer Person vereinigt sein dürfen! — Damit dürfte dem endlich Ruhe eintreten in dem Streit um die Grundwertsteuer.

## Gerichts-Zeitung.

Die Frage des Ritualmordes beschäftigte gestern wieder einmal die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Leuschner. Wegen Beschimpfung der jüdischen Religion hatten sich der Schriftsteller Paul Koch und der Rechtsanwalt E. Jüngst zu verantworten. Unter Anklage stand eine vom ersten Angeklagten verfaßte Broschüre „Der Ritualmord, eine Forderung des Alten Testaments“. In dieser Broschüre wird der Nachweis versucht, daß auch die heutigen Juden den Ritualmord noch als Gebot ihrer Religion anerkennen müssen. Eine Anzahl Exemplare der Broschüre waren an die Geschäftsstelle der „Deutschen Hochwacht“, Ges. m. b. H.“ gegangen und von dieser verbreitet worden. Geschäftsführer der „Deutschen Hochwacht“ war seiner Zeit der Angeklagte Rechtsanwalt Jüngst. Er hatte bei seinen ersten polizeilichen und gerichtlichen Vernehmungen ohne weiteres zugegeben, daß er für die Verbreitung der seinen eigenen Anschauungen durchaus entsprechenden Broschüre durch die „Deutsche Hochwacht“ verantwortlich sei. Im gestrigen Termin erklärte er, er habe sich inzwischen überzeugt, daß er diese Verantwortlichkeit zu Unrecht übernommen habe, denn es sei festgestellt, daß er zu der fraglichen Zeit gar nicht in Berlin, sondern längere Zeit auf Reisen war. — Vor Eintritt in die Verhandlung stellte der Angeklagte Koch einen Antrag auf Ablehnung des gesamten Gerichtshofes und Vernehmung der fünf Richter darüber, ob von irgend einer Seite der Versuch gemacht worden ist, auf sie einzuwirken. Er begründete dies dahin, daß die Regierung jetzt Abrechnung mit den Antisemiten halten wolle und die Vermutung nahe liege, daß sie nach einer bestimmten Richtung hin auf die Richter in Berlin einzuwirken unternehme. Daß so etwas vorkomme, habe die Angelegenheit des verstorbenen früheren Landgerichtsdirektors Schmidt bewiesen. — Angekl. Jüngst schloß sich dem Ablehnungsantrag nicht an, verwies aber darauf, daß der Mitangeklagte Koch ihm seine Verteidigung übertragen habe und er bitten müsse, ihm diese Verteidigung zu gestatten. — Staatsanwaltsrat Schmidt widersprach dem Ablehnungsantrag, dem wohl nur eine Verschleppungsabsicht zu Grunde liege. Der Antrag richte sich unbeschränkt gegen alle Richter und deshalb sei der Gerichtshof in der Lage, gleich selbst

über den Antrag zu befinden. Der Gerichtshof verwarf den Ablehnungsantrag und sprach die Ueberzeugung aus, daß der Angeklagte Koch lediglich auf Verschleppung ausgehe. Die Zulassung des Rechtsanwalts Jüngst als Verteidiger müsse abgelehnt werden, da diese Rolle unvereinbar sei mit der Rolle eines Angeklagten. — Als Sachverständigen hatte die Staatsanwaltschaft den Professor Dr. Strad geladen, gegen dessen Mitwirkung die Angeklagten Einspruch erhoben, da sie ihn aus verschiedenen Gründen für befähigt hielten. Im Verlaufe der Verhandlung wurde die Vernehmung eines Sachverständigen in dieser Sache alleseitig überhaupt nicht für nötig erachtet und darauf verzichtet. — Zur Sache selbst beiftritt Angeklagter Koch, daß es ihm auf eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft angekommen sei. Die Broschüre sei ein wissenschaftliches Werk und habe den Charakter einer Verteidigungsschrift. Er habe sie geschrieben, um bei einer andern gegen ihn geführten Strafsache den wissenschaftlichen Nachweis von der Existenz des Ritualmordes als Dogma zu erbringen. — Staatsanwaltsrat Schmidt erwiderte, daß dieses „wissenschaftliche Werk“ ein dreistes Plagiat sei. Professor Strad habe nachweisen können, daß es zum großen Teile abgeschrieben sei aus G. Br. Daumers: „Der Feuer- und Molochdienst der alten Hebräer“, welches Buch 1842 in Braunschweig erschienen sei. Das zur Broschüre benutzte Exemplar des Daumer sei wiederholt auf den Namen des Rechtsanwalts Jüngst aus der königlichen Bibliothek entlehnt worden. Angeklagter Koch gab zu, zahlreiche Stellen aus Daumer übernommen zu haben. Er habe dies ursprünglich auch in einem Vorworte zur Broschüre mitgeteilt gehabt, das Vorwort sei aber vom Verleger aus Zweckmäßigkeitsgründen weggelassen worden. — Rechtsanwalt Jüngst beiftritt seinerseits, bei der Broschüre irgendwelche mitgearbeitet zu haben. — Der Staatsanwalt führte aus: Die Broschüre sei aus Parteilichkeit lediglich zum Zwecke der Beschimpfung und Beschimpfung geschrieben. Die Behauptung, daß die heutigen Juden kraft religiösen Gesetzes zu Ritualmorden werden müssen, beschimpfe die jüdische Religionsgemeinschaft auf das Ärgste. Daß die heutigen Juden unter einem solchen Gesetz nicht mehr stehen, sei wissenschaftlich nachgewiesen und schon die Thatsache, daß die Juden als anerkannte Staatsbürger unter uns leben, müsse jedem Denkenden jene Behauptung als Märchen kennzeichnen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Koch neun Monate, gegen den Angeklagten Jüngst, den er nicht nur für den Verbreiter, sondern für den eigentlichen Urheber der Broschüre halte, ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung. — Angeklagter Koch beiftritt, daß die Nichtexistenz des Ritualmordes wissenschaftlich nachgewiesen sei und beiftritt sich event. auf Eidemeister, den Ersten Staatsanwalt Settegast, den Redakteur Oberwinder, den Barrer Krösel u. zum Beweise dafür, daß er mit seiner Aufsicht über den Ritualmord nicht allein sehe. Seine Broschüre sei als eine wissenschaftliche, religiös-historische Studie anzusehen. Der Ritualmord sei ein Gesetz des Alten Testaments, das noch heute gelte, da es keine Autorität gebe, die es habe aufheben können. Auf denselben Standpunkt stellte sich Angeklagter Jüngst, der seine Freisprechung verlangte, weil er weder Verfasser noch Verbreiter der Broschüre sei. Ueber das exorbitante Strafmaß des Staatsanwalts ließ er sich äußern, halte er für überflüssig. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Jüngst frei, da es sowohl für die Verbreitung der Druckschrift durch ihn, als auch für eine Mithäterthat an der nötigen Unterlage fehle. Den Angeklagten Koch hat der Gerichtshof für schuldig befunden. Die Behauptung, daß auch die jetzige jüdische Religionsgemeinschaft den Ritualmord als Gesetz habe, habe der Gerichtshof auf Grund eigener Erkenntnis, ohne dazu noch eines Sachverständigen zu befragen, für unwahr erklärt. Jene Behauptung stelle eine Beschimpfung dar und deshalb sei Angeklagter Koch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Da er noch sechs Monate zu verüben habe, sei die Strafe in eine Zusatzstrafe von 14 Tagen Gefängnis umgewandelt worden.

## Vermischtes.

**Die Hochwasser-Katastrophe in Steiermark.** Graz, 18. September. Infolge der letzten Regengüsse ist der Wasserstand der Mur, Drau und Enns ungewöhnlich hoch. In vielen Gegenden herrschen Ueberschwemmungen. Im oberen Mur- und Ennsthal ist der Zugverkehr unterbrochen. Gestern nachmittags wurde bei Wahrenberg — Wüheren eine neu erbaute hölzerne Brücke über die Drau zum Teil fortgerissen. Ihre Trümmer haben den Drausteg bei Warburg zerstört; bei dessen Einsturz haben zwei städtische Wachtleute den Tod gefunden; ferner sollen dabei drei Erwochzene und drei oder vier Kinder, die zur Zeit des Einsturzes die Brücke passierten, ums Leben gekommen sein.

**Zur Pestgefahr in Marseille** wird gemeldet: Der Zustand der im Krankenhaus befindlichen Kranken bessert sich fortwährend; es ist kein neuer Krankheitsfall vorgekommen. Die bakteriologische Untersuchung hat bei den verdächtigen Kranken kein Anzeichen von Pest ergeben. Alle Gefahr wird als beseitigt angesehen, da sich kein Pestfall in der Bevölkerung gezeigt hat. Dr. Chantemesse reist abends nach Paris ab.

**Brandunglück in Kristiania.** In der norwegischen Hauptstadt hat sich ein schweres Unglück ereignet, das die Erinnerung an die Katastrophe in dem Dubapeter Warenhause wachruft. In einem großen, vierstöckigen Geschäftsgebäude in der Kongensstraße zu Kristiania entstand gestern, wie uns ein Telegramm berichtet, Feuer, welches sich mit großer Samelligkeit verbreitete. In den Flammen fanden mehrere Personen den Tod. Bisher wurden sechs Leichen aus den Trümmern gezogen; drei Personen werden noch vermisst.

## Marktpreise von Berlin am 15. September 1903

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Preis	Ware	Preis			
*Weizen, gut D.-Gr.	15,90	15,86	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	4,00	
mittel	15,82	15,78	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	
gering	15,74	15,70	do. Bauch	1,50	1,10	
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,20	
mittel	12,96	12,94	Rahmfleisch	1,80	1,20	
gering	12,92	12,90	Hammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,50	13,60	Butter	2,60	2,00	
mittel	13,50	12,70	Eier	60 Stck	4,50	2,60
gering	12,60	11,80	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	16,00	15,00	Kale	1 kg	2,60	1,40
mittel	14,90	13,90	Fleisch	1 kg	3,00	1,20
gering	13,80	12,90	Beide	1 kg	2,40	1,20
Richtstroh	4,00	3,66	Barfische	1 kg	1,80	1,00
Heu	6,80	5,00	Schleie	1 kg	3,00	1,40
Erbsen	40,00	25,00	Viele	1 kg	1,40	80
Speisebohnen	50,00	25,00	Krebstje	per Schod	18,00	3,00
Linzen	60,00	20,00				

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

## Witterungsübericht vom 16. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Hand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-Hand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Schwetzn.	766	D	1	Regen	12	Parananda	778	SB	2	Wolklos	10
Dammburg	764	SO	3	bedekt	10	Petersburg	779	ONO	1	Wolklos	8
Berlin	766	SB	1	bedekt	9	Uert	771	S	—	Wolklos	12
Frankf. a. M.	765	S	2	bedekt	9	Verden	—	—	—	—	—
München	766	SW	1	Regen	7	Paris	768	SW	—	bedekt	8
Wien	764	R	2	Wolklos	10						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. September 1903.** Günstig, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßiger Luftbewegung.

Berliner Wetterbureau.